

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

35–36/2007 · 27. August 2007



Parteiendemokratie

Hubert Kleinert

Abstieg der Parteiendemokratie

Jürgen Dittberner

Große Koalition: 1966 und 2005

Melanie Haas

Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem

Frank Decker

Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen

Christian Lorenz

Schwarz-Grün auf Bundesebene?

Paul Lucardie

Populismus in Deutschland und den Niederlanden

Editorial

Ein demokratisches Regierungssystem, in dem die politischen Parteien die zentrale Rolle im Entscheidungsprozess spielen, bezeichnet man als Parteiendemokratie. In einem solchen System entscheiden die Parteien auch über die Rekrutierung des Führungspersonals. Den Wählerinnen und Wählern kommt bei diesem Auswahlprozess nur eine Residualfunktion in Form der Stimmabgabe bei Wahlen zu, wobei sie die überwiegende Zahl der Kandidaten gar nicht kennen. Dies hat unter anderem zur Entfremdung zwischen Regierten und Regierenden beigetragen, die mit dem populären Begriff der Politikverdrossenheit umschrieben wird.

Zum Regieren benötige man nur „Bild, BamS und Glotze“, soll der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder kurz nach seiner Wahl gesagt haben. Damit hat er den Parteien gezeigt, wie eine Mediendemokratie funktioniert und wer die Themen auf die politische Agenda setzt. Die Medien bestimmen Richtung und Inhalt von Diskussionen und prägen das Image von Politikern. Politiker ohne „Stallgeruch“ wie Finanzminister Peer Steinbrück oder Außenminister Frank-Walter Steinmeier wären ohne Mediendemokratie nicht denkbar.

Große Koalitionen sind selten eine „Liebesheirat“. Sie werden oftmals aus der Not heraus geboren, um schwierige gesellschaftliche Probleme zu lösen. Bereits zur Mitte der Legislaturperiode der Großen Koalition wird heftig über mögliche neue Regierungskonstellationen spekuliert. Die Überlegungen reichen von der „Ampel“- über die „Jamaika“-Koalition, „Schwarz-Gelb“ bis zu „Rot-Rot-Grün“ – letzterer dürften dabei die geringsten Chancen eingeräumt werden. 2009 scheint also alles möglich – auch eine Neuauflage von „Schwarz-Rot“.

Ludwig Watzal

Hubert Kleinert

Abstieg der Parteien- demokratie

Seitdem der Begriff „Politikverdrossenheit“ Anfang der 1990er Jahre Karriere gemacht hat, ist es üblich geworden, über Parteien fast durchweg kritisch zu urteilen. Von den „krakenhaften Armen“ und der „Klüngelwirtschaft der modernen Parteien“ (Erwin K. Scheuch) war damals die Rede. In einer Vielzahl von Publikationen hat seither der Verwaltungswissenschaftler Hans Herbert von Arnim Güntlingswirtschaft, Versorgungsmentalität und Handeln von Politikern zuerst im eigenen Interesse moniert. Und als vor einiger Zeit Arnulf Baring und Meinhard Miegel gegen angeblich selbstbezogene und führungsschwache Parteipolitiker zur Gründung von Bürgerkomitees aufriefen, war der

Hubert Kleinert

Prof. Dr., geb. 1954; lehrt Politikwissenschaft, Verfassungsrecht und Soziologie an der Verwaltungshochschule des Landes Hessen in Wiesbaden; 1983–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE GRÜNEN, später Landesvorsitzender der Partei in Hessen.

Initiative die öffentliche Aufmerksamkeit gewiss.

Das war und ist nur die intellektuelle Speerspitze einer weit verbreiteten Haltung, die Politikern und Parteien im eigenen Interesse fast alles, bei der Problemlösung für das Gemeinwesen aber nur noch wenig zutraut. Seit Jahren vermehren die Demoskopen immer neue Tiefstände im Ansehen der Politiker. Die Grundregel der Parteiendemokratie, nach der die Schwäche der einen immer die Stärke der anderen sei, ist darüber längst dem Befund einer allgemeinen Schwäche der Parteien gewichen. „Ratlose Riesen“ hat sie der Politologe Rudolf Wildemann schon 1992 genannt.

Tatsächlich liefert ein Blick auf den inneren Zustand der Parteien besorgniserregende Befunde. So hat die SPD allein in den Jahren der Regierung Schröder mehr als ein Viertel ihrer

Mitglieder verloren. Verglichen mit dem Mitgliederhöchststand 1976 (1,02 Mio.) hat die SPD von heute nur noch gut die Hälfte des damaligen Mitgliederbestandes (Ende 2006: 560 000). Der CDU geht es nicht viel besser. Auch sie hat mit Mitgliederverlusten zu kämpfen. Gemessen am Rekordstand von 1990 (778 000) hat sie seither ein Viertel ihrer Parteianhänger eingebüßt (Ende 2006: 561 000). 1989 hatte allein die westdeutsche CDU 100 000 Mitglieder mehr als die gesamtdeutsche Union von heute.

Noch mehr fällt die Überalterung beider großen Volksparteien ins Gewicht: Weniger als fünf Prozent der SPD-Mitglieder sind heute unter 30, gerade acht Prozent unter 35, dafür 43 Prozent über 60 Jahre alt. 1975 dagegen war jeder dritte Sozialdemokrat jünger als 35. Auch hier schneidet die CDU nicht viel besser ab. Zwar liegt der Anteil der Jüngeren etwas höher, aber Ende 2006 betrug das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 56 Jahre. Auch der CSU, die ihren Mitgliederbestand seit 1990 ungefähr halten konnte, droht Überalterung. Zwar haben FDP wie GRÜNE einen höheren Anteil Jüngerer und meldet die neue Linkspartei allerhand Eintritte. Dennoch besteht die alte PDS-Mitgliedschaft in der Mehrzahl aus Rentnern. Insgesamt haben also auch die Kleineren Mühe, ihren Stand einigermaßen zu halten.

Auch andere Anzeichen sprechen für einen Einflussverlust der Parteien. Offensichtlich ist die rückläufige Bedeutung von Parteitag als zentralem Ort der politischen Willensbildung. Aus Foren der Auseinandersetzung um wichtige gesellschaftliche Zukunftsfragen sind Veranstaltungen geworden, die überwiegend unter medialen Wirkungsaspekten durchkomponiert werden. Zwar ist der Begriff der „Mediokratie“ zur Charakterisierung der modernen Demokratieentwicklung in der Wissenschaft umstritten. Ganz gewiss aber sind im Verhältnis von Politik und Medien Veränderungen eingetreten, die zu Lasten der Politik gehen. Heute bestimmen die Medien die Themen der politischen Debatte (Agenda-Setting). Selbst die innerparteiliche Kommunikation wird weitgehend von ihnen übernommen. Die Politiker reagieren darauf mit Flucht in Symbolik und einer steigenden Tendenz, Politik vornehmlich mit Mitteln der Public Relations zu vermarkten. Auf Stimmenmaximierung angelegte kommunikative Kunstpro-

dukte ersetzen das Programmangebot früherer Weltanschauungsgemeinschaften. Woher kommen diese Schwächezeichen? Wie sind sie im Kontext der Geschichte einzuordnen? Was bedeuten sie für die Zukunft der Demokratie?

Geschichte

In Deutschland beginnt die Geschichte der Parteien mit dem Paulskirchen-Parlament. Zwischen 1848 und 1871 bilden sich die großen Grundströmungen heraus, die die Parteiengeschichte lange geprägt haben: Die Liberalen, die sich bald in die wirtschaftsnahen Nationalliberalen und die freisinnigen Linksliberalen spalteten, die Sozialisten, bis zum Ersten Weltkrieg allein unter dem Dach der systemkritisch agierenden Arbeiterpartei SPD, die Konservativen, die sich im Kaiserreich auf zwei Parteien verteilten, die beide den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat stützten und schließlich das Zentrum als klassen- und schichtenübergreifende politische Interessenvertretung des Katholizismus.

Die „bürgerlichen“ Parteien des 19. Jahrhunderts waren keine Mitgliederparteien, sondern eher Vereinigungen von Honoratioren mit einem Apparat, der meist nur aus lokalen Wahlkampf-Unterstützungskomitees bestand. Allein die Sozialdemokraten wurden bald zur Massenpartei, die kurz vor dem Ersten Weltkrieg mehr als eine Million Mitglieder anzog. Am nächsten kam ihnen das Zentrum, das ähnlich wie die SPD auf ein breites Umfeld von christlichen Gewerkschaften, Jugendverbänden, Kultur-, schließlich auch Sportvereinen und einer entsprechenden Presse rechnen konnte.

Dass sich Parteien seinerzeit trotz wachsender Verankerung in der Gesellschaft nicht eben großen Ansehens erfreuten, kann im Rahmen des allenfalls halbdemokratischen, autoritären Regimes, wie es das Kaiserreich war, nicht überraschen. In der Verfassung von 1871 kamen sie gar nicht vor. Prägend für das Staatsverständnis in Deutschland war eine Vorstellung, in welcher der Staat eine über der Gesellschaft angesiedelte Sphäre darstellte, in der kein Platz sein sollte für „kleinliches Gezänk“ der verschiedenen Parteien und Interessengruppen.

Diese skeptische Sicht auf die Parteien fand sich auch in der Verfassung der Weimarer Re-

publik wieder. Während sich die vier politischen Grundformationen von Liberalen, Konservativen, Sozialisten und Zentrum in erstaunlicher Kontinuität zum untergegangenen Kaiserreich in der ersten deutschen Demokratie unter meist neuen Namen wiederfanden – DDP und DVP als links- bzw. nationalliberale Parteien, die DNVP als Hort eines antidemokratischen Konservatismus, das Zentrum organisatorisch fast unverändert (bis auf die „Abspaltung“ der BVP in Bayern), die Sozialisten die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten hinzunehmen hatten und am rechten Rand die Nazis zunächst nur eine Nebenrolle spielten –, ließ auch die neue Weimarer Reichsverfassung Parteien praktisch unerwähnt. Auch die Sonderrechte des direkt gewählten Reichspräsidenten, der am Parlament vorbei Gesetze in Kraft setzen und Reichskanzler ernennen konnte, können als Ausdruck von Skepsis gegenüber den Parteien verstanden werden.

Dass diese Skepsis und die Konstruktionsfehler der Weimarer Reichsverfassung ebenso zum Scheitern der ersten deutschen Demokratie beigetragen haben wie die Schwäche der demokratischen Parteien in der krisenhaften Entwicklung zu Beginn der 1930er Jahre selbst, gehört zum unbestrittenen Grundbestand der Forschung. Die Resonanz, die Hitler und die Nationalsozialisten mit ihren aggressiven Attacken gegen die so genannte „Schwatzbude“ Reichstag fanden, beruhte jedenfalls nicht nur auf dem Eindruck aktueller Schwäche des politischen Systems. Die Nationalsozialisten artikulierten damit in aggressiver Zuspitzung auch eine tief sitzende Reserve gerade des bürgerlichen und konservativen Spektrums gegenüber den vermeintlichen Niedrigkeiten des Parteienstreits. Die relative Lautlosigkeit, mit der die deutsche Gesellschaft die Ausschaltung der Parteien jenseits der NSDAP schon wenige Monate nach Hitlers Machtergreifung hinnahm, zeigt vielleicht am deutlichsten, wie verbreitet dieses Denken war.

Parteien und Grundgesetz

Erst das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat mit dieser Geringschätzung der Parteien Schluss gemacht. Nicht nur, dass sie im Artikel 21 erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte ausdrücklich erwähnt

werden; der Artikel hebt sie auch in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution.

Der mit dem GG verbundenen Aufwertung der Parteien entspricht zugleich ihre stärkere Bindung an die Grundregeln der Demokratie. Nicht nur, dass Art. 21 die Möglichkeit eines Parteienverbots bei aggressiv-kämpferischer Haltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung festlegt: Auch die konkreten Regelungen des in den 1960er Jahren geschaffenen Parteiengesetzes verpflichten die Parteien strenger als andere gesellschaftliche Vereinigungen auf die demokratischen Spielregeln.

Die besondere Stellung der Parteien in der Rechtsordnung des GG, das „Parteienprivileg“, legitimiert sich vor dem Hintergrund ihrer Aufgabenbeschreibung im Rahmen demokratischer Willensbildung. Ausgehend vom obersten Verfassungsgrundsatz, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“, ist ihnen bei der Ausübung dieser Staatsgewalt eine zentrale Rolle zugeordnet. Wahlen und Abstimmungen zur Feststellung des Volkswillens sind ohne Parteien nicht denkbar. Denn da der Einzelne als Staatsbürger seine Auffassungen kaum alleine durchsetzen, sich ohne das gebündelte Programmangebot von Gruppen nicht einmal sinnvoll politisch orientieren kann, müssen Parteien in einem Programmangebot verschiedene gesellschaftliche Interessen bündeln und sich als Gesamtbild von Politik gegen andere Angebote zur Wahl stellen.

Gleichzeitig sollen Parteien dafür sorgen, dass für die Besetzung der höchsten und wichtigsten Staatsämter qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, so dass die Wähler zwischen verschiedenen Ensembles von geeigneten Personen auswählen können. Schließlich fungieren sie als Bindeglied zwischen Bürger und politischem System, indem sie dem Bürger durch Engagement in Parteien eine über den Wahlakt selbst hinausreichende Beteiligung am politischen Prozess ermöglichen.

Die Väter und Mütter des GG wollten die Demokratie stabilisieren, indem sie die Parteien aufwerteten und ihnen zugleich relativ strenge Auflagen machten. Ganz im Sinne dieser neuen Betonung der Rolle der Parteien für die demokratische Ordnung hat sich in

den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik im politischen Denken wie in verfassungsgerichtlichen Entscheidungen der Einfluss einer Parteienstaatstheorie niedergeschlagen, die am markantesten von dem Staatsrechtler Gerhard Leibholz vertreten worden ist. Danach sind Wahlen vor allem inhaltliche Richtungsentscheidungen zwischen Parteien, diese die eigentlichen Handlungseinheiten des politischen Prozesses und die gewählten Parlamentsabgeordneten eher „gebundene Parteibeauftragte“.

Auch wenn dieser Auffassung schon in den 1960er Jahren von Verfassungsrechtlern und Politologen entgegengehalten worden ist, dass Wahlen weniger inhaltliche Richtungsentscheidungen als vielmehr bloßer Akt der Anvertrauung von Mandaten an Personen darstellten, die frei Herrschaft auf Zeit ausübten, demnach Parteien nur Organisationen zur Beschaffung von Personal und zur Organisation von Wahlen seien, hat die Parteienstaatstheorie das Verständnis von der deutschen Nachkriegsdemokratie lange geprägt. Die damit verbundene positive Wendung in der öffentlichen Wahrnehmung der Parteien verdankte sich entscheidend dem praktischen Erfolg und der Stabilität der deutschen Nachkriegsdemokratie.

Der Erfolg der Nachkriegsdemokratie

Begünstigt durch das beginnende Wirtschaftswunder entwickelte sich in den 1950er Jahren ein hohes Maß an Systemzufriedenheit unter den anfangs mit der Demokratie wenig vertrauten Deutschen. Dabei hat die Stabilität des gegenüber Weimar auf relativ wenige Akteure konzentrierten Parteiensystems die Popularisierung der parteienstaatlichen Grundvorstellung fraglos erleichtert. Nachdem durch die FDP die Spaltung des Liberalismus überwunden war, die Wiedergründer des katholischen Zentrums gegenüber der neuen überkonfessionell-christlichen Sammlungsbewegung CDU den Kürzeren gezogen hatten, die SPD im linken Spektrum nach Einflussverlust und Verbot der KPD konkurrenzlos war und die kleineren bürgerlichen Parteien nach und nach von der Union geschluckt waren, war schon 1957 der Weg zu einem Drei-Parteien-System im Wesentlichen abgeschlossen.

Sicher konnte sich dieses System in den fünfziger Jahren kaum auf breites Bürgerengagement stützen. Das politische Interesse hielt sich in Grenzen. 1960 zählte die regierende CDU gerade einmal 250 000 Mitglieder. Aber die Bürger gingen zur Wahl, und die Systemzustimmung war groß. So festigte sich trotz manch sorgenvoller Rede über den „Mangel an Gemeinsinn“ (Heinrich Lübke) der Eindruck, dass die Parteien die ihnen zugedachten Aufgaben leidlich erfüllten, und es vollzog sich mit der allmählichen Gewöhnung der (West-)Deutschen an die Demokratie auch eine Revision der alten Geringschätzung des Parteienwesens.

Je vertrauter die Abläufe unseres Wahlrechts wurden, desto stärker setzte sich eine Sichtweise durch, nach der Wahlen in erster Linie Parteienwahlen waren. Gewiss ist die Person des amtierenden Bundeskanzlers in Wahlkampfzeiten auch damals schon herausgestellt worden, und die Union konnte mit Adenauer 1953 und 1957 einen Kanzlerbonus für sich verbuchen. Auch in der sozialdemokratischen Wahlkampf-Fokussierung auf einen 1961 erstmals eigens nominierten „Kanzlerkandidaten“ Brandt lässt sich ein früherer Zug zur Personalisierung erkennen. Aber gewählt wurden in erster Linie doch die Parteien.

Zwar waren diese Parteien inzwischen weniger deutlich unterscheidbar, nachdem die Sozialdemokraten mit dem Godesberger Programm endgültig ihren Frieden mit Marktwirtschaft und Westbindung gemacht hatten. Gleichwohl konnte von einem Verschwimmen der Konturen noch nicht die Rede sein. Erstens überwog noch bei weitem der Typ des Stammwählers mit fester parteipolitischer Präferenz. 1960 lag die Zahl der „Wechselwähler“ bei einem Viertel des heutigen Anteils. Zweitens blieb trotz allem sozialdemokratischen Pragmatismus lange selbstverständlich, dass es sich bei der SPD um die linkere, die Volkspartei der kleinen Leute handelte.

Die erste Welle einer grundsätzlichen politischen Kritik, die sich mit der APO in den späten sechziger Jahren gegen den angeblich oligarchischen Charakter der parteienstaatlichen Herrschaft richtete und von einer kurzatmigen Wiederbelebung rätendemokratischer Konzepte begleitet war, hat die etablierten

Parteien im Ergebnis zunächst deutlich gestärkt. Denn die folgende Politisierung der Gesellschaft führte zu einer in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Eintrittswelle in diese Parteien. Während die Sozialdemokraten ihren Mitgliederbestand zwischen 1960 und 1975 von 650 000 bis auf eine Million steigern konnten und jetzt ganz überwiegend junge Leute aus dem intellektuellen Milieu anzogen, was den Charakter der alten Arbeiterpartei nachhaltig und irreversibel verändert hat, konnte auch die CDU von der Politisierungswelle profitieren: Bis 1975 hatte sich die Mitgliederzahl der Union mehr als verdoppelt. Aus dem als betulich verschrienen „Kanzlerwahlverein“ war eine moderne Massenpartei geworden, deren Mitgliederbestand bis 1980 bis auf 700 000 anwuchs.

Die Glanzzeit der Parteiendemokratie

Bei allen Schattenseiten, welche die Politisierungswelle dieser Zeit auch hatte und die sich in einer starken Reideologisierung und Polarisierung niederschlug, von der besonders die Sozialdemokraten betroffen waren, wo jetzt viele Junge von „antikapitalistischen Systemreformen“ träumten: In jener Zeit ist die Politik in der Bundesrepublik dem parteiendemokratischen Idealbild, nach dem Parteien die verschiedenen Strömungen einer aktiven und partizipationsgeneigten Bürgerschaft bündeln und im Angebot alternativer Politikkonzepte der Wählerschaft zur Entscheidung vorlegen, wohl am nächsten gekommen, zumal das Innenleben dieser Parteien selbst in hohem Maße von öffentlich nachvollziehbaren Debatten über Grundorientierungen geprägt war. Das galt besonders für die SPD.

Natürlich ist der überragende Wahlsieg der Sozialdemokraten 1972 auch der persönliche Erfolg von Willy Brandt gewesen; fraglos aber war diese Wahl vor allem ein Plebiszit über die Ostpolitik und den innenpolitischen Reformkurs. (Fast) jeder wusste, worum es ging. Die beispiellose Identifikation und Gegenidentifikation in der bundesdeutschen Gesellschaft von damals, die zu einer bis heute nie wieder erreichten Wahlbeteiligung von 92 Prozent führte, verlief ziemlich genau entlang der voneinander unterscheidbaren politischen Angebote. Kein hochgejazztes Kandidatenduell war dazu nötig – und nur wenige Spin-Doctors.

Mit der Entstehung der GRÜNEN aus außerparlamentarischen Protestbewegungen war um die Wende zu den 1980er Jahren neben dem Ende des Dreiparteien-Systems auch eine neue Welle parteienstaatlicher Institutionenkritik verbunden. Die GRÜNEN taten sich zunächst schwer mit ihrer Selbstanerkennung als Partei. Wohl formierten sich ihre Anhänger als solche, verbanden das aber mit dem Anspruch, ganz anders zu sein als alle anderen Parteien. Von einer „Anti-Parteien-Partei“ hat Petra Kelly 1982 gesprochen. Damit war die Ablehnung jeder Art von Parteienoligarchie gemeint, verbunden mit allerhand Kritik am Repräsentationsgedanken selbst. „Wir vertreten uns jetzt selbst“, „wir machen Politik für die Betroffenen“, „wir machen Politik in der ersten Person“ – hieß das damals.

Um die Entstehung einer solchen Oligarchie zu verhindern, hatte man sich allerhand Vorkehrungen ausgedacht: Die Rotation der Abgeordneten, Unvereinbarkeit von Parteiamt und Parlamentsmandat, die Ablieferung erheblicher Teile der Abgeordnetendiäten. Keine Macht für niemand – so lässt sich das Organisationsideal der Anti-Parteien-Partei von damals zusammenfassen.

Von diesen Vorstellungen, deren gesellschaftliches Idealbild das von daueraktiven Bürgerinitiativen war, ist nicht viel übrig geblieben. Nachdem die parlamentarisierten GRÜNEN die Erfahrung gemacht hatten, dass ihre schwachen organisatorischen Strukturen vor allem zum Wettbewerbsnachteil gegenüber den parteipolitischen Konkurrenten wurden, hat sich die Partei von diesen „basisdemokratischen“ Gründungsvorstellungen nach einigen inneren Kämpfen gründlich gelöst.

Folgenreich beeinflusst haben die GRÜNEN die deutsche Politik gewiss, kaum aber mit ihren direktdemokratischen Ideen der Gründerzeit. So ist mit ihnen kein neuer Typus von politischer Organisation entstanden; vielmehr haben sie den gleichen Weg von der Bewegung zur Partei zurückgelegt wie andere vor ihnen auch. Als Parteiorganisation ähneln sie heute strukturell der FDP.

Mit der Entstehung der GRÜNEN verbindet sich die letzte große Politisierungswelle der (west-)deutschen Gesellschaft. Schon kurz nach ihrer Parlamentarisierung ließ die Politisierung nach. Breiter wahrgenommen wurde das allerdings erst in den Jahren nach der Deutschen Einheit, als sich Verdruss und Enttäuschung breit machten. „Politikverdrossenheit“ hieß das Wort des Jahres 1992. Bald zeigte sich das auch in den Parteien selbst: Der Mitgliederbestand der beiden großen Volksparteien ging deutlich zurück. Während die einsetzende Debatte um die Folgen der Globalisierung und einer „Krise des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ zu wachsenden Zweifeln an der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit moderner Politik führte, wurde das Bild von Politik in der Gesellschaft jetzt immer stärker von den Medien und besonders vom Fernsehen bestimmt. Das Fernsehen aber durchlief in jenen Jahren einen Wandlungsprozess, der mit dem Siegeszug der Privaten zur Etablierung der Einschaltquote als wichtigstem Gradmesser einer Sendung auch bei den Öffentlich-Rechtlichen geführt hat. Und da vor allem Unterhaltung Quote bringt, sollte jetzt auch die Politikberichterstattung unterhaltender werden. Ein neues Wort wurde kreiert: Politainment. Es begann der Siegeszug von Talkshows und Boulevardfernsehen.

In den Folgejahren setzte sich in der Gesellschaft der Eindruck fest, eigentlich sei keine Partei imstande, die Folgeprobleme der Deutschen Einheit und die bald bis zum Überdruß diskutierten Zukunftsfragen des Wirtschaftsstandorts und Sozialstaats Bundesrepublik zu bewältigen. So wurden Verdruss und Zweifel zur Grundlage regionaler Wahlerfolge der Opposition, gepaart mit vagen, eher unspezifischen Veränderungswünschen, die mehr symbolhaft unterfüttert als in klare programmatische Alternativen übersetzt wurden („Innovation und Gerechtigkeit“). In dieser Stimmungslage kam es zum Machtwechsel von Kohl zu Schröder.

War dieser Wechsel anfangs noch mit Hoffnungen auf neuen politischen Schwung verbunden, wich der verhaltene Optimismus in der Gesellschaft bald einer neuerlich kritischen Grundstimmung. Zwar gelang der rot-grünen

Regierung mit einigem Glück und dem Rückenwind durch ihre Ablehnung der amerikanischen Irak-Politik 2002 die Wiederwahl. Doch schon kurz darauf verfestigte sich wieder der Eindruck, dass Rot-Grün mit den vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Problemen überfordert sei. Nachdem Schröder mit der Agenda 2010 die Flucht nach vorn gesucht hatte und in Konflikt mit der eigenen Partei geraten war, erlitt die SPD eine Kette von Wahlniederlagen, was am Ende in die vorgezogene Bundestagswahl führte. Zwar konnten sich die Sozialdemokraten dabei besser behaupten als erwartet, doch für ein neues rot-grünes Mandat reichte das Ergebnis nicht. Da andere Mehrheitsbildungen nicht zustande kamen, blieb am Ende nur die Große Koalition. Nach anfänglicher Skepsis schien sich Anfang 2006 eine positivere Grundstimmung im Lande auszubreiten. Schon im Spätsommer des Jahres aber hatte sich unter dem Eindruck der Debatten um die Gesundheitsreform wieder die seit langem vertraute, verdrossene Grundstimmung eingestellt. Ob der wirtschaftliche Aufschwung daran Grundlegendes verändern kann, wird sich noch zeigen müssen. Zwar erzielt die Kanzlerin beachtliche Umfragewerte. Eine „Trendwende“ im Ansehen von Parteien und Politikern aber steht noch aus.

Im Gegensatz zur sozialliberalen Ära in den 1970er Jahren war die Kanzlerschaft Schröders keine Zeit der Politisierung und eines wachsenden gesellschaftlichen Engagements. Wie immer die Leistungsbilanz von rot-grün insgesamt beurteilt werden mag: Zur Stärkung der Parteiendemokratie konnte sie nichts beitragen, im Gegenteil: Die SPD hatte im Herbst 1998 780 000 Mitglieder; sieben Jahre später waren es noch 580 000. Auch die GRÜNEN mussten Mitgliederverluste hinnehmen. Trotz Spendenskandal und schwarzer Kassen sind die Mitgliederverluste der CDU im gleichen Zeitraum geringer ausgefallen. Die CSU hält sich seit Jahren relativ stabil bei 170 000 bis 180 000 Mitgliedern.

Kernprobleme der Demokratieentwicklung heute

Im Einflussverlust der Parteien heute spiegeln sich vor allem drei wesentliche Veränderungen gegenüber den ersten Jahrzehnten der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland:

Erstens hat sich der Gestaltungsspielraum nationalstaatlicher Politik in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, die den Rahmen bilden für sozialpolitisches Handeln, aufgrund der viel beschriebenen internationalen Verflechtungen und offener Märkte vermindert. Kompetenzverlagerungen nach Brüssel, europäischer Binnenmarkt und Anpassungszwänge der Globalisierung – dass nationalstaatliche Politik Steuerungskraft verloren hat, ist nicht zu bestreiten. Da aber die nationale Politik Adressat für Wünsche und Ansprüche der Bürger bleibt, entsteht in der Gesellschaft der Eindruck einer gleichermaßen alternativlosen wie schwachen Politik, die bei Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklung oft nur noch kommentieren und lamentieren, aber kaum noch gestalten kann.

Zweitens hat sich das Bild von Politik in der Gesellschaft nachhaltig verändert, wobei das veränderte Verhältnis von Politik und Medien eine zentrale Rolle spielt. Durch den sozialen Wandel und die gewachsene Mobilität sind die politischen Einstellungen der Bürger immer weniger von Tradition und Milieubindung bestimmt. So ist eine unstete Wählerschaft entstanden, deren Stimmungsausschläge der Demoskopie Rätsel aufgeben. Ganz gleich, ob die dafür maßgeblichen gesellschaftlichen Veränderungen mit Begriffen wie „Wertewandel“, „Individualisierung“ oder „Erlebnisgesellschaft“ beschrieben werden, im veränderten Verhältnis zwischen Bürgerschaft und politischen Parteien spiegeln sich Veränderungen von säkularer Dimension wider: „Die Individualisierung destabilisiert das Großparteiensystem von innen her, weil sie Parteibindung enttraditionalisiert, entscheidungsabhängig oder (. . .) herstellungsabhängig macht, was bei der Zersplitterung der Interessen, Meinungen und Themen dem Versuch gleichkommt, einen Sack Flöhe zu hüten.“¹

Gleichzeitig wird das Politikbild der Bürger vor allem durch die Medien und insbesondere vom Fernsehen geprägt. Einerseits ist damit ein Zugewinn an demokratischer Kontrolle verbunden. Durch den Rückgang des Parteijournalismus, vor allem aber durch die gewachsene Konkurrenz um Aufmerksamkeit, Auflage und Einschaltquote, werden heute auch die dunklen und unerfreulichen

¹ Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M. 1993, S. 223.

Seiten des Politikbetriebs gründlicher und erbarungsloser ausgeleuchtet als früher. Hofberichterstattung findet nicht mehr statt, geschont wird niemand, transparent ist (fast) alles. Trotz mancher Übertreibung und gelegentlich ärgerlicher Maßstabslosigkeit in der Darstellung von Fehlverhalten kann man darin einen Demokratiegewinn sehen. Andererseits aber wird dieser Gewinn mehr als nur aufgezehrt durch die mit diesem hektischen Kampf um Quoten und Auflage verbundene Tendenz, Politik mit den Mitteln des Boulevardjournalismus und möglichst unterhaltend zu präsentieren. Denn auf diese Weise wird Politik zum Bestandteil einer „Eventkultur“, in der Eindruck und Ereignis zählen, weniger das Ergebnis.

Das dramaturgische Darstellungsprinzip des Fernsehens prägt zunehmend das Politikbild der Gesellschaft. Dieses Darstellungsprinzip aber ist bestimmt von Emotionalisierung, Moralisierung und Personalisierung. Nicht Ideen, Werte und Ergebnisse zählen, sondern Menschen und ihre Geschichten, Prominenz und Aufmerksamkeitsproduktion. Die boulevardeske Politikpräsentation erzeugt eher hysterische Aufregungskonjunkturen und politvoyeuristische Neugier, kaum aber Maßstäbe zur Beurteilung politischer Sachverhalte. Hinzu kommt der Wandel politischer Diskussionssendungen zu Showveranstaltungen, deren Mittelpunkt die Moderatoren und Moderatorinnen selbst sind.

Der Einflussverlust des Parteijournalismus früherer Jahrzehnte und der Siegeszug des „investigativen“ Journalismus hat dazu beigetragen, dass die von konservativer Seite gern monierte „Linksneigung“ im Journalismus einer stärkeren Orientierung an „professionellen Nachrichtenwerten“ gewichen ist.¹²

Eher verstärkt aber hat sich dadurch das Funktionieren des Massenkommunikationssystems als stark selbstreferenziell-geschlossenes System, dessen Mitglieder sich vor allem aneinander orientieren. So ist durch die Vervielfältigung des Medienangebots keine

¹² Vgl. z.B. Siegfried Weischenberg u. a., Merkmale und Einstellungen von Journalisten, in: Media Perspektiven, (1994), S. 154 ff.; Simone Christine Ehmig, Generationenwechsel im deutschen Journalismus, Freiburg 2000. Grundsätzlich Hans Matthias Kepplinger, Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg 1998.

breitere Pluralisierung des Informations- und Meinungsangebots entstanden, eher eine Vervielfältigung desselben. Alle folgen den gleichen Nachrichtenwert-Kriterien, orientieren sich an den gleichen Leitmedien, behandeln die gleichen Themen, skandalisieren die gleichen Sachverhalte – und wenden sich dann ebenso rasch wie geschlossen einem anderen Thema zu.

Geblichen ist aus der Zeit des Richtungsjournalismus das Rollenverständnis des aktivkritischen Akteurs, der sich jetzt keiner politischen Seite mehr verpflichtet fühlt, umso mehr aber eine mediale Gegengewalt-Funktion für sich beansprucht, deren Herkunft aus den Kindertagen der Demokratie weithin unreflektiert auf die heutige Zeit übertragen wird. Was die eher schwache demokratische Herrschaftsausübung von heute aber noch mit der politischen Gewalt von Fürstenhöfen gemein hat, bleibt dabei im Dunklen. Es genügt, wenn sich die Zeitungen verkaufen, die Sendungen gesehen werden, Produktionsgesellschaften und Verlage Gewinne abwerfen.

Die Politik reagiert auf ihren eigenen Bedeutungsverlust mit einer Mischung aus Ignoranz, Hilflosigkeit und Anpassung. Erstaunlich wenig wird reflektiert, was es bedeutet, wenn sich in der politischen Berichterstattung die Medienwelt zunehmend selbst inszeniert. Zugleich entsteht ein neuer Politikertypus, der sich an die Gesetze dieser Medienwelt anzupassen sucht und deshalb in wachsendem Maße dazu neigt, vornehmlich sein öffentliches Image zum Maßstab des Handelns zu machen. Eine Art virtueller Politikommunikator mit nur noch flüchtigen Bindungen an Ideen, Überzeugungen, Werte und Ziele ersetzt den mehr oder weniger soliden Polithandwerker von früher. Soft und political correct tritt er auf, fragt den Spin-Doctor, wie er „rübergekommen“ ist und den angeheuerten Demoskopern, mit welchem programmatischen Setting und welcher Inszenierung man die nächste Wahl gewinnen könnte. Dass derlei Flüchtigkeiten bei Politikern *und* Medien auf Kosten der Glaubwürdigkeit gehen, scheint kaum jemand zu bemerken.

So werden Politiker zu Stars in einem Mediengewerbe, das statt um Wahrheit mehr um Aufmerksamkeit ringt und in dem die Grenzen zwischen Nachrichten, Werbung und

Unterhaltung fließend werden. Eine boulevardisierte Öffentlichkeit, in der sich Belangvolles und Belangloses, Tiefsinn und Unsinn zu einem medialen Reizüberflutungsteppich vermischen, entfernt sich immer weiter vom Ideal einer kritisch-räsonierenden Öffentlichkeit, in der die Kraft der besseren Argumente zur Entfaltung kommen sollte. Als Teil dieses Bilder- und Klangteppichs, der wahllos die Gesundheitsreform neben Klatsch- und Tratschgeschichten einsortiert, *muss* sich seriöse Politik schwer tun.

Drittens leiden Politik und Parteien an einem Mangel an glaubwürdigen Leitideen, die sie identifizierbar und unverwechselbar machen könnten. Nun sind Ideologien und Programme nie so wichtig gewesen, wie es den Historikern mitunter vorkommt. Aber die Wähler konnten mit Adenauer und Erhard doch treffend eine Mischung von marktwirtschaftlichen mit christlich-sozialen Vorstellungen verbinden, mit der Brandt-Regierung neben der polarisierenden Ostpolitik eine auf Chancenmehrung für die kleinen Leute gerichtete Reformpolitik im Inneren. Auch wenn die Gesetzgebungsarbeit nie bloß Umsetzung großer programmatischer Entwürfe gewesen ist, war die politische Großrhetorik im Handeln doch wiederzufinden. Das schuf Identifikation und Opposition. Dass dies heute anders ist, hinterlässt Verunsicherung und Orientierungsprobleme.

Es scheint, als sei mit dem Scheitern der sozialistischen Utopie die orientierende Kraft der politischen Großideen der europäischen Geistesgeschichte – Liberalismus, Sozialismus, Konservatismus – an ein Ende gekommen. So folgerichtig aber der neue Pragmatismus der Mitte vor dem Hintergrund der Geschichte sein mag: Die Identifizierbarkeit der Parteien nimmt darüber ab. Das aber verstärkt ihren Bindungsverlust in der Gesellschaft und das begünstigt den Hang zur Politik als Inszenierungstheater von Personen. Und dass der neue Pragmatismus der Mitte, den im Kern fast alle teilen, gleichzeitig weiter als polarisierte und lärmende Streitdramaturgie von Freund und Feind daherkommt, verleiht vielen politischen Debatten heute den Eindruck einer künstlichen Aufgeregtheit ohne wirkliche Bedeutung. Nie in der deutschen Parteigeschichte ist weniger klar gewesen als heute, wofür die einzelnen Parteien

wirklich stehen und worum sie jenseits des Ziels Machterwerb eigentlich streiten.

Konsequenzen

Fraglos ist es der Demokratieentwicklung gut bekommen, dass die Deutschen nach 1945 ihre lange Reserve gegenüber dem „Parteiengezänk“ überwunden haben. Ebenso gewiss ist aber auch, dass wir uns in einem Prozess der Aushöhlung der Parteiendemokratie befinden. Ob der Begriff der „Mediokratie“ nun eine Übertreibung ist oder nicht: Nicht zu leugnen ist eine Mediatisierung der Politik, mit der sich das Politikbild der Gesellschaft verändert hat. Mag sein, dass die Medien den „volatilen Wähler“, der mal hierhin und mal dorthin will, nicht hervorbringen. Ganz sicher aber entsprechen sie ihm mit ihrem Fliegen und Flüchten von einem Trend zum anderen ziemlich genau. Maßstäbe und Orientierung vermitteln sie kaum.

Diese Entwicklung fällt zusammen mit dem Verlust der orientierenden Kraft glaubwürdiger politischer Leitideen, was wachsende Schwierigkeiten bei der politisch-programmatischen Identifizierung von Parteien zur Folge hat. Nimmt man die durch Mitgliederverluste prekärer werdende Funktion der Personalrekrutierung und den Funktionswandel von Parteitag zu Orten der Inszenierung einer Politmarke hinzu, stellt sich die Frage, ob die Parteien die Zentralfunktionen, die ihre besondere Stellung in der Demokratie begründen, überhaupt noch zureichend erfüllen.

Natürlich wirken Kräfte auf diese Entwicklungen ein: Digitalisierung und neue Medien, veränderte Freizeitgewohnheiten, Traditionsverlust, Individualisierung. Doch so wenig ins Zeitalter der Adenauers und Brandts, Strauß und Helmut Schmidts zurückführt – das Zerbröseln der Parteiendemokratie ist nicht zwangsläufig. Dazu müsste Politik freilich stärker, handlungsfähiger, identifizierbarer werden; zugleich müsste sich das mediale Bild von Politik verändern. Weniger Wahltermine, weniger Wahlkämpfe, Parteien, die identifizierbarer und kompromissfähiger zugleich sein müssten, weniger Umfragen, Politik- und Medienberater. Eine Partei ist keine Marke und Stimmenmaximierung kein Selbstzweck. Und Politainment erzeugt eher die Illusion von demokratischer Beteiligung, weil Ent-

scheidungen Standpunkte und Maßstäbe vorzusetzen, die im Unterhaltungsprogramm nicht zu gewinnen sind.

Dabei ist die den Parteien verlorengewonnene Macht keineswegs bei Journalisten, Chefredakteuren und Talkmastern angekommen. Denn die Medienleute sind ihrerseits weniger Gestalter als Getriebene in einem Windhundenrennen um Aufmerksamkeit und Geld. Es sind die anonymen Gesetze eines von keinem Medienrecht oder ungeschriebenen Seriositätsgrenzen gebändigten Marktes, die hier wirken.

Wer Demokratie zuerst durch die Grundwerte Freiheit und Volkssouveränität definiert, sieht die Freiheit durch den Einflussverlust der Parteien erst einmal kaum bedroht. Im Gegenteil fällt der Abstieg der Parteien mit einer historisch beispiellosen Ausweitung von Handlungsoptionen in einer individualisierten „Multioptionsgesellschaft“ zusammen. Freilich setzt die sinnvolle Nutzung von Optionen immer auch Wert- und Beurteilungsmaßstäbe voraus. Die aber vermittelt die mediale Aufmerksamkeitshascherei mit ihrer permanenten Suche nach dem Massengeschmack kaum.

Richtig prekär aber wird es, wenn man Demokratie mit Abraham Lincoln („government of the people, by the people and for the people“) zuerst über Volkssouveränität definiert. Denn das setzt eine an den öffentlichen Angelegenheiten halbwegs interessierte Bürgerschaft voraus, die mindestens bei Grundfragen der politischen Gestaltung in der Lage ist, auf der Basis rationaler Kriterien zwischen Handlungsalternativen zu entscheiden. Von diesem demokratischen Ideal sind wir heute weiter entfernt als in den besten Jahren der Parteiendemokratie. Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Demokratischer aber wird es nicht zugehen, wenn sich der Abstieg der Parteiendemokratie fortsetzt.

Jürgen Dittberner

Große Koalition: 1966 und 2005

Es ist nicht das erste Mal, dass die Bundesrepublik von einer „großen Koalition“ regiert wird. Von 1966 bis 1969 hatten sich CDU/CSU und SPD unter Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler sowie Willy Brandt als Vizekanzler und Außenminister gefunden. 2005 folgte unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel von der CDU sowie Franz Müntefering von der SPD als Vizekanzler und Bundesminister für Arbeit und Soziales die scheinbare Neuauflage.

Ist das Bündnis von 2005 eine Reprise oder eine Innovation im deutschen Parteiensystem? Vor allem um diese Frage geht es im Folgenden. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, war die Opposition 1966 schwächer als 2005. War die Union 1966 quantitativ der SPD klar überlegen, so war ihr Vorsprung vor der SPD 2005 sehr knapp. Die Akzeptanz des Bündnisses im eigenen Lager jedoch schien zu Beginn des Vorhabens 2005 größer gewesen zu sein als 1966. Am 22. November 2005 wurde die neue Kanzlerin gewählt, und kurz nach 11 Uhr konnte man im Internet lesen: „Angela Merkel zur Kanzlerin gewählt. CDU-Chefin erhielt 397 von 448 Stimmen der Koalition.“ 51 Koalitionäre hatten ihr nicht die Stimme gegeben – wahrscheinlich überwiegend Sozialdemokraten. Die Verweigerung innerhalb des eigenen Lagers war weniger krass als bei der großen Koalition 1966. Damals hatten 138 Abgeordnete Kurt Georg Kiesinger (CDU) ihre Stimme verweigert – bei 49 Oppositionsabgeordneten. 108 Koalitionäre votierten gegen Kiesinger. Da der Bundestag zu dieser Zeit kleiner war, blies der parlamentarische Gegenwind seinerzeit stärker als 2005. So schien die Aussage vieler nicht übertrieben, dass am 22. November 2005 eine neue Epoche begonnen habe.

Jürgen Dittberner

Prof. Dr., geb. 1939;
Professor für Politikwissenschaft an der Universität
Potsdam, Karl-Marx-Str. 67,
14482 Potsdam.
jdittb@rz.uni-potsdam.de



Tabelle: Sitzverteilungen im Deutschen Bundestag während der ersten und der zweiten großen Koalition

		Mandate	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	PDS/Die Linke
5. Bundestag	1965–1969	496	245	202	49		
16. Bundestag	ab 2005	614	226	222	61	51	54

Erstaunlich ist eine starke fachliche und parteipolitische Parallelität zwischen den beiden 34 Jahre auseinander liegenden Regierungen. Die meisten Ressorts haben sich nicht oder nur in den Zusätzen geändert. Auch besetzen die Parteien überwiegend die gleichen Ressorts. Die Ausnahmen bilden Finanzen und Wirtschaft, wo sich 1966 mit Franz Josef Strauß (CSU) und Karl Schiller (SPD) zwei herausragende Politiker anboten, deren politisches Gewicht Peer Steinbrück (SPD) und Michael Glos (CSU) noch nicht erreicht haben. Für das Ressort „Soziales ...“ stand 1966 mit Hans Katzer (CDU) der Vorsitzende der damals in der Union mächtigen Sozialausschüsse zur Verfügung, während sich 2005 Franz Müntefering (SPD) als Verhandlungsführer seiner Partei dieses Ressort aussuchte. Auch gab es in der Regierung Kiesinger/Brandt Ressorts, für die es 2005 keinen Geschäftsbereich mehr gab, wie z. B. die Ministerien für Wohnungswesen, Vertriebene, Post oder Gesamtdeutsche Fragen. Insgesamt ist bemerkenswert, dass sich 1966 fast die gesamte politische Elite jener Zeit im Kabinett versammelte, während sich Vergleichbares für 2005 nicht sagen lässt – schon wegen der vielen Oppositionsparteien und deren Repräsentanten.

Folgendes haben die beiden großen Koalitionen gemeinsam: Die größten im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien – CDU/CSU und SPD – bilden eine Regierung. Den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin stellt die CDU. Sowohl das Bündnis von 1966 als auch das von 2005 nahm sich Strukturreformen vor: Eine Haushalts- und Wahlrechtsreform sowie die Notstandsgesetzgebung waren Ziele und Rechtfertigung der Regierung Kiesinger/Brandt. Ziele der Koalition Merkel/Müntefering waren die Haushaltsanierung, eine Gesundheitsreform und der Abbau des zur „Föderalismusfalle“ gewordenen Verbundföderalismus. Sowohl die Politiker der großen Koalition in Bonn als auch die der Neuauflage in Berlin erklärten, ihre Verbindung sei nur zeitlich begrenzt.

Doch die Unterschiede überwiegen: Wollte 1966 – nach dem Scheitern der Koalition mit der FDP unter Ludwig Erhard – die Union das Amt des Bundeskanzlers als Ausdruck der Führung erhalten, weshalb sie den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger an die Spitze stellte, so begnügte sich 2005 die Führungspartei SPD nach dem Scheitern ihres Kanzlers mit der Rolle des Juniorpartners und schickte – wenn auch nach langem Zieren – Franz Müntefering als Statthalter in die Regierung, denn „Opposition ist Mist“.¹ So gesehen ist die Union 2005 aufgestiegen, während sie 1966 Position gehalten hatte. Die SPD wurde 2005 durch den Verlust ihrer Kanzlerschaft trotz ihrer stolzen Ministerzahl abgewertet, während 1966 für sie – die lange Verferme – der erhoffte Durchbruch war.

1966 saßen mit Kiesinger und Brandt die Parteivorsitzenden der CDU und der SPD am Kabinetttisch – was Brandt im Übrigen manch politisch motiviertes Unwohlsein bereitete –, während 2005 zwar Angela Merkel in der CDU den Parteivorsitz erobert hatte, in Franz Müntefering jedoch einen Partner in der Regierung fand, der den Parteivorsitz niederlegte, als die SPD ihm in der Generalsekretärsfrage nicht folgte.

2005 standen der großen Koalition im Bundestag gleich drei Oppositionsfraktionen entgegen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten: Bündnis 90/Die Grünen waren der soeben „gefeuerten“ Koalitionspartner der SPD, der ab sofort ohne die Führung seines (un)heimlichen Vorsitzenden Josef Fischer auskommen musste. Die FDP unter ihrem „Alleinherrscher“ Guido Westerwelle war der Wunschpartner der Union, hatte dieser aber bei der Bundestagswahl 2005 zu viele Zweitstimmen abgenommen, so dass dem

¹ Der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, hingegen hatte viel von der staatspolitischen Bedeutung der parlamentarischen Opposition gesprochen.

„Traumbündnis“ Merkel/Westerwelle die Mehrheit fehlte. Links bildete sich mit Gregor Gysi und dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine in der Linkspartei eine neue sich auf „Sozialismus“ berufende Formation heraus, die geeignet war, der SPD Stimmen abzunehmen.

1966 gab es dagegen nur eine parlamentarische Opposition, und zwar die FDP des Erich Mende. Diese Opposition im Parlament erschien so schwach, dass die aus Studentenprotesten gespeiste „Außerparlamentarische Opposition (APO)“ zusätzliche Legitimation aus der Bildung der großen Koalition zog und sich neben der FDP zur eigentlichen Gegnerin der Notstandsgesetze stilisierte.

1966 standen 447 stimmberechtigte Abgeordnete von Union (245) und SPD (202) 49 FDP-Parlamentarier gegenüber.¹² Der Bundestag zählte 499 Mitglieder – dazu kamen 22 Berliner. 2005 gehörten dem Bundestag 614 Abgeordnete an. Davon stellte die CDU/CSU 226 Abgeordnete und die SPD 222, so dass die Koalition insgesamt auf 448 Parlamentarier kam. Dem steht die „bunte“ Opposition mit insgesamt 176 Sitzen entgegen: 61 von der FDP, 54 von der Linkspartei und 51 von den Grünen. Die parlamentarische Opposition gegen die zweite große Koalition ist zwar wie 1966 der Regierung nicht ebenbürtig, aber immerhin quantitativ stärker und inhaltlich vielfältiger. Eine außerparlamentarische Opposition bildete sich 2005 nicht. Die große Koalition wurde nicht als systemfremd empfunden, sondern als eine mögliche Spielart einer parlamentarischen Demokratie.

Interessanterweise sind einige Politikinhalt der beiden großen Koalitionen gegensätzlich. Während die erste große Koalition einen starken Föderalismusverbund mit Gemeinschaftsaufgaben schuf, bemühte sich die zweite mit der Föderalismusreform um einen Rückbau dieser Strukturen und einen Abbau der Gemeinschaftsaufgaben. Galt der Verbundföderalismus 1966 als Chance zur Modernisierung der Gesellschaft und Effektivierung der Wirtschaft, so war er 2005 zur „Föderalismusfalle“ und eine der Ursachen für eine „Reformunfähigkeit“ des politischen

¹² Dazu kamen die nicht stimmberechtigten Abgeordneten aus (West-)Berlin: acht bei der CDU, dreizehn bei der SPD und einer bei der FDP.

Systems geworden. Was nur eine große Koalition einführen konnte – den Verbundföderalismus –, konnte auch nur eine große Koalition eliminieren: Der Versuch einer Föderalismusreform war in der rot-grünen Regierungszeit noch gescheitert.

Die erste große Koalition hatte sich von der Wahlrechtsreform über den Verbundföderalismus bis hin zu den Notstandsgesetzen große Strukturänderungen der Bundesrepublik vorgenommen. 2005 hingegen waren „kleine Schritte“¹³ vorgesehen, denn für große Schritte wäre entweder eine Neuaufgabe von Rot-Grün oder aber ein schwarz-gelbes Bündnis notwendig gewesen. Rot-Grün hätte seine Antidiskriminierungs- und freizügige Zuwanderungspolitik fortsetzen können; Schwarz-Gelb eine neoliberale Politik aus einem Guss verfolgen sollen. Nun musste die Union Rücksicht nehmen auf eine SPD, die nach der „Hartz“-Politik die soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt stellte, und die SPD musste wirtschaftsliberale Anflüge der Union ins Kalkül ziehen. So kam es beim Mindestlohn zu einem Kompromiss – aber zu keiner Einigung. Mit Rücksicht auf die SPD wurde der Wiedereinstieg in den Atomstrom vertagt. Das Argument, nur große Parteien könnten Großes bewegen, war 2005 weniger zu vernehmen als 1966.

Auch war nach 2005 schneller als nach 1966 davon die Rede, dass die „Gemeinsamkeiten verbraucht“ wären. Zwar schielten Kurt-Georg Kiesinger zum Ende der Legislaturperiode nach der absoluten Mehrheit und Willy Brandt nach der sozial-liberalen Koalition, aber so klar und deutlich wie 2007 wurde damals nicht in der Mitte der Legislaturperiode verkündet, dass man nach der nächsten Wahl neue Mehrheiten suchen müsse.

1966 war die Union die Staats- und Volkspartei der Bundesrepublik. Die SPD kam aus dem „30-Prozent“-Turm des Sozialismus und versuchte, nach Bad Godesberg ihr Image als Bürgerschreck abzulegen. 2005 wollte die Union angesichts hoher Arbeitslosenzahlen zeigen, dass sie es besser könne als ihre Rivalin, und die SPD stand vor der Herausforderung, dass mit den Grünen und

¹³ Vgl. Jürgen Dittberner, Große Koalition – kleine Schritte. Politische Kultur in Deutschland, Berlin 2006.

der Linkspartei eine „linke“ Mehrheit möglich war, diese der SPD aber einen Teil ihrer mittlerweile erworbenen bürgerlichen Ausstrahlung nehmen würde.[†] So war die SPD 2005 in der Defensive, 1966 in der Offensive. Bei der Union verhielt es sich umgekehrt.

1966 hatte die SPD – als Folge des Kalten Krieges – keine Konkurrenz auf der linken Seite des Parteienspektrums. 2005 hatte sie gleich zwei Konkurrentinnen: die Grünen und die Linkspartei. Der Union stand die FDP nach 1966 als potenzieller Ersatzkoalitionspartner nicht mehr zur Verfügung: Unter Walter Scheel und Karl-Hermann Flach mutierte sie, unter heftigen inneren Konflikten, zu einer liberal-sozialen Partei, für die eine Koalition mit der SPD möglich war. So blieb der Union die Perspektive, mit einer absoluten Mehrheit aus dem Bündnis der „Großen“ herauszukommen. 2005 und in den folgenden Jahren positionierte sich die FDP unter Guido Westerwelle als Gegenpol zu den Grünen und der Linken und als möglicher Partner ausschließlich der Union. Diese jedoch muss fürchten, dass es – wie 2005 – für Schwarz-Gelb bei der nächsten Wahl nicht reichen könnte, und da die absolute Mehrheit in weite Ferne gerückt ist, sucht sie nach weiteren Bündnispartnern – etwa den Grünen. Auch Dreierkoalitionen werden salonfähig – wengleich bislang nur verbal.

Schließlich stellt die SPD 1966 wie 2005 den Bundesaußenminister. Doch wurde diese Position bei der ersten großen Koalition von dem Politiker, Charismatiker und Parteivorsitzenden Willy Brandt besetzt, während 2005 mit Frank-Walter Steinmeier ein Mann des Apparates Außenminister wurde. SPD-Obmann in dieser zweiten großen Koalition ist mit Franz Müntefering ein demissionierter Parteivorsitzender, während der eigentliche Vorsitzende der SPD Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz ist. Personell und medial ist die Aufstellung der SPD in der Koalition von 2005 der Union, welche die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin stellt, unterlegen.

Unterschiedlich sind die internationalen Beziehungen der beiden großen Koalitionen. 1966 war Deutschland geteilt, und die Regierung Kiesinger/Brandt regierte in der west-

deutschen Bundesrepublik, eingebettet in die Politik des Westens unter Führung der USA. Zwar hatte es – besonders bei Christdemokraten in der Vorgängerregierung Ludwig Erhards und ausgelöst durch die Amerikakritischen Emanzipationsbestrebungen Frankreichs unter Charles de Gaulle – einen Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ gegeben, einen Streit um die Ausrichtung der westdeutschen Außenpolitik nach Washington oder nach Paris. Aber es war ein Streit über Geschmacksfragen ohne Rücksicht auf die tatsächlichen internationalen Machtverhältnisse, denn dass die USA die den Westen dominierende Macht waren, stand nicht zur Debatte. Für die große Koalition wurden das Drängen der Sozialdemokraten nach einer neuen Ostpolitik unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ sowie das zögerliche Hinterherhinken der Union, die sich von der „Hallstein-Doktrin“ der Nichtanerkennung der Ostblockstaaten lösen musste, charakteristisch. Kurt Georg Kiesinger war kein „kalter Krieger“ mehr. Er war aber auch kein Ostpolitiker vom Format seines Vizekanzlers Willy Brandt, sondern ein Moderator zwischen althergebrachten Doktrinen aus der Adenauer-Zeit und dem Aufbruch zu einer neuen Ostpolitik der Sozialliberalen.

2005 war Deutschland vereinigt, eingebunden in die damals 25 Mitglieder umfassende Europäische Union. 2007 stellte Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU und das Präsidium bei der Weltkonferenz „G 8“. Hinter der Regierung Merkel lag der Konflikt zwischen dem Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush: Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich gemeinsam mit Russland und Frankreich dem Drängen der Amerikaner widersetzt, sich 2003 am Krieg im Irak zu beteiligen. Das transatlantische Band schien zerrissen. Doch die große Koalition unter Angela Merkel stellte die Kontakte in die USA wieder her und wurde in der Verfassungsfrage bei der EU und dem Umweltschmissionsproblem bei der Weltkonferenz führend. Nun taten sich neue außenpolitische Fronten auf: Emotionale und auf dortigem Nationalismus beruhende Konfrontationen mit Polen – trotz aller politischen Hilfestellungen und finanzieller Transfers. Die außenpolitischen Rahmenbedingungen hatten sich von 1966 bis 2005 total geändert: Deutschland war aufgestiegen vom Status zweier Teilstaaten als Sa-

[†] Offen ist auch, ob die Grünen überhaupt für ein derartiges Bündnis zu gewinnen wären.

tellten der jeweiligen Supermacht USA (Bundesrepublik) und UdSSR (DDR) zu einer globalen Mittelmacht.

Stil und Klima der großen Koalitionen waren in den jeweiligen Epochen unterschiedlich: Ruppig und direkt geht es bei der Koalition im vereinten Deutschland zu, altväterlich und förmlicher dagegen trug die erste große Koalition der „Herren“ ihre Konflikte aus. Wie auch in den 1960er Jahren in dem Kreisbronner Kreis, dem Urtyp eines Lenkungsgremiums in einer großen Koalition, finden in der Regierung Merkel Beratungen zwischen den Parteivorsitzenden Beck, Stoiber und Merkel sowie weiteren Spitzenpolitikern statt, die dem Koalitionsausschuss vorgeschaltet sind. Und wie in der ersten wurde in der zweiten großen Koalition die Richtlinienkompetenz der Regierungschefin angezweifelt: Am 12. Oktober 2005 benannte die SPD ihre Minister für die große Koalition. Von Vorschlägen der designierten Bundeskanzlerin an den Bundespräsidenten – wie es das Grundgesetz vorsieht – war nicht die Rede. Gleichzeitig fing der CSU-Vorsitzende und damals designierte Bundeswirtschaftsminister Edmund Stoiber eine Debatte über die Richtlinienkompetenz der künftigen Kanzlerin an: Diese werde nicht gegeben sein, wenn die große Koalition erst einmal stünde.

Gerade bei der vom Grundgesetz dem Kanzler zugebilligten Richtlinienkompetenz ist das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit evident, weil es in der Bundesrepublik fast nur Koalitionsregierungen gab. Aber in großen Koalitionen scheint es so zu sein, dass sich der kleinere Partner – der sich ja auf „Augenhöhe“ mit dem größeren sieht – gegen die herausragende Stellung des Kanzlers wehrt und sie nicht akzeptieren will. So sind auch Ausfälligkeiten einiger SPD-Politiker zu erklären, die bekannt wurden, als Angela Merkel 2007 aufgrund außenpolitischer Erfolge zu großer Popularität aufstieg.

Als die große Koalition 2005 stand, hatte angeblich keiner der Parteipolitiker sie gewollt. „Der Wähler“ – so die Legende – hingegen schon. „Der“ Wähler jedoch ist eine Fiktion. Die Wähler haben jeweils ihre Stimmen abgegeben – nach sehr unterschiedlichen und nicht immer politischen Motiven. Der „Wählerwille“ war 2005 nichts anderes als die

rechnerische Addition millionenfacher Einzelentscheidungen. Eine politische Weisheit war nicht immanent. Es gab keinen aus dem Wahlergebnis 2005 ableitbaren politischen Auftrag für eine große Koalition. Andererseits haben beide großen Parteien – auch wenn sie es oft leugneten – einen inneren Hang zur großen Koalition. Denn, so meinen viele, alles würde besser, wenn „die Erwachsenen“ sich zusammenfänden.

Tatsächlich hatte die Union in der Bundestagswahl 2005 jedoch für eine „schwarz-gelbe Perspektive“ gekämpft. Das Ziel der SPD war, dass ihr Wahlergebnis nicht so schlecht werden möge, wie es ihr im Sommer 2005 prophezeit wurde. Wenigstens über die 30 Prozent-Grenze wollte man kommen. Um das zu erreichen, hatte die SPD gegen die Union ausgeteilt – sogar noch am Wahlabend. Während die SPD bei der Wahl weit über ihr Ziel hinaus gekommen war, blieb die Union ebenso weit hinter ihren Erwartungen zurück.

Da taten die Wortführer von Union und SPD so, als müssten sie erst die Regeln der mathematischen und politischen Grundrechenarten lernen. Dass es für Schwarz-Gelb oder Rot-Grün nicht reichte, wurde bald akzeptiert. Über Rot-Grün-Gelb – die „Ampel“ – auch nur zu reden, lehnte der FDP-Vorsitzende ab. Dann kam eine Phase der virtuellen „Jamaika-Koalition“: Schwarz-Gelb-Grün. Die FDP war begeistert, die Union schien angetan. Das wäre doch ‚was für die Grünen, dachten sie und hatten im Hinterkopf, den gerade demissionierten Josef Fischer mit dem Verbleib im Auswärtigen Amt zu locken, damit die Partei nachziehe. Das funktionierte nicht. Zu viele Grüne sagten, sie wollten keine Lückenfüller für den „schwarz-gelben Neoliberalismus“ sein.

Die klammheimlichen Großkoalitionäre freuten sich über alle diese Diskussionen. Ihr Projekt wurde immer wahrscheinlicher. Zwar hatten beide Großparteien bei der Wahl nicht besonders ruhmvoll abgeschnitten, aber es reichte für eine breite Mehrheit. Großkoalitionäre Empfindungen waren schon in der Ära Schröder politisch relevant geworden. Ohne diese wären die „Hartz“-Gesetze nicht zustande gekommen. Union und SPD neigen dazu, sich als Garanten des Staatswesens zu sehen, wenn es ihnen auf der politischen

Szene zu bunt zu werden scheint. So gesehen war die Regentschaft Schröders gelegentlich auch eine verdeckte große Koalition, und deshalb war es nur folgerichtig, dass Gerhard Schröder bei der Vorbereitung der zweiten großen Koalition am Verhandlungstisch saß – nur vordergründig spielte er da den Störenfried.

1966 war der Hang zur großen Koalition in der Bundesrepublik zum ersten Mal manifest geworden. Die Union hatte den traditionellen Partner FDP verloren. Das sollte die SPD kompensieren. Diese brauchte die Metamorphose zur Regierungspartei, um im Zuge ihres Godesberger Reformprojektes in der Bundesrepublik endgültig als Bonner Partei anerkannt zu werden. So fanden sich Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt. Die mit bestem Personal besetzte „Koalition der Köpfe“ verknüpfte die Aufgaben des Bundes mit denen der Länder und legte die Grundlagen für die später so gescholtene Politikverflechtung. Sie betrieb eine von Karl Schiller und Franz Josef Strauß getragene keynesianische Wirtschaftspolitik und war erfolgreich. Aber das Bündnis polarisierte. Die Protestbewegung der APO stieß sich an der als Symbol der „Versöhnung“ ausgegebenen Zusammenarbeit des „PG“ Kiesinger mit dem Emigranten Brandt. Brandt selber war es, der sich 1969 mit der sozial-liberalen Koalition und Walter Scheel als neuem Partner aus dieser ihn bedrückenden Lage befreite.

Die Kanzlerschaft Kurt Georg Kiesingers ist mit dem „Nazi“-Stigma behaftet, seit Beate Klarsfeld bei einem CDU-Parteitag am 7. November 1968 in der Berliner Kongresshalle den Bundeskanzler ins Auge geschlagen und dabei „kaum vernehmbar“¹⁵ „Nazi“ gerufen hatte. Das Parteitagsprotokoll vermerkt: „Eine jüngere Frau kommt in den Saal, geht hinter den Vorstandstisch und schlägt den Bundeskanzler. Es entsteht am Vorstandstisch ein turbulentes Durcheinander, die Frau wird aus dem Saal geführt.“¹⁶ Beate Klarsfeld wurde verurteilt, betätigte sich im Folgenden immer wieder als „Nazi-Jägerin“. Die Stigmatisierung Kiesingers blieb im Gedächtnis der Öffentlichkeit haf-

ten, obgleich sie eine starke Simplifizierung der Biografie des CDU-Politikers war.

2005 machten sich weniger polarisierende Politiker an die Arbeit – zuerst neben Merkel und Müntefering Stoiber, dann Platzek, Glos und Beck. Diese schlugen dem Pragmatismus eine Gasse. Entgegen sonstiger Koalitionsverhandlungen wurden vorab die Ressorts verteilt und anschließend Inhalte besprochen. Die am Ende getroffenen Vereinbarungen waren nicht statisch – als abzuarbeitender Vertrag – zu verstehen, sondern dynamisch. Zuerst sollte ein Investitionsprogramm kommen, dann Steuererhöhungen. Im ersten Jahr sollte ein fragwürdiger Haushalt aufgestellt werden, damit nachfolgende Haushalte solide würden und den EU-Kriterien entsprächen. Es wurde eine Wirtschaftspolitik jenseits aller ökonomischen „Schulen“ angefangen.¹⁷

Reformvorhaben wie das Gesundheitswesen wurden vorerst ausgespart, später bearbeitet. Auch der Föderalismus wurde „reformiert“. Von einer Änderung des Wahlrechts mit dem nahe liegenden Mehrheitswahlrecht wurde nicht geredet. Wurde dabei an die Misserfolge der ersten großen Koalition auf diesem Gebiet gedacht?

Nicht nur die Regierung, auch die einzelnen Parteien stehen seit 2005 vor einem Neuanfang:

Die SPD musste zugestehen, dass die rot-grüne Koalition ein Milliardenloch hinterlassen hatte. Die Union musste eine symbolische Erhöhung des Spitzensteuersatzes und staatliche Konjunkturspritzen akzeptieren. Was sie gestern noch im Wahlkampf sagten, galt nicht länger. Beide Großparteien justierten ihre Programme neu und legten 2007 entsprechende Entwürfe vor. In der CDU hat sich mit Angela Merkel eine Führungsperson neuer Art etabliert: eine Frau aus dem Osten, ohne Junge-Union-Sozialisation, erst vor 17 Jahren über den Demokratischen Aufbruch mit dem Pfarrer Rainer Eppelmann in die Union gekommen.¹⁸ In der CSU verblasste das Charis-

¹⁵ So Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger. 1904 – 1988, Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 648.

¹⁶ Ebd., S. 649.

¹⁷ Vgl. Angelika Beier/Kai Eicker – Wolf/Stefan Körzell/Achim Truger (Hrsg.), Investieren, sanieren, reformieren? Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, Marburg 2006.

¹⁸ Vgl. Gerd Langguth, Angela Merkel, München 2005.

ma des Vorsitzenden Edmund Stoiber. In der ersten Jahreshälfte 2007 wurde er von seiner Partei zum Rückzug gezwungen. In der SPD trat mit Franz Müntefering ein Wegbegleiter der Politik Gerhard Schröders ab. Es folgte Matthias Platzeck, ähnlich wie Angela Merkel vor 15 Jahren über eine Zwischenstufe – das Bündnis 90 – in diesem Fall durch Manfred Stolpe zur großen Partei hinzugestoßen, aus dem Osten stammend und wenig belastet mit älterer Parteigeschichte.¹⁹ Platzeck trat aus Gesundheitsgründen ab, und seit dem 14. Mai 2006 ist der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck koalitionspolitischer Gegenspieler von Angela Merkel.

Union und SPD haben beide das Problem, dass ihr Status als Volkspartei gefährdet ist. Das Wahlergebnis 2005 hat ihnen deutlich gemacht, wie flüchtig ihre Anhängerschaften sind. Besonders die SPD hat es schwer, sich bei den Wählern zu behaupten. Auch die kleinen Parteien stehen vor einer ungewissen Zukunft. Den Rechten ist es nicht gelungen, sich in der Kampagne 2005 bemerkbar zu machen, obwohl das „Geißeln“ der Arbeitslosigkeit, des Sozialabbaus und der Probleme mit Ausländern zu ihrer Agenda gehörte. 2004 hatten DVU und NPD geprahlt, durch Listenverbindungen würden sie bei der kommenden Bundestagswahl ins deutsche Parlament einziehen. Das schafften sie nicht. Dagegen sitzen die Rechtsextremen in zwei ost-deutschen Landtagen.

Die Listenverbindung gab es auf der linken Seite. Mithilfe der WASG hat es die PDS als „Linkspartei“ geschafft, in Fraktionsstärke wieder in den Bundestag einzuziehen. Ob diese Gruppierung den Spagat zwischen Ostmilieu und bundesrepublikanischem Reformfrust schaffen wird, steht dahin. In Bremen hatten sie erstmalig Wahlerfolge im Westen erzielt, und 2007 – in der Mitte der Amtsperiode der großen Koalition – standen sie in Umfragen nicht schlecht da. Fragil wie ihre inhaltliche Basis ist sie durch die starke Personalisierung: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sind bekannte Selbstdarsteller, die beide an der harten Arbeit in der politischen Ebene schon einmal gescheitert sind. Und harte Arbeit wird es sein, die Anhänger eines Ostmilieus mit frustrierten Kollegen und Ge-

nossen aus Restbeständen der westdeutschen Arbeiterbewegung zu verketteten.

Ohne Regierungsmacht und ohne Josef Fischer stehen die Grünen da. Ihre einstigen Grundsätze haben sie aufgegeben: im Formalen wie im Inhaltlichen. Die Rotation gehört ihrer Vergangenheit an wie der Einheitslohn auf Sozialarbeiterniveau. Der bittere Streit zwischen „Realos“ und „Fundies“ ist zugunsten der „Realos“ entschieden. Seit sie an der Macht waren, gibt es bei den Grünen keinen Pazifismus mehr. Die ökonomischen Grenzen des Umweltschutzes haben sie akzeptiert. Viele Beobachter haben den Grünen prophezeit, dass sie ohne Regierungsbeteiligung und Josef Fischer untergehen würden. Nun bemühen sich Renate Künast, Fritz Kuhn, Claudia Roth und Reinhard Bütikofer, der Partei eine Perspektive zu geben, und es scheint, als bliebe ihr ihre einst jugendliche Anhängerschaft im Altern treu.

Wieder nicht geschafft, an die Macht zu kommen, hatte es die FDP. Sie muss sich nach der Wahl 2005 damit trösten, unter den Kleinen die Größte zu sein. Schon 2002 wollte die 1998 von der Macht entlassene FDP wieder an die Regierung. Sie versuchte das mit dem „Projekt 18 Prozent“ und patzte. Daraufhin besann sie sich auf Sachpolitik, gab sich neoliberal und diente sich der Union in einer „Koalition in der Opposition“ an. Aus oben erwähnten Gründen scheiterte sie auch 2005. Die FDP wandelte sich zu einer Einmann-Partei, der Guido Westerwelle einen kryptischen Liberalismus-Stil aufdrängte. Schafft er es bei der nächsten Gelegenheit nicht in die Regierung, dürfte der FDP eine Personaldebatte bevorstehen.

Alle Parteien sind Gefangene des Wahlergebnisses von 2005. Die Karten wurden neu gemischt. Gelingt es der großen Koalition, die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiterhin abzubauen, wird das den großen Parteien – vor allem aber der Union – zugute kommen. Gelingt ihr das nicht, steigen die Chancen der Kleinen. Wahrscheinlich wäre dann, dass das zuerst der sozialistischen Linken nützen würde und weniger einer neoliberalen FDP. Eine Chance könnten die Grünen bekommen, wenn eine pragmatische Alternative zur großen Koalition gesucht wird: eine Alternative, die soziale Veränderungen als unum-

¹⁹ Vgl. Michael Mara/Thorsten Metzner, Matthias Platzeck, Die Biografie, Kreuzlingen-München 2006.

gänglich erkennt und zugleich nach sozialem Ausgleich sucht.

2005 hat eine neue Phase der Entwicklung des deutschen Parteiensystems begonnen. Nach der Gründungs- und der Konzentrationsphase in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren der alten Bundesrepublik und der durch das Hinzukommen der Grünen charakterisierten Erweiterungsphase in den Achtzigern, nach der Phase der territorialen Erweiterung in die neuen Länder und der organisatorischen Erweiterung durch die PDS in den neunziger Jahren folgt eine politische Neuorientierungsphase. Da kann viel geschehen. Die Großen können größer werden und die Kleinen verdrängen. Die Kleinen können als Alternativen wachsen, gar das Gefüge des gesamten Systems neu justieren.

Ob das eine oder das andere eintritt, hängt von den mittelfristigen Wirkungen der Politik der großen Koalition auf die Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitslosenfrage ab. In der Mitte der Amtsperiode der großen Koalition gibt es einen Aufschwung und sinkende Arbeitslosenzahlen. Da davon vor allem die Union profitiert, wird sich die SPD – sollte es dabei bleiben – bei den Kleinen nach neuen Partnern umsehen. Somit kommen diese ins Spiel, und da die Union ganz sicher nicht in die Opposition gehen will, auch als deren Partner. Die Linkspartei allerdings hat auf der „rechten“ Seite des Spektrums keine Chance; sie könnte der SPD eines Tages als Rettungsanker vor dem Gang in die Opposition dienen – jedenfalls solange Sozialdemokraten diese als „Mist“ empfinden.

Schließlich: Weil viel möglich ist, rechnerisch vieles nicht gehen wird, ist auch eine Neuauflage der großen Koalition nach einer kommenden Wahl nicht auszuschließen. Dann würden nach einer Phase des Palavers jene wieder die Oberhand gewinnen, die es schon immer gewusst haben, dass die Republik im Notfall nur von Schwarz-Rot „gerettet“ werden kann.

Melanie Haas

Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem

Als am 22. November 2005 die zweite Große Koalition auf Bundesebene vereidigt wurde, begleitete die öffentliche Meinung dies vor allem wohlwollend und ein wenig euphorisiert. Das lag nicht allein an den hohen Erwartungen, die an die neue Regierung mit ihrer überbordenden parlamentarischen Mehrheit geknüpft wurden, sondern auch an der Tatsache, dass mit ihr zum ersten Mal in den Geschichte der Bundesrepublik eine Frau und eine aus Ostdeutschland stammende Person zur Regierungschefin gewählt wurde. Bei der ersten Großen Koalition, welche Union und SPD im Bund zwischen 1966 und 1969 eingingen, war dies noch völlig anders: Ralf Dahrendorf sah beispielsweise das „Ende des parlamentarischen Regierungssystems“ gekommen, und bereits 1949 hatte Konrad Adenauer nach der Wahl seine Ablehnung einer Großen Koalition mit der Notwendigkeit einer starken parlamentarischen Opposition sowie der Sorge um eine mögliche Entstehung einer nationalistischen, außerparlamentarischen Opposition begründet.¹

Melanie Haas

Magistra artium (M.A.), geb. 1975; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Ihnestr. 26, 14195 Berlin. mhaas@zedat.fu-berlin.de www.polwiss.fu-berlin.de/people/haas

¹ Vgl. Klaus Hildebrand, Die erste Große Koalition 1966 bis 1969. Gefährdung oder Bewährung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37 (2006) 3, S. 611 – 625.

Doch welche Auswirkungen auf das Parteiensystem sind von einer Großen Koalition tatsächlich zu erwarten? Und was ist eigentlich unter einer Großen Koalition zu verstehen?

Keine klare Kategorie für Große Koalitionen

Seit der Regierungskoalition von 1966 auf Bundesebene werden unter Großen Koalitionen Regierungszusammenschlüsse aus den Unionsparteien und der SPD verstanden, die bis dahin noch als „Allparteienregierungen“ fungierten.¹² Nach der Typologie der spieltheoretisch orientierten Koalitionstheorie werden als „Allparteienregierungen“ diejenigen Regierungen bezeichnet, die über weit mehr als 50 % der Parlamentssitze verfügen („surplus coalitions“). Gleichzeitig erfüllen Große Koalitionen die Erfordernisse von „minimal winning coalitions“: Sie bilden Regierungen, die ihre Macht verlieren, wenn einer der beiden Koalitionspartner die Regierung verlässt. Das Kriterium, das den Zusammenschluss aus CDU/CSU und SPD zu einer Großen Koalition werden lässt, ist die Tatsache, dass es sich bei Christ- und Sozialdemokraten traditionell um die stärksten Parteien in den bundesdeutschen Parteiensystemen auf Bundes- und Landesebene handelt. Allerdings sind Parteiensysteme keine statischen Gebilde, sondern bilden gesellschaftliche Konfliktlinien ab, die sich im Zeitverlauf verändern können. So entstehen neue Parteien oder die vorhandenen variieren sich in ihren Größenverhältnissen zueinander neu aus. Nach der Veränderung des bundesdeutschen Parteiensystems im Zuge der Wiedervereinigung stellt sich also die Frage, ob die aktuellen Regierungskoalitionen in Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt als Große Koalitionen im oben genannten Sinne bezeichnet werden können. In allen drei Ländern bilden CDU und SPD die Regierung, in Sachsen und Sachsen-Anhalt angeführt von einem Ministerpräsidenten der CDU, in Brandenburg von einem der SPD. Jedoch hieß nach den Wahlen in allen drei Ländern die zweitstärkste Partei nicht SPD oder CDU, sondern PDS (bzw. Die Linke). Uwe Jun schlägt deswegen die Einordnung einer

Koalition als „groß“ vor, wenn keine der beteiligten Parteien zur Erreichung der Mehrheit entbehrlich ist und wenn die Koalition „die absolute Mehrheit der Mandate deutlich übertrifft“, also über mindestens 70 % der Sitze im Parlament verfügt.¹³ Streng genommen sind damit weder die eben genannten Koalitionen in Sachsen und Brandenburg noch die aktuelle Koalition in Sachsen-Anhalt als Große Koalitionen zu bezeichnen. In Sachsen verfügen die Regierungsparteien über gerade etwa 55 % der Landtagssitze, in Brandenburg über etwa 60 % und in Sachsen-Anhalt über immerhin 66 %. Bis auf den Sonderfall Sachsen verfügen diese Regierungen aber immer noch über weit mehr Parlamentsmandate, als für eine Mehrheit notwendig wären und können damit alle Parlamentsentscheidungen klar dominieren. Aus diesem Grund bezieht sich im Folgenden das Attribut „groß“ auf die weit reichende parlamentarische Mehrheit Großer Koalitionen und nicht auf die elektorale Stärke der Regierungsparteien.

Große Koalition als Ausnahme der parlamentarischen Demokratie?

Meist wird in Untersuchungen über das Phänomen von Regierungen aus SPD und CDU/CSU auf die einzige Große Koalition auf Bundesebene vor 2005 verwiesen, die von 1966 bis 1969 vom CDU-Kanzler Kurt Georg Kiesinger geführte Regierung. Doch auch in den bundesdeutschen Ländern gab es bis heute eine Vielzahl an christ- und sozialdemokratischer Zusammenarbeit: Von bis heute insgesamt 252 demokratisch legitimierten Regierungen auf Bundes- und Landesebene waren und sind 52 – und damit ein Fünftel – Große Koalitionen. Dabei veränderten die Wiedervereinigung 1990 und das Hinzukommen von fünf neuen regionalen Parteiensystemen nichts an deren Verteilung: Sowohl nach 1990 in der Bundesrepublik als auch davor in Westdeutschland und West-Berlin waren ein Fünftel aller Regierungen Große Koalitionen. 53 % von den altbundsrepublikanischen fanden allein in der Zeit zwischen 1946 und 1950 statt, nach 1970 bis zur Wiedervereinigung gab es dagegen keine einzige CDU-SPD-Re-

¹² Lothar Probst, Große Koalitionen als Sanierungsmodell? Erfahrungen aus Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37 (2006) 3, S. 626 – 640.

¹³ Uwe Jun, Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse, Opladen 1994.

gierung mehr.¹⁴ In der alten Bundesrepublik waren Große Koalitionen also vor allem typisch für die direkte Nachkriegszeit, in den Phasen der konsolidierten Demokratie mit ihrem Zweieinhalbparteiensystem in den 1960er und 1970er Jahren sowie in der Pluralisierungsphase der 1980er Jahre waren hingegen Koalitionen aus einer großen und einer kleinen Partei die übliche Regierungsform. Dieser Befund entspricht auch der Einschätzung von Wichard Woyke, demnach Große Koalitionen „eigentlich nur in Krisenzeiten“ gebildet würden, da sie dem Sinn des parlamentarischen Systems – einer Mehrheitsregierung bei gleichzeitiger, starker Opposition – widersprechen.¹⁵

Aus diesem Grund gelten Große Koalitionen sowohl bei den potenziell beteiligten Parteien als auch in der öffentlichen Meinung als „ultima ratio“ bundesdeutscher Regierungsbildung, gleichzeitig erhofft man sich vom Zusammengehen der beiden Großparteien jedoch die Erledigung lange aufgeschobener Strukturereformen.¹⁶ Insgesamt sind Große Koalitionen also eher als Ausnahme-Regierungen auf den verschiedenen bundesdeutschen Ebenen zu betrachten. Jedoch ist ihr zahlenmäßiger Abstand zur bislang am häufigsten gebildeten Regierungskonstellation – Koalitionen unter Führung der SPD mit jeweils einem kleinen Partner (FDP oder Bündnis 90/Die Grünen) – nicht allzu groß: Er beträgt lediglich 52 zu 65 Fälle.¹⁷

Auswirkungen Großer Koalitionen auf das Parteiensystem

Über die Auswirkungen Großer Koalitionen wurden bislang vielfältige Erwartungen geäu-

¹⁴ Vgl. Richard Stöss, Regierungswechsel und Strukturwandel des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. Leviathan Sonderheft 12, Opladen 1991.

¹⁵ Wichard Woyke, Koalition, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems, Opladen 2003.

¹⁶ Uwe Jun, Parteiensystem und Koalitionskonstellationen nach der Bundestagswahl 2005, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weißels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden 2007.

¹⁷ Vgl. R. Stöss (Anm. 4).

ßert, die sich vor allem auf den einen Fall einer Großen Koalition auf Bundesebene in den 1960er Jahren stützen. Die schwerwiegendsten davon betreffen mögliche Folgen für die parlamentarische Demokratie an sich, künden also vom Aussetzen der Dualität zwischen Regierung und Opposition und der Unmöglichkeit eines Regierungswechsels, da einer der beiden Koalitionspartner in jedem Fall Teil der darauf folgenden Regierung sein wird. Als weiteres werden der Output Großer Koalitionen als gering bewertet und Regierungen dieser Art mit der Erwartung struktureller Entscheidungsunfähigkeit und parteipolitischer Blockade verbunden.¹⁸ Aber auch bezogen auf die Entwicklung des Parteiensystems lassen sich theoretisch mögliche Folgen Großer Koalitionen plausibel begründen: Ausgehend von dessen Angebotsstruktur, also den Entwicklungen, die durch die Entscheidungen der Parteien selbst initiiert werden, erläuterte Eckardt Barthel bereits 1971, dass der Zwang zum Kompromiss innerhalb einer Großen Koalition bewirke, dass sich die beiden beteiligten Parteien in der Mitte ihrer Positionen treffen müssten und sich somit im Verlauf der gemeinsamen Regierungszeit stark angleichen würden.¹⁹ Auf der Nachfrageseite, also bezogen auf die Orientierungen und das Verhalten der Wahlbevölkerung, habe die verstärkte Mitteorientierung der beiden Großparteien eine Abwanderung ihrer jeweiligen Anhänger an den rechten und linken Rändern zur Folge, wodurch es bei einer Großen Koalition gerade nicht zu einer Integration breiterer Wählerschichten durch die Regierungsparteien komme, sondern sich stattdessen eine verstärkte Polarisierung der Anhängerschaft ergebe. Die so entstehende Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien dürfte zum einen zu einer vermehrten Wahlenthaltung führen, da die beiden Großparteien keine Auswahl zwischen zwei alternativen Angeboten erlauben, zum anderen ließe sich dadurch die Stärkung der jeweiligen Ränder des Parteiensystems erwarten. Das daraus folgende Anwachsen von Kleinst- und Kleinparteien würde also zu einer Pluralisierung des Par-

¹⁸ Vgl. Reinhard Schmoekkel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.

¹⁹ Vgl. Eckardt Barthel, Hat die Große Koalition in der BRD zu einer Korrosion des Parlamentarismus geführt? Diplomarbeit der Freien Universität, Berlin 1971. Vgl. dazu auch U. Jun (Anm. 6).

Tabelle: Große Koalitionen seit 1990

Region/Ebene	Zeitraum	Regierungschef von . . .
Baden-Württemberg	1992–1996	CDU
Berlin	1990–1995	CDU
	1995–1999	CDU
	1999–2001	CDU
Brandenburg	1999–2004	SPD
	seit 2004	SPD
Bremen	1995–1999	SPD
	1999–2003	SPD
	2003–2007	SPD
Mecklenburg-Vorpommern	1994–1998	CDU
	seit 2006	SPD
Sachsen	seit 2004	CDU
Sachsen-Anhalt	seit 2006	CDU
Schleswig-Holstein	seit 2005	CDU
Thüringen	1994–1999	CDU
Bund	seit 2005	CDU

Quelle: Eigene Darstellung.

teiensystems führen. Damit einher ginge eine Abschwächung der beiden Koalitionsparteien, die somit immer weniger Zustimmung bei Wahlen erreichen könnten. Nach diesen Ausführungen müssen die Auswirkungen einer Großen Koalition auf das Parteiensystem als schwerwiegend betrachtet werden und sie lassen ein Repräsentationsdefizit und einen Stabilitätsverlust für das Parteiensystem wahrscheinlich erscheinen.

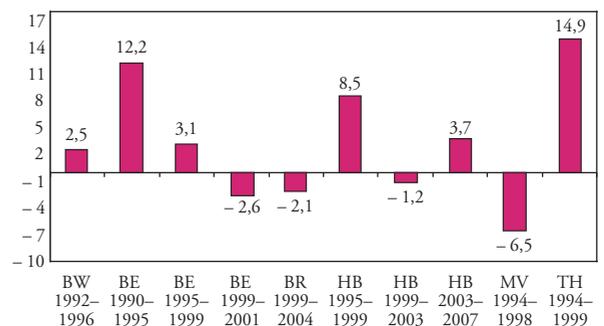
Nun gilt es jedoch, empirisch nach möglichen Belegen für die genannten Vermutungen zu den Auswirkungen Großer Koalitionen zu suchen. Als Datengrundlage sollen hierfür alle 16 Großen Koalitionen im Bund und in den Ländern seit 1990 dienen, von denen jedoch sechs noch nicht beendet sind – darunter auch die derzeitige Bundesregierung. Dementsprechend konnten diese Sechs noch keine Nachfolgeeffekte bei darauf folgenden Wahlen aufzeigen. So verbleiben letztlich für die hier zu untersuchende Auswahl zehn Fälle Großer Koalitionen seit 1990.

Wahlenthaltung durch Große Koalition?

Schaut man sich die Entwicklung der Wahlbeteiligung in den Bundesländern an, die seit 1990 mindestens einmal von einer Großen Koalition regiert wurden, dann zeigt sich ein

im Großen und Ganzen recht einhelliges Bild: Die Wahlbeteiligung sinkt in allen Ländern im Zeitverlauf, unterbrochen nur in einzelnen Fällen von leichten, jeweils gut erklärbaren Anstiegen der Partizipation. Die einzige Ausnahme von dieser Regel bildet das Land Mecklenburg-Vorpommern, wo die Wahlbeteiligung bis 1998 kontinuierlich von einem relativ niedrigen Niveau 1990 (64,7 %) ¹⁰ aus steigt, seit 2002 jedoch abrupt sinkt, zunächst um 8,8 % und 2006 nochmals um 11,4 %. Insgesamt fügen sich die Ergebnisse jedoch in den seit einiger Zeit in der Wahlsoziologie analysierten Trend einer vermehrten Wahlenthaltung auf Bundes- und Landesebene ein. ¹¹ Doch wie steht es nun mit dem Anteil der Wahlenthaltungen im direkten Anschluss an Große Koalitionen in den Ländern? In den zehn untersuchten Fällen ergibt sich ein eher wechselhaftes Bild:

Abbildung 1: Veränderungen der Wahlenthaltung nach großen Koalitionen



Quelle: Eigene Darstellung.

Nach sechs von zehn Großen Koalitionen steigen die Nichtwähleranteile – am heftigsten am Ende der Großen Koalition in Thüringen 1999 –, in vier Fällen verringern sie sich. In Berlin, Brandenburg und Bremen fin-

¹⁰ Alle Daten und Wahlergebnisse stammen von den jeweiligen statistischen Landesämtern und den Wahlberichten von Infratest dimap.

¹¹ Jüngste Studien hierzu von Michael Eilfort, Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender Politischer Bedeutung, in: Beate Hoecker (Hrsg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006 sowie Oscar W. Gabriel/Kerstin Völkl, Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002, in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2004.

den die einzigen Fälle von erhöhter Wahlbeteiligung sogar nach Großen Koalitionen statt, wobei zumindest für Berlin und Bremen gilt, dass diese Bundesländer seit 1990 die meiste Zeit von einer solchen Parteienkonstellation regiert wurden und es somit kaum andere Gelegenheiten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung gegeben hat.

Gibt es also einen Effekt Großer Koalitionen auf die Wahlteilnahme? Die vier „abweichenden“ Fälle, in denen nach einer Großen Koalition die Wahlenthaltung abgenommen hat, sind bis auf eine Ausnahme leicht zu erklären: Die mit Abstand niedrigste Wahlenthaltung nach einer Großen Koalition dürfte an der Gleichzeitigkeit des Landtagswahltermins in Mecklenburg-Vorpommern mit dem der Bundestagswahl 1998 liegen. Neben der stärkeren Mobilisierungskraft von Bundestagswahlen gegenüber Landtagswahlen im Allgemeinen sorgte die Wahl von 1998, bei der die CDU-FDP-Regierung nach 16 Jahren von der ersten rot-grünen Regierung auf Bundesebene abgelöst wurde und in deren Vorfeld eine dominante Wechselstimmung in der Wahlbevölkerung herrschte, in ganz Deutschland für eine erhöhte Wahlteilnahme um 3,2 %. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2001 in Berlin handelte es sich dagegen um eine vorgezogene Landtagswahl, die genau genommen nicht das Ende einer Großen Koalition markierte. Diese stürzte nämlich bereits im Juni 2001 aufgrund des Berliner Bankenskandals, in dessen Folge die SPD bis zur Wahl am 21. Oktober einen Minderheitensentat mit Bündnis 90/Die Grünen bildete. Insgesamt dürften die Ereignisse des Jahres 2001 die Berlinerinnen und Berliner also verstärkt an die Wahlurne gezogen haben. Der Anstieg um 1,2 % der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Bremen 2003 nach der zweiten Legislatur der Großen Koalition dürfte eher zufälligen Faktoren geschuldet sein, und zuletzt fand die Wahl in Brandenburg 2004, bei der ebenfalls die Wahlenthaltung gesenkt werden konnte, ähnlich wie die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern 1998 unter dem starken Eindruck bundespolitischer Einflüsse statt. Dabei handelte es sich um die erste Stimmabgabe in der Region nach den Sozialstaatsreformen der rot-grünen Bundesregierung, die auf dem Höhepunkt der nationalen Protestwelle einer Abstimmung über die so genannte „Hartz IV“-Regelung glich, was viele ehemalige Nichtwählerinnen und

Nichtwähler zur Stimmabgabe veranlasst haben dürfte.

Ob die sechs restlichen Fälle, die nach Großen Koalitionen bei der darauf folgenden Wahl erhöhte Wahlenthaltungen anzeigen, für eine generelle Kausalität zwischen CDU-SPD-Bündnissen und Wahlenthaltungen sprechen, lässt sich stark bezweifeln. Schließlich sank beispielsweise in Berlin die Wahlbeteiligung nach der ersten rot-roten Koalition aus SPD und PDS im September 2006 ebenfalls um 10 % und in Baden-Württemberg und Brandenburg sank die Wahlbeteiligung fast kontinuierlich bei allen Wahlen, ganz egal, welche Parteien zuvor die Landesregierung stellten. Auch wenn man sich das Niveau der Nichtwählervermehrung anschaut, stehen zwar die Veränderungen nach Großen Koalitionen in ihrer Stärke vor allem in Berlin, Bremen und Thüringen deutlich hervor, doch Berlin und Bremen wurden, wie bereits erwähnt, über fast die gesamten 1990er Jahre hindurch von Großen Koalitionen regiert, so dass der starke Anstieg nach einer der CDU-SPD-Regierungen keine Aussagen über den Zusammenhang zwischen Großen Koalitionen und Wahlenthaltungen erlauben. Lediglich in Thüringen ist ein deutlich höheres Niveau des Wahlenthaltungsanstiegs nach der Großen Koalition von 1994 bis 1999 zu verzeichnen gegenüber der CDU-FDP-Regierung 1994 (-3,1 %) sowie der ersten CDU-Alleinregierung 2004 (+6,0 %).

Starke Randparteien und schwache Volksparteien?

Ob es sich in Folge von Großen Koalitionen zeigen lässt, dass die Wählenden systematisch die beiden Regierungsparteien abstrafen und dafür Parteien an den Rändern des Parteiensystems sowie Kleinstparteien stärken, soll nun am Beispiel der zehn abgeschlossenen Großen Koalitionen seit 1990 untersucht werden.

Verluste sowohl bei CDU und SPD nach gemeinsamer Regierungstätigkeit und damit eine Schwächung der Volksparteien ergaben sich in vier der zehn Fälle, nämlich in Berlin nach der ersten Großen Koalition 1995, in Brandenburg 2004 und nach den beiden letzten Großen Koalitionen in Bremen 2003 und 2007. Dort hatten SPD und CDU nach ihrer

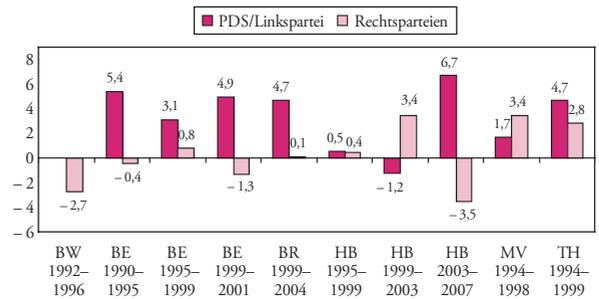


ersten gemeinsamen Legislatur von 1995 bis 1999 an Wählerzuspruch sogar noch zulegen können, verspielten danach jedoch sukzessive ihren Kredit. In allen anderen fünf Fällen von Regierungskooperation zwischen CDU und SPD musste jeweils einer der beiden Partner bei der darauf folgenden Wahl Verluste hinnehmen, und zwar bis auf eine Ausnahme immer in einem solchen Ausmaß, dass diese von der anderen Regierungspartei durch eigene Gewinne nicht aufgefangen werden konnten. Lediglich in der zweiten Großen Koalition in Berlin von 1995 bis 1999 gewann die CDU mehr Stimmen hinzu (3,4 %), als die SPD an Stimmen verlor (-1,2 %). Den spektakulärsten Niedergang nach einer Großen Koalition erlebte die Berliner CDU 2001, als sie aufgrund des Berliner Bankenskandals 17 % bei der Abgeordnetenhauswahl einbüßte (SPD +7,3 %) sowie die Thüringer SPD 1999, als sie nach ihrer Beteiligung am Regierungsbündnis mit der CDU 11,1 % verlor und die CDU durch ihren Gewinn von 8,4 % der Stimmen fortan eine Alleinregierung bilden konnte. Nach den fünf Großen Koalitionen, die in eine Alleinregierung oder in ein Bündnis aus einer großen und einer kleinen Partei geführt haben, ging übrigens die SPD in drei Fällen als künftige Regierungspartei hervor,¹² die CDU außer in Thüringen 1999 nur noch in Baden-Württemberg in einer Koalition mit der FDP.

Bei der Frage, ob nach Großen Koalitionen die jeweiligen Parteien am linken und rechten Rand des Parteienspektrums von der vermeintlichen Schwäche der beiden Regierungsparteien profitieren können, ergibt sich folgendes Bild: Nach acht der zehn untersuchten Regierungsbündnisse aus CDU und SPD erfuhr der linke Rand des Parteiensystems, als den hier die im Bundestag und in verschiedenen Landtagen vertretene PDS bzw. Linkspartei betrachtet werden soll, zum Teil starken Zuwachs. In einem Bundesland, nämlich in Baden-Württemberg, trat die PDS

¹² In Berlin seit 2001 in einer Koalition mit der PDS bzw. der Linkspartei, in Bremen 2007 mit Bündnis 90/Die Grünen und in Mecklenburg-Vorpommern ab 1998 in einer Koalition mit der PDS bis 2006, seitdem führt sie dort wieder eine Große Koalition an. Dabei wandelte sich die SPD in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern jeweils vom Juniorpartner in der Großen Koalition zur Regierungspartei, die den Ministerpräsidenten bzw. den Regierenden Bürgermeister stellt.

Abbildung 2: Veränderung am linken und rechten Rand des Parteiensystems nach Großen Koalitionen



Quelle: Eigene Darstellung.

weder zu Beginn noch am Ende der Großen Koalition zur Wahl an. Bleibt also lediglich ein Fall, in dem die PDS nicht von der Großen Koalition profitieren konnte: 2003 in Bremen verlor sie nach der zweiten SPD-CDU-Legislatur 1,2 % der Stimmen.

Nicht ganz so erfolgreich, insgesamt aber auch mit positiver Bilanz gestalten sich dagegen die Auswirkungen Großer Koalitionen auf die Stimmenentwicklung der Parteien am rechten Rand:¹³ Nach sechs der zehn hier betrachteten Großen Koalitionen konnten diese Parteien in der Summe meist eher geringe Stimmengewinne verzeichnen, die höchsten davon 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremen 2003 mit jeweils 3,4 %. Verluste mussten die rechten Parteien dagegen in Bremen 2007, in Berlin 2001 und 1995 sowie in Baden-Württemberg 1996 hinnehmen, wobei in Bremen die Verluste vor allem auf das Konto der Schill-Partei gehen, die 2007 nicht mehr zur Landtagswahl antrat, und sich in Baden-Württemberg die Verluste am rechten Rand auf einem sehr hohen Stimmenniveau ereigneten: Dort sanken die Republikaner von 10,9 % (Wahl 1992) auf 9,1 % (1996) und blieben damit auch nach der Großen Koalition eine starke Oppositionspartei im Südwest-Landtag.

Doch gerade bei rechtsradikalen Parteien deuten nicht allein deren Gewinne und Verluste auf Auswirkungen Großer Koalitionen

¹³ Zu ihnen werden all diejenigen bei Wahlen angetretenen rechtsradikalen Parteien gezählt, die es bislang mindestens in einem Bundesland zu einer Vertretung im Landtag geschafft haben, also Republikaner, DVU, NPD und Schill-Partei.

hin, sondern auch die Frage, ob sich die Wahrscheinlichkeit durch eine Regierungslegislatur von CDU und SPD erhöht, dass sie Landtagsmandate erringen. Jedoch zogen in keinem der betrachteten Fälle rechtsextreme Parteien erst nach einer Großen Koalition in den Landtag ein, in Baden-Württemberg übersprangen die Republikaner bereits 1992, in Brandenburg die DVU bereits 1999 die Fünf-Prozent-Hürde – und damit jeweils vor Beginn der Großen Koalition. Auch in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die NPD bei den Landtagswahlen 2004 bzw. 2006 jeweils zum ersten Mal in den Landtag einzog, gingen diesen Erfolgen andere Regierungskonstellationen voraus: in Sachsen eine CDU-Alleinregierung und in Mecklenburg-Vorpommern eine rot-rote Koalition aus SPD und PDS/Linkspartei.

Als weiterer Indikator für eine Ausdifferenzierung des Parteiensystems gilt das Anwachsen der Kleinst- und Kleinparteien, sowohl in ihrer Anzahl als auch in ihrer elektoralen Stärke. Was die Anzahl der an Wahlen teilnehmenden Parteien betrifft, so steigt diese nach fünf der zehn betrachteten Großen Koalitionen seit 1990, nämlich in Baden-Württemberg von 15 auf 18 Parteien, in Berlin zwischen 1990 und 1995 von zehn auf 19 Parteien, in Brandenburg von neun auf 15 Parteien, in Bremen zwischen 1999 und 2003 von neun auf 14 Parteien und in Thüringen von elf auf 13 Parteien. In vier der restlichen Fälle nimmt das elektorale Parteiensystemformat sogar ab, und in Mecklenburg-Vorpommern treten sowohl vor als auch nach der Großen Koalition jeweils 13 Parteien zu den Landtagswahlen 1994 und 1998 an. Bei der Hälfte aller Fälle ist also eine Ausweitung des Parteiensystems, wie es sich den Wählenden in der Abstimmungskabine darstellte, festzustellen. Doch machten die Wählenden auch jeweils von dem erweiterten Parteienangebot Gebrauch und stärkten in Folge Großer Koalitionen die Kleinstparteien.¹⁴ Hier zeigt

¹⁴ Als Kleinstparteien sollen hier all diejenigen Parteien gelten, die zu der entsprechenden Wahl angetreten sind, jedoch noch nie bundesweit den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde geschafft haben, also auch die Rechtsparteien Republikaner, DVU, NPD und Schill-Partei, die bereits in einzelnen Landtagen vertreten waren. Würde die Landtagsvertretung als Kriterium genutzt, würden sich in den einzelnen Bundesländern jeweils unterschiedliche Kleinstparteien-Definitionen ergeben.

sich ein genau geteiltes Bild: In der Hälfte der betrachteten Fälle konnten die üblicherweise unter „Sonstige“ zusammengefassten Parteien ihre Stimmenanteile ausbauen (Berlin 1995, Brandenburg 2004, Bremen 2003, Mecklenburg-Vorpommern 1998 und Thüringen 1999), nach fünf der untersuchten Großen Koalitionen mussten diese Parteien in der Summe Einbußen hinnehmen. Auch scheinen diese Ergebnisse nichts mit der jeweiligen Anzahl der bei der Wahl angetretenen Parteien zu tun zu haben; jedenfalls lässt sich kein Zusammenhang der beiden Faktoren feststellen. Eine vorsichtige Kausalität ließe sich höchstens in Bezug auf die Wahlergebnisse der beiden Koalitionsparteien CDU und SPD herstellen, immerhin wachsen die Stimmenanteile der Kleinstparteien in drei der Fälle zum Teil erheblich, in denen beide Regierungsparteien jeweils Stimmen verlorenen.¹⁵

Auch die Veränderungen bei den für die Analyse verbleibenden Kleinparteien (FDP und Bündnis 90/Die Grünen) lassen nicht auf Auswirkungen der Großen Koalitionen schließen: Fünf Mal konnten jeweils Liberale wie Bündnisgrüne nach Großen Koalitionen wachsen, davon vier Mal bei denselben Wahlen. Ebenfalls in fünf Fällen wiesen die beiden Parteien auch zusammen eine positive Stimmenbilanz auf. Nach vier der zehn betrachteten Großen Koalitionen verliefen die Stimmenveränderungen bei FDP und Grünen genau spiegelbildlich zu den Wahlbilanzen der beiden Regierungsparteien: 2004 gewannen die kleinen Parteien in Brandenburg zusammen 3,1 %, während CDU und SPD gemeinsam 14,5 % verloren, 2003 und 2007 gewannen FDP und Grüne 5,6 % bzw. 5,3 %, während CDU und SPD 7,6 % und 9,6 % verloren und 1999 verlief die Bilanz in Bremen genau umgekehrt: FDP und Grüne verloren zusammen 5,1 %, während CDU und SPD 13,7 % der Wählerstimmen hinzu gewannen.

Neben diesen Einzelanalysen über die Veränderungen in den Parteiensystemen nach Großen Koalitionen lässt sich eine verstärkte Pluralität am einfachsten über die aggregierte

¹⁵ In Berlin 1995 konnten die Kleinstparteien 5,1 % hinzugewinnen, während CDU und SPD gemeinsam 9,8 % verloren; in Brandenburg 2004 beträgt das Verhältnis +6,9 % zu -14,5 % und in Bremen 2003 +3,3 % zu -7,6 %.

Parteienseigenschaft der Fragmentierung nach Laakso und Taagepera darstellen, bei der mit Hilfe einer statistischen Analyse die Anzahl und die Stärke der Parteien – gemessen an ihren jeweiligen Stimmenanteilen – in Relation zueinander gebracht werden.¹⁶ Danach ist der Fragmentierungsindex nach sieben CDU-SPD-Regierungen angestiegen – das jeweilige Parteiensystem hat sich also ausdifferenziert – in drei Fällen (Berlin 1999, Bremen 1999 und Thüringen 1999) sank die Fragmentierung, das jeweilige Parteiensystem unterlag – bezogen auf die Größenrelationen zwischen allen Parteien – also einer Konzentration.

Fazit und Ausblick

Wie sieht es nun mit den wahrscheinlichen Auswirkungen der Großen Koalition auf Bundesebene auf das bundesdeutsche Parteiensystem aus?

Was wir bei allen Landtagswahlen 2006 und 2007 bereits erleben konnten, ist eine jeweils auffällig hohe Nichtwählerquote. Die ersten drei Landtagswahlen im März 2006 nach der Bildung der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung führten sogleich zu einigen Negativrekorden: Sowohl in Baden-Württemberg (46,6 % Nichtwählende) als auch in Sachsen-Anhalt (55,6 %) und Rheinland-Pfalz (41,8 %) gab es bei keiner Landtagswahl zuvor so hohe Nichtwähleranteile wie 2006. In Sachsen-Anhalt wurde sogar die niedrigste Wahlbeteiligung auf Länderebene seit Bestehen der Bundesrepublik gemessen, in Baden-Württemberg der niedrigste Wert für ein westdeutsches Bundesland. Auch in Berlin (42 % Nichtwählende) und Mecklenburg-Vorpommern (40,9 %) lag die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im Herbst 2006 deutlich unter den vorherigen Werten, genauso wie in Bremen im Mai 2007 (42,4 %). Plausibel ist ein Zusammenhang mit der Großen Koalition auf Bundesebene durchaus, da ein starker Mobilisierungsgrund für Landtagswahlen – die machthabende Partei auf Bundesebene abzustrafen und stattdessen in den Ländern die Bundesopposition zu stär-

¹⁶ Vgl. Oskar Niedermayer, Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt/M. 1996.

ken – nicht zur Verfügung stand. So ging es bei den Landtagswahlen eher um Landespolitik denn um bundespolitische Kontroversen, was erfahrungsgemäß weniger Menschen interessiert und zur Stimmabgabe mobilisiert. Nach den Analysen der beendeten Großen Koalitionen in den 1990er Jahren kann keine eindeutige Vorhersage für die Entwicklung der Wahlbeteiligung nach der Großen Koalition getroffen werden: Bei einigen Fällen konnte zwar ein Grund für den Anstieg der Wahlenthaltung in einer vorangegangenen Großen Koalition vermutet werden, jedoch entsprechen die Entwicklungen auch einem längerfristigen Trend. So ist es in jedem Fall wahrscheinlich, dass auch auf Bundesebene die Wahlbeteiligung weiter sinken wird.

Blickt man dagegen auf die untersuchten Pluralisierungsindikatoren von Parteiensystemen, kann nur bei der Frage nach der Stärkung der politischen Ränder ein deutlicher Zusammenhang zwischen Großen Koalitionen und dem Erfolg der Linkspartei/PDS festgestellt werden. Lediglich in einem der zehn untersuchten Fälle konnte die PDS nicht von der vorherigen Großen Koalition profitieren. Auch nach der vergangenen Bundestagswahl zeigt sich weiterhin dieser Trend: Bei der Abwahl der Großen Koalition in Bremen im Mai 2007 gelang es der Linkspartei, zum ersten Mal in ein westdeutsches Parlament einzuziehen und 8,4 % (+6,7 %) der abgegebenen Stimmen für sich zu gewinnen. Am rechten Rand gab es dagegen nur in drei Fällen nennenswerte Zuwächse nach Großen Koalitionen und bei den sechs Landtagswahlen seit Herbst 2005 konnte die NPD lediglich in Mecklenburg-Vorpommern einen Erfolg (7,3 %) verzeichnen, allerdings im Anschluss an eine rot-rote Landesregierung, nicht an eine Große Koalition. Auch die Ergebnisse der Untersuchungen zur Entwicklung der beiden Volksparteien und der Klein- und Kleinstparteien bestätigen die These von der zwingenden Ausdifferenzierung des Parteiensystems nach einer Großen Koalition nicht. Meist lassen sich lediglich in Einzelfällen klare Zusammenhänge finden. Lediglich auf einer statistischen Aggregatenebene bestätigt sich der Zusammenhang zwischen Großen Koalitionen und einer darauf folgenden Pluralisierung des Parteiensystems: Die Fragmentierung steigt nach sieben der zehn untersuchten CDU-SPD-Regierungen.

Nach dem Blick auf die Großen Koalitionen seit 1990 kann zusammenfassend also Entwarnung gegeben werden: Die Auswirkungen von Großen Koalitionen auf das jeweilige Parteiensystem lassen sich nur in den wenigsten Fällen als schwerwiegend bezeichnen, und gar ein Stabilitätsverlust des Systems, wie zu Beginn vermutet, konnte nicht festgestellt werden. Jedoch können aktuelle Tendenzen hin zu einer Pluralisierung des Parteiensystems und einer fortschreitenden Repräsentationskrise der Volksparteien ebenso wenig geleugnet werden. Dass deren Ursache allerdings in der Großen Koalition auf Bundesebene zu finden wäre, ist nahezu ausgeschlossen. Vielmehr traten all diese Entwicklungen bereits vor der Bildung der Regierung aus Union und SPD auf und entpuppten sich sogar als Anlass für deren Zusammenarbeit.

Allerdings ist es durchaus wahrscheinlich, dass die angesprochenen Tendenzen von der Großen Koalition im Bund noch verstärkt werden. Denn die vorgenommene Untersuchung geht von der Prämisse einer generellen Vergleichbarkeit von Landes- und Bundesparteiensystemen und damit von der Autonomie der jeweiligen Systemebene aus. Dass es zwischen den beiden Ebenen jedoch starke Interdependenzen gibt – vor allem durch Einflüsse der Bundesebene auf die Entwicklung der Landesparteiensysteme – wurde in der Wahlforschung unter dem Stichwort „Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen“ hinreichend bewiesen.¹⁷ Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass die Verstärkereffekte einer Großen Koalition auf Bundesebene weitreichender sein werden als die Auswirkungen Großer Koalitionen auf das jeweilige Parteiensystem auf Landesebene.

¹⁷ Vgl. dazu zusammenfassend Frank Decker, Höhere Volatilität bei Landtagswahlen? Die Bedeutung bundespolitischer „Zwischenwahlen“, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2006.

Frank Decker

Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen

Es gehört zu den politikwissenschaftlichen Binsenwahrheiten, dass der Charakter eines Regierungssystems maßgeblich von den Strukturen des Parteiensystems bestimmt wird, die innerhalb der von der Verfassung konstituierten Staatsorgane wirken und deren Funkzionieren prägen. Als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft und Vermittler im institutionellen Gefüge sind die Parteien die eigentlichen Träger des Regierungsprozesses. Dies gilt insbesondere für die parlamentarischen Systeme, deren – auf dem Gegenüber von regierender Mehrheit und Opposition basierende – Funktionslogik ohne ideologisch und organisatorisch festgefügte Parteien nicht vorstellbar wäre.

Frank Decker

Dr. rer. pol., geb. 1964; Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lennéstr. 27, 53113 Bonn. Frank.Decker@uni-bonn.de

Die konkrete Ausprägung der parlamentarischen Funktionslogik unterscheidet sich unter den Regierungssystemen allerdings erheblich. Folgt man der Demokratietyppologie des niederländischen Politikwissenschaftlers Arend Lijphart,¹ hängt sie zum einen vom Vorhandensein und der Stärke der institutionellen Vetospieler ab, die den Handlungsspielraum der parlamentarisch bestellten Regierungsmehrheit begrenzen. Handelt es sich dabei um Institutionen, die sich auf eine unmittelbare oder mittelbare demokratische Legitimation stützen können, sind auch im parlamentarischen System Konstellationen eines

¹ Vgl. Arend Lijphart, *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven–London 1999.

„divided government“ vorstellbar, bei der die an der Gesetzgebung beteiligten Organe von unterschiedlichen Parteien kontrolliert werden. Beispiele sind die „cohabitation“ im semi-präsidentiellen Regierungssystem der Fünften Französischen Republik oder der Dualismus von Regierungsmehrheit und Bundesrat im deutschen „Parteienbundesstaat“.¹²

Zum anderen stellt sich die Frage, ob und wie weit die Macht innerhalb der parlamentarisch bestellten Regierung zwischen verschiedenen Parteien geteilt ist. Auch hier gibt es unter den parlamentarischen Systemen ein weites Spektrum, das bei den einfarbigen Regierungen im britischen Westminster-Parlamentarismus beginnt und bis zu einer verkaptten Allparteienkoalition reichen kann. Je mehr Parteien an einer Koalition beteiligt sind und je größer der Stimmen- bzw. Mandatsanteil ausfällt, über den sie gemeinsam verfügen, umso stärker weicht das System von der Lehrbuchvorstellung des „alternierenden“ Regierungsmodells ab, das in annähernder Reinform nur in Großbritannien und den sogenannten Westminster-Demokratien verwirklicht ist. Das alternierende Modell basiert auf dem Gegenüber von zwei großen Parteien, die sich in der Übernahme der Regierungsmacht ablösen. Dies gibt dem Wähler einen denkbar großen Einfluss, da er durch seine Entscheidung einen vollständigen Regierungswechsel herbeiführen kann. In den Konsenssystemen kommen solche vollständigen Wechsel dagegen nur im Ausnahmefall vor. Hier sorgt der Zwang zur Koalition zwar für eine größere Repräsentativität der Regierungspolitik, doch wird der Einfluss des Wählers auf die Regierungsbestellung gerade dadurch begrenzt. Die richtigen Folgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen, bleibt zu meist ganz den Parteien bzw. Parteiführungen überlassen, die nach dem Wahltag über die Regierungsbildung verhandeln.

Anders als in der Literatur gelegentlich behauptet, wird das Wettbewerbsprinzip, auf dem die parlamentarische Parteiendemokratie wesensmäßig basiert, durch den Konsensua-

¹² Frank Decker, Post-parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblockaden und populistische Reaktion. Der fehlgeleitete Konsensualismus des deutschen „Parteienbundesstaates“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Band 17, Baden-Baden 2005, S. 40 ff.

lismus nicht aufgehoben, sondern lediglich „transformiert“. An die Stelle des gegner-schaftlichen Antagonismus zweier politischer Lager tritt eine Vielzahl miteinander rivalisierender Parteien, die gleichwohl in der Lage sein müssen, in einer möglichen gemeinsamen Regierung vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Im Unterschied zum mehrheitsdemokratischen Westminster-System wird der Wettbewerb in den Konsensdemokratien deshalb nicht ausschließlich vom Gegensatz zwischen Regierung und Opposition beherrscht. So wie die Koalitionsparteien innerhalb der Regierung weiter Konkurrenten bleiben, können auf der anderen Seite die Oppositionsparteien nach Bedarf in die Regierungszusammenarbeit einbezogen werden. In dieser Hinsicht am weitesten geht das in den skandinavischen Ländern verbreitete Modell der Minderheitskabinette, das die Regierungsparteien auch institutionell auf die Unterstützung eines Teils der Opposition angewiesen macht.¹³

Vom Vielparteiensystem zum Bipolarismus

Das deutsche Regierungssystem wird in der politikwissenschaftlichen Komparatistik üblicherweise als Mischform zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratie eingestuft.¹⁴ Für die konsensuellen Elemente zeichnet insbesondere die stark ausgeprägte konstitutionelle Gewaltenteilung verantwortlich. Nicht nur, dass die Bundesrepublik über ein mit Normenkontrollbefugnis ausgestattetes Verfassungsgericht verfügt, das im Vergleich der westlichen Demokratien zu den stärksten seiner Art zählt. Auch der Bundesrat übt als zweite parlamentarische Kammer erheblichen Einfluss auf die Regierungspolitik aus, indem er im überwiegenden Teil der Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt mitwirkt. Die gestiegene Macht des Bundesrates liegt zum einen in der Entwicklung des föderalen Systems begründet, das die Kompetenzen der Länder zugunsten des Bundes immer mehr ausgezehrt und die Länder dafür mit zusätzlichen Beteiligungsrechten in der Zweiten Kammer ent-

¹³ Vgl. Kaare Strøm, *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge 1990.

¹⁴ Vgl. Everhard Holtmann/Helmut Voelzkow (Hrsg.), *Zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2000.

schädigt hat. Zum anderen hängt sie mit dem Umstand zusammen, dass die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse zwischen beiden Kammern seit den 1970er Jahren zunehmend auseinander fielen. Aufgrund der geringen Bedeutung der Landespolitik konnten die Wähler die Gelegenheit der Landtagswahlen zur kostengünstigen Abmahnung der gerade amtierenden Bundesregierung nutzen, die ihre Position in der Länderkammer dadurch systematisch verschlechterte.¹⁵

Der so entstehende Konsensbedarf hätte leicht befriedigt werden können, wenn das parlamentarische System ebenfalls auf ein konsensuelles Zusammenwirken der politischen Akteure programmiert gewesen wäre. Legt man die Lijphart'schen Unterscheidungskriterien zugrunde, erfüllt die Bundesrepublik die Kriterien einer Konsensdemokratie (Koalitionsregierung, exekutiv-legislative Gewaltenteilung und Mehrparteiensystem) hier allerdings nur formell.¹⁶ Auf einem Kontinuum müsste sie mit ihrem dualistisch strukturierten und stark gegenschaftlich ausgerichteten Parteienwettbewerb eher in der Nähe der Mehrheitsdemokratie angesiedelt werden. Die daraus resultierenden Regierungsprobleme, die von der Politikwissenschaft bereits in den siebziger Jahren helllichtig analysiert wurden,¹⁷ hat Fritz Scharpf einmal in das schöne Bild gefasst, wonach die Parteien hierzulande gleichzeitig aufeinander einschlagen (auf der parlamentarischen Ebene) und miteinander kooperieren sollen (auf der föderalen Ebene).¹⁸

Dass die Entwicklung des Parteiensystems die Herausbildung eines Westminster-ähnlichen Regierungsmodells ermöglichen würde, war bei Gründung der Bonner Republik noch nicht absehbar. So wie es sich mit der ersten Bundestagswahl 1949 herauskristallisierte, stand dieses System noch weitgehend in der Tradition von Weimar. Erst in den fünfziger Jahren sollte es sich in Richtung jener Zwei-

einhalb-Parteien-Struktur entwickeln, die bis zu Beginn der achtziger Jahre Bestand hatte.¹⁹ Die FDP übernahm dabei im Wettbewerb zwischen den beiden großen Parteien die Funktion eines Scharniers, das den Regierungswechsel zweimal (1969 und 1982) ermöglichte. Das Standardmodell der „kleinen Koalition“, dem die jeweils andere Volkspartei als annähernd gleich starke Opposition gegenüberstand, wurde nur im Zeitraum 1966 bis 1969 vorübergehend verlassen.¹⁰ Auch wenn dieses Modell keinen perfekten Dualismus begründete, sorgte es doch dafür, dass sich die Bundestagswahlen zu quasi-plebiszitären Regierungs- oder Kanzlerwahlen herausbildeten. Union und SPD trugen dem Rechnung, indem sie die Wahlen zu einer grundlegenden Richtungsentscheidung stilisierten und ihre jeweiligen Kanzlerkandidaten prominent hervorhoben. Die Parteien blieben bei der Regierungsbildung zwar insoweit autonom, als sie sich auf die angestrebten Koalitionen vorab nicht immer klar festlegten. Dies ermöglichte 1966 die Bildung der Großen Koalition ohne vorherige Neuwahl und erleichterte nach der Bundestagswahl 1969 das Zusammengehen von SPD und FDP. Dass ein Regierungswechsel ohne oder gegen eine solche Festlegung nur unter hohen Risiken durchführbar ist, zeigte sich allerdings bei der „Wende“ 1982/83, als vorgezogene Neuwahlen anberaumt werden mussten, um die mit Hilfe der FDP ins Amt gekommene neue Regierung unter Helmut Kohl nachträglich zu legitimieren.¹¹

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag begann 1983 eine neuerliche Pluralisierungsphase, die zur Herausbildung zunächst einer Vier-Parteien-Struktur und dann – durch das Hinzutreten der PDS im Zuge der deutschen Vereinigung – einer Fünf-Parteien-Struktur führte.¹² Für das parlamentarische

¹⁵ Vgl. Frank Decker, Höhere Volatilität bei Landtagswahlen? Die Bedeutung bundespolitischer „Zwischenwahlen“, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2006, S. 259–279.

¹⁶ Vgl. A. Lijphart (Anm. 1), S. 90 ff.

¹⁷ Vgl. Gerhard Lehmbuch, Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart u. a. 1976.

¹⁸ Vgl. Fritz Scharpf, Die Malaise der deutschen Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 6. 1997.

¹⁹ Vgl. Oskar Niedermayer, Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2002, in: Ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 19 ff.

¹⁰ Vgl. die Übersicht bei Ludger Helms, Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 96.

¹¹ Vgl. Karlheinz Niclauff, Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Paderborn 2004, S. 388 ff.

¹² Vgl. Frank Decker, Parteiendemokratie im Wandel, in: Ders./Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 22 ff.

Wettbewerbsmodell hatte das ambivalente Folgen. Einerseits wurde der Dualismus weiter verstärkt, weil sich die Grünen koalitions- politisch einseitig in Richtung SPD orientierten, während die ihrer Scharnierfunktion beraubten Liberalen im Gegenzug noch enger an die Union gebunden wurden. Es entstanden also zwei fest gefügte Lager, die sich als klar unterscheidbare Alternativen gegenübertraten. Auf diese Weise konnte 1998 zum ersten Male ein kompletter Regierungswechsel ausschließlich von Wählerhand herbeigeführt werden.

Andererseits sorgte das Auftreten der PDS dafür, dass die Bildung einer Regierung nach dem vertrauten Muster schwieriger wurde. 1994, 1998 und 2002 blieben die Postkommunisten noch zu schwach, um das Zustandekommen einer kleinen Koalition zu vereiteln, was aber schon hier nur um Haaresbreite – und dank der institutionellen Zufälligkeit der Überhangmandate – gelang. Die erfolgreiche Etablierung einer gesamtdeutschen Linkspartei führte schließlich dazu, dass es bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 für keines der beiden Lager (SPD/Grüne und Union/FDP) mehr zur Mehrheit reichte.¹³ Obwohl man diese Entwicklung hätte voraussehen können, traf sie die politische Klasse unvorbereitet. Ihre Konsequenz war die Bildung einer Großen Koalition, in die sich die Volksparteien im Unterschied zu 1966 jedoch nur widerstrebend fügten. Wie schwer ihnen die Abkehr vom dualistischen Modell fiel, zeigte sich daran, dass am Wahlabend auch über andere Regierungsformate offen spekuliert wurde. Diese waren zuvor noch mit einem Tabu belegt worden, weil sie der Stabilitätsorientierung des parlamentarischen Systems scheinbar widersprachen. Auch auf der Länderebene hatte man sie nirgendwo mit Erfolg ausprobiert. Die absehbare Konsolidierung der Fünf-Parteien-Struktur dürfte insofern für die Funktionsweise des bundesdeutschen Parlamentarismus weitreichende Folgen haben. Sie zwingt die Parteien zu einem flexibleren Koalitionsverhalten und könnte so den Übergang zu einen kooperativeren, weniger wettbewerbsorientierten Regierungsstil einleiten. Die Bundesrepublik würde damit auf

¹³ Vgl. Frank Decker, Die Zäsur. Konsequenzen der Bundestagswahl 2005 für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems, in: Berliner Republik, 7 (2005) H. 5, S. 66–71.

der Lijphart-Skala näher an die konsensdemokratischen Systeme heranrücken.

Koalitionen und Regierungsformate in den Ländern

Eine Analyse der Parteiensystementwicklung und ihrer Folgen für die Regierungsbildung muss zwingend auch die Länderebene mit in den Blick nehmen. Ein Grund dafür wurde bereits genannt: Indem sie über die Zusammensetzung der Zweiten Kammer entscheiden, wirken Landtagswahlen sich unmittelbar auf die Regierungspolitik aus. Der andere Grund ist noch wichtiger. Die Existenz einer zweiten staatlichen Ebene ermöglicht es, Entwicklungen in der Bundespolitik vorwegzunehmen. So wie die Oppositionsparteien ihre Regierungsfähigkeit vor der Wählerschaft demonstrieren können, wenn sie in den Ländern (mit)regieren, so werden auch Koalitionen und Regierungsformate in der Regel über die Länderpolitik angebahnt. Diese fungiert also als eine Art Versuchslabor, um die neuen Modelle serienreif (oder „salonfähig“) zu machen.

Bei der Analyse der Regierungsmodelle sind drei Ebenen auseinanderzuhalten. Erstens geht es um die parteipolitische Zusammensetzung möglicher Koalitionen, zweitens um den Regierungs- bzw. Koalitionstypus (Alleinregierung, kleine Koalition oder Große Koalition) und drittens um das Regierungsformat (Minderheits- oder Mehrheitsregierung).

Ein Vergleich der Koalitionstypen und Regierungsformate in Bund und Ländern offenbart interessante Unterschiede. Konnte sich das mehrheitsdemokratische Modell auf der Bundesebene schon 1949 durchsetzen und – von der kurzzeitigen Ausnahme der ersten Großen Koalition (1966 – 1969) abgesehen – bis 2005 behaupten, so standen auf der Länderebene im Zeitraum 1946 bis 1955 dem „Normalfall“ einer Alleinregierung (fünf Fälle) oder kleinen Koalition (neun Fälle) immerhin zehn Große Koalitionen und 11 (!) Allparteienregierungen ohne numerisch ernst zu nehmende Opposition gegenüber, die dem Prinzip der alternierenden Regierung widersprachen. Die Angleichung an das mehrheitsdemokratische Modell des Bundes erfolgte in schnellen Sprüngen ab Mitte der fünfziger

Jahre. Dabei spielte auch das Interesse der Bundesregierung eine Rolle, die Koalitionen in den Ländern weitmöglichst „gleichzuschalten“, um die Durchsetzung ihrer Politik im Bundesrat sicherzustellen.¹⁴ Ihrem Höhepunkt strebte diese Entwicklung im April 1972 zu. Nach dem Ende der Großen Koalition in Baden-Württemberg gab es ab diesem Zeitpunkt in den Ländern nur noch Einparteienregierungen (acht Fälle) oder kleine Koalitionen (drei Fälle), die alle entweder dem Regierungs- oder Oppositionslager des Bundes zuzurechnen waren. Zu einer „gemischten“ Koalition kam es erst wieder 1977 (CDU/FDP in Niedersachsen), zu einem vom mehrheitsdemokratischen Modell abweichenden Regierungsformat sogar erst 1981 (CDU-Minderheitssenat in Berlin).

Es ist nicht ohne Ironie, dass die Normierung des mehrheitsdemokratischen Modells in den Länderverfassungen (durch die Einfügung sogenannter „Oppositionsklauseln“) zu einem Zeitpunkt erfolgte, als das bundesdeutsche Parteiensystem in eine neue Phase der Fragmentierung eintrat. Existierten in der Hochzeit der Stabilität in den siebziger Jahren gerade mal drei Regierungs- bzw. Koalitionstypen und Regierungsformate, so waren es von 1990 bis 2007 bereits zwölf. Von den insgesamt 283 Regierungsjahren in den Ländern entfielen in diesem Zeitraum 102 auf Unions- bzw. SPD-Alleinregierungen, 125 auf kleine Koalitionen (in acht verschiedenen Varianten), 49 auf Große Koalitionen und sieben auf Minderheitsregierungen. Die vom Mehrheitsmodell abweichenden Regierungsformate machten damit immerhin ein Fünftel aller Fälle aus. Die Pluralisierung schlug sich auch darin nieder, dass in 87 Regierungsjahren „gemischte“ Koalitionen im Amt waren, die nicht den Mehrheitskonstellationen auf Bundesebene entsprachen.

Auffällig ist, dass sich unter den kleinen Koalitionen lediglich zwei Fälle eines Dreier-Bündnisses befinden (die Ampelkoalitionen von SPD, Grünen und FDP in Brandenburg 1990 bis 1994 und Bremen 1991 bis 1995 sowie das Rechtsbündnis von CDU, Schill-Partei und FDP in Hamburg 2001 bis 2004), die

¹⁴ Vgl. Uwe Jun, Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949, Opladen 1994, S. 100 ff.

zudem alle nur kurzzeitig amtierten bzw. vor dem regulären Ende der Legislaturperiode zerbrochen sind. Diese geringe Zahl ist deshalb bemerkenswert, weil die durch das Hinzutreten der PDS in den neunziger Jahren entstandene Fünf-Parteien-Struktur die Bildung von Zweier-Koalitionen eigentlich hätte erschweren müssen. Hinter der Fünf-Parteien-Struktur verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Muster in den alten und neuen Bundesländern, die Zweier-Koalitionen in beiden Fällen weiter erlaubten: Im Osten konnten CDU, SPD und die hier annähernd gleich starke PDS die Koalitionen aufgrund der Schwäche der kleinen Parteien weitgehend unter sich ausmachen. Und im Westen, wo die Postkommunisten bis 2005 über den Status einer Splitterpartei nicht hinausgelangt waren, ist es bei der grundsätzlichen Alternative zwischen einer bürgerlichen Koalition (Union/FDP) oder Rot-Grün geblieben. Letzteres könnte sich ändern, wenn die neu formierte Linke den Sprung in die Landesparlamente auch in den westlichen Bundesländern schafft, was ihr – unter den vergleichsweise günstigen Bedingungen eines Stadtstaates – bisher nur in Bremen gelungen ist. Ob es nach den im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen zu Dreier-Bündnissen kommt, ist von daher keineswegs ausgemacht. Damit könnte auch eine Gelegenheit verpasst werden, solche Bündnisse in einem Testlauf für die Bundespolitik auszuprobieren. Nachdem die Westausdehnung der PDS die Linke auf der gesamtstaatlichen Ebene als feste Größe etabliert hat, ist die Koalitionsbildung ausgerechnet hier am kompliziertesten! Noch niemals in der Geschichte der Bundesrepublik war es deshalb so schwierig vorauszusagen, welche Parteienkonstellation das Land nach der kommenden Bundestagswahl regieren wird.

Große Koalition ohne Alternative?

Dass die Zustimmungswerte der seit Ende 2005 amtierenden Großen Koalition rasch in den Keller gefallen sind, hat weniger mit den Leistungen der Regierung zu tun als mit deren Auftreten – immerhin steht die Bundesrepublik 2007 gemessen an den makroökonomischen Indikatoren so gut da wie seit sieben Jahren nicht mehr. Obwohl (oder gerade weil) sich die ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien abge-

schliffen haben und heute geringer sind als zu Zeiten der ersten Großen Koalition,¹⁵ waren die Partner jedoch nicht bereit, ihre in Jahrzehnten aufgebaute gegnerschaftliche Orientierung abzulegen. Deshalb beharrten sie sich auch dort, wo vorhandene Erfolge der Regierungspolitik eine gemeinsame Darstellung nach außen nahe gelegt hätten. Die Folge war, dass die anfänglich guten Vertrauensbeziehungen innerhalb der Koalition (insbesondere zwischen Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Müntefering) dahinschwanden und die Zusammenarbeit schwieriger wurde. Das Bedürfnis nach eigener Profilierung erfasste die SPD dabei in höherem Maße als die Union. Während letztere vom Bonus der Kanzlerpartei profitierte, verstärkte die neue Konkurrenz der Linkspartei unter den Sozialdemokraten das Gefühl, dass man in der Großen Koalition nicht viel zu gewinnen habe. Auf beiden Seiten mehrten sich deshalb ab Mitte der Legislaturperiode die Stimmen, die für die Zeit nach 2009 laut über neue Koalitionsmöglichkeiten nachdachten.

Die strategische Ausgangslage war und ist dabei für die beiden großen Parteien unterschiedlich: Weil die SPD durch die Herausforderung von links gegenüber der Union in eine Minderheitsposition zu geraten droht, ist für sie der Anreiz, aus der Großen Koalition auszusteigen, größer als bei CDU und CSU, die bei einer Fortsetzung des Bündnisses als stärkste Partei vermutlich auch nach 2009 die Kanzlerin stellen könnten. Umgekehrt verfügt die Union im heutigen Parteiensystem über weniger Koalitionsoptionen als die Sozialdemokraten. Legt man die bisher geschlossenen Bündnisse (in Bund und Ländern) zugrunde, kann sie lediglich mit der SPD und der FDP regieren, während die SPD in der Vergangenheit auch mit den Grünen und – auf Landesebene – mit der PDS/Linkspartei koalitiert hat. Unterstellt, dass es für eine bürgerliche oder rot-grüne Koalition nach dem alten Muster 2009 nicht mehr reicht, stellt sich die Diskussion um mögliche Dreier-Bündnisse vor diesem Hintergrund wie folgt dar:¹⁶

¹⁵ Zur ersten Großen Koalition vgl. Klaus Hildebrand, Die erste Große Koalition 1966 bis 1969. Gefährdung oder Bewährung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 37 (2006) H. 3, S. 611–625.

¹⁶ Für eine stark formalisierte Darstellung der „wahrscheinlichen“ und „unwahrscheinlichen“ Ko-

– Eine Linkskoalition aus SPD, Grünen und Linkspartei kann politisch ausgeschlossen werden. Nicht nur in der Außen-, sondern auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik bestehen zwischen Rot-Grün und der Linken so große inhaltliche Unterschiede, dass eine Zusammenarbeit für jeden der drei Partner nur um den Preis einer schweren innerparteilichen Zerreißprobe denkbar wäre. Auch käme die (heute bestehende) rechnerische Mehrheit für ein solches Bündnis womöglich gar nicht zustande, wenn dieses tatsächlich in Aussicht stünde.¹⁷ Die Debatte darüber wird dennoch weitergehen. Insbesondere der SPD dürfte es schwer fallen, sie zu ersticken, nachdem sie in den neuen Bundesländern mehrfach Koalitionen mit der PDS eingegangen ist und aktuell eine solche Koalition in Berlin besteht. Dass entsprechende Begehrlichkeiten auch in den westlichen Ländern entstehen, lässt sich kaum vermeiden. So gesehen ist es für die Parteiführung um Kurt Beck zur Zeit eher hilfreich, dass die neue Konkurrenz ausgerechnet vom früheren SPD-Vorsitzenden Lafontaine angeführt wird, der auch für die meisten Linken in der SPD „persona non grata“ ist.

– Politisch wahrscheinlicher, aber ebenfalls schwer vorstellbar, ist eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP. Auch hier klaffen zwischen Rot-Grün und der koalitionspolitisch eher auf die Union abonnierten FDP programmatisch wie habituell große Lücken, die erst überbrückt werden müssten. Entsprechend negativ waren die Erfahrungen mit den Ampelkoalitionen in Brandenburg und Bremen, die in beiden Ländern keine Neuauflage erfuhren. Eine „rote Ampel“ hätte zudem den Nachteil, dass sie kaum regierungsfähig wäre. Im Bundesrat könnte sie nach heutigem Stand lediglich auf sieben Stimmen rechnen. Ob eine aus der Regierung herauskatapultierte Union geneigt wäre, mit ihr konstruktiv zusammenzuarbeiten, darf nach den Erfahrungen der Vergangenheit bezweifelt werden.

alitionen, deren Schlussfolgerungen jedoch angesichts des betriebenen Aufwands äußerst vage bleiben, vgl. Eric Linhart, Ampel, Linkskoalition und Jamaika als Alternativen zur großen Koalition, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung – Arbeitspapiere 91/2005.

¹⁷ So der zutreffende Hinweis an die Adresse der SPD von Heinrich August Winkler. Vgl. Ders., Gelassen bleiben. Die SPD muss der Versuchung widerstehen, die Linkspartei links zu überholen, in: Die Zeit vom 12. 7. 2007, S. 5.

Dies gilt umso mehr, als die Föderalismusreform die Beteiligungsposition des Bundesrates wider Erwarten nur unwesentlich beschnitten hat.¹⁸

– Die Konstellation, die die Phantasie der politischen Beobachter zur Zeit am meisten beflügelt, ist die so genannte „Jamaika-Koalition“. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass Schwarz-Gelb-Grün selbst auf der kommunalen Ebene als Regierungsmodell kaum verbreitet ist (während schwarz-grüne Zweier-Koalitionen heute in immerhin rund zwei Dutzend Gemeinden existieren). Die Annäherung von Union und Grünen hat in erster Linie strategische Gründe, gibt sie doch beiden Parteien die Chance, ihre Bündnisoptionen zu erweitern.¹⁹ Politikinhaltlich erscheint ein Zusammengehen der beiden bürgerlichen Parteien mit den Grünen allerdings noch weniger tragfähig als ein rot-gelb-grünes Dreier-Bündnis. Auf der Unionsseite gehen die Reserven dabei in erster Linie von der Parteibasis und konservativen Kernklientel aus, die die Grünen zu großen Teilen immer noch als „Kulturschock“ (Edmund Stoiber) empfinden. Bei der Ökopartei bestehen die Bedenken dagegen eher unter den Funktionären und an der Parteispitze. Hier herrscht die Sorge, dass man in einer Jamaika-Koalition seiner Identität beraubt und zum bloßen Mehrheitsbeschaffer der bürgerlichen Parteien degradiert würde.

Wenn der Rückweg zum alten Modell der Zweier-Koalitionen durch das erwartbare Wählerverhalten versperrt ist, anderweitige Dreier-Koalitionen aber politisch (noch) nicht funktionieren, bleiben letztlich nur zwei Alternativen. Einen Ausweg aus der Koalitionsproblematik könnten erstens Minderheitsregierungen bieten. Vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen verständlich, hat dieses aus den skandinavischen Ländern geläufige Modell in der parlamentarischen Kultur der Bundesrepublik allerdings keine Wurzeln geschlagen. Das Dogma der stabilen Mehrheitsregierung scheint hierzulande in der Wirkung ungebrochen. Symptomatisch dafür sind das Scheitern des „Magdeburger Modells“ in

Sachsen-Anhalt, dem auch der Mainstream der Politikwissenschaft nicht viel abzugewinnen mochte,²⁰ oder die Reaktionen auf die angekündigte Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch den Südschleswischen Wählerverband nach der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Wie vor diesem Hintergrund eine Minderheitsregierung auf Bundesebene zustande kommen sollte, bleibt ein Rätsel.

Die zweite Alternative könnte man als österreichische Lösung bezeichnen; sie läuft auf die Perpetuierung der Großen Koalition als Regierungsmodell hinaus. Dieses Szenario mag für die Bundestagswahl 2009 zur Zeit das realistischste sein,²¹ doch ist es zugleich das aus demokratischer Sicht am wenigsten vorzugswürdige. Denn indem sie die Gewaltbalance zugunsten der Regierung verschiebt, unterminiert die Große Koalition wesentliche Funktionsprinzipien des Parlamentarismus. Im deutschen Fall zeigt sich das z. B. darin, dass die Oppositionsparteien auch zusammengenommen nicht in der Lage sind, ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen, weil sie das dazu nötige Quorum verfehlen. Andererseits nährt gerade die Übermacht der Regierung den elektoralen Erfolg der Oppositionsparteien. Wie der Aufstieg Jörg Haider in Österreich gezeigt hat, können davon auch die politischen Ränder profitieren. Insofern stellt sich die Frage, ob man das Fehlen des normalen demokratischen Wechselspiels bei einer Großen Koalition nicht durch anderweitige Formen der Kontrolle auffangen müsste. Für die Bundesrepublik wäre hier z. B. an die Einführung bzw. Verstärkung plebiszitärer Beteiligungsrechte zu denken, die bislang lediglich auf der kommunalen und Länderebene vorgesehen sind.²²

¹⁸ Vgl. Föderalismusreform verfehlt ihr Ziel, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. 1. 2007.

¹⁹ Vgl. Hubert Kleinert, Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus, in: Die Politische Meinung, 49 (2004) Nr. 413, S. 69–74.

²⁰ Vgl. z. B. Werner J. Patzelt/Roland Schirmer, Parlamentarismusgründung in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27 (1996), S. 20–28. Für die Gegenposition siehe Wolfgang Renzsch/Stefan Schieren, Große Koalition oder Minderheitsregierung. Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997) H. 3, S. 391–407.

²¹ Vgl. Uwe Thaysen, Regierungsbildung 2005. Merkel, Merkel I, Merkel II?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) H. 3, S. 608 ff.

²² Vgl. Frank Decker, Plebiszitäre Elemente ins Grundgesetz? Anmerkungen zu einer stagnierenden

Schlussbemerkung

Auch in einem System flexibler Koalitionen, in dem die Große Koalition nur eine von mehreren Möglichkeiten darstellt, geht der Einfluss des Wählers zurück. Politiker gefallen sich ja vorzugsweise an Wahlhabenden gerne darin, das Volk als „Souverän“ zu titulieren. Bezogen auf die Regierungsbildung sind in einem Vielparteiensystem aber nicht die Wähler der eigentliche Souverän, sondern die Parteien bzw. Parteiführungen, die über die Koalitionen entscheiden. Was aus der demokratischen Sicht des Wählers geboten wäre – die gewünschten oder nicht auszuschließenden Allianzen schon vorab anzuzeigen –, verbietet sich dabei für die Parteien zumeist aus strategischer Sicht. Einerseits könnte man durch eine solche Festlegung potenzielle Wähler abschrecken, andererseits eine mögliche Handlungsoption aus der Hand geben.

So wie die Parteien ihr strategisches Verhalten anpassen, so werden sich auch die Bundesbürger an die neue Situation des Fünf-Parteien-Systems gewöhnen müssen. „Da nahezu jede Koalition denkbar wird, ist die Abgabe der Stimme künftig etwa so, als würde man eine Flaschenpost ins Meer werfen. Man weiß nicht, wo sie ankommt.“²³

Debatte, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, 42 (2007) Nr. 479, S. 6–16.

²³ Der Herr der Wirrungen, in: Der Spiegel vom 9. 7. 2007, S. 34.

Christian Lorenz

Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option?

Als am Wahlabend des 18. September 2005 der rot-grünen Koalition die elektorale Legitimität entzogen worden war, flammte eine Debatte auf, die Jahre zuvor auf Bundesebene kaum so hätte geführt werden können. Grüne und Union verhandelten unter Einbeziehung der FDP

über die Bildung einer „Jamaika-Koalition“. Bemerkenswert war dabei das politische und gesellschaftliche Echo, das diese Gespräche hervorbrachte: Die Zahl der Befürworter war größer als erwartet. Auf allen Seiten sprachen sich Protagonisten dafür aus, nach Gemeinsamkeiten zwischen den potenziellen Partnern zu suchen. Dass dabei vor allem das Verhältnis von Union und Grünen im Fokus des medialen Interesses stand, liegt auf der Hand: Beide Parteien bildeten über Jahre die natürlichen Gegenpole des Parteiensystems.

Wie relevant das Verhältnis beider Parteien nach wie vor zueinander ist, verdeutlicht der Blick auf die aktuelle politische Arena. Zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2009 hat die Große Koalition ihre Halbwertszeit überschritten. Mehr als jede andere Variante ist dieses Bündnis ein Bündnis auf Zeit. Die Etablierung der Partei „Die Linke“ und die anhaltende Schwäche der Volksparteien lassen die Koalitionsmuster der alten Bundesrepublik auf Bundesebene täglich unwahrscheinlicher erscheinen. Der arithmetische Druck zur Realisierung von

Christian Lorenz

M. A. Politikwissenschaft, geb. 1978; Promovend an der Universität Göttingen; Mitarbeiter eines Beratungsunternehmens in Berlin. christian_lorenz@gmx.de

Koalitionsoptionen unter Einbeziehung von Christdemokraten und Grünen wächst.

Vom Gegner zur Bündnisoption

Wer sich die Grabenkämpfe früherer Zeiten vergegenwärtigt, könnte eine Koalition zwischen Union und Grünen unter dem Stichwort „Politische Utopie“ abhaken. Die Grünen waren kurze Zeit nach ihrer Gründung deutlich auf der linken Seite des Parteienspektrums zu verorten. Ihrer von antikapitalistischen Äußerungen durchzogenen postmaterialistischen Programmatik standen in der alten Bundesrepublik die konservativen Einstellungen und klassischen Pflicht- und Akzeptanzwerte der Union diametral entgegen.

Die Gründergeneration der Grünen hat sich mit dem Wandel von Rahmenbedingungen wie dem Fall der Mauer und der Erosion der festen ideologischen Blöcke von allzu idealistischen Vorstellungen verabschiedet, sie ist pragmatischer, etablierter geworden. Die grüne „Formation der Unangepassten und Querdenker einer blockierten Generation“¹ ist vom Rand in die Mitte der Gesellschaft gerückt; die heutige Generation verzichtet weitgehend auf radikale Forderungen, sieht sich weit weniger in der Tradition des Kultur- und Generationenkampfes mit ihren konservativen Gegenspielern. Gleichzeitig spielen die Machterwerbs- und Gestaltungsstrategien der grünen Parteielite eine wichtigere Rolle, inhaltliche Forderungen und Bündnisüberlegungen werden verstärkt daraufhin ausgerichtet.

Obgleich nicht mit dieser Intensität, so haben sich auch die Unionsparteien gewandelt. Die heutige CDU-Führung ist, ähnlich wie ihr grünes Pendant, nicht mehr im klassischen Lagerdenken der Bonner Republik verhaftet, „kulturelle und habituelle Distanzen sind deutlich geringer geworden“.² Die CDU hat sich spätestens unter Angela Merkel liberaleren Standpunkten geöffnet und sich dabei in nicht unerheblichem Maße von ihrem ideologischen Rüstzeug getrennt. Ein

¹ Franz Walter, Grüne Ängste vor dem Chaos, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,416807,00.html> (31. 5. 2006).

² Hubert Kleinert, Bereicherung der politischen Kultur durch Schwarz-Grün?, in: Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Lagertheorien und Lagerpolitik, Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Nummer 1, Berlin 2004, S. 32.

homosexueller Ministerpräsident, eine ostdeutsche Parteivorsitzende oder ein verändertes Frauen- und Familienbild sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Die angedeuteten Veränderungen auf beiden Seiten lassen Union und Grüne zunehmend die Scheu voreinander verlieren. Seit Mitte der 1990er Jahre konnten sich in verschiedenen Bundesländern schwarz-grüne Bündnisse auf kommunaler Ebene etablieren.³ Darüber hinaus haben sich seither zahlreiche Politiker für ein solches Bündnis auf Landes- bzw. Bundesebene ausgesprochen. In Thüringen kam 2004 eine Koalition mit den Christdemokraten nur deshalb nicht zustande, weil die Grünen den Einzug in den Landtag knapp verfehlten. In Baden-Württemberg, dem Stammland der grünen „Bürgerlichkeit“, fehlte der Union im Frühjahr 2006 der Mut, den angestammten Partner, die FDP, zu verlassen. Zu unkalkulierbar erschien die Reaktion der eigenen Basis, als dass man sich auf ein „grünes“ Wagnis hätte einlassen wollen. Virulent ist die Diskussion auch im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2008. Dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust werden durchaus schwarz-grüne Ambitionen nachgesagt. Das seit 2004 existierende kommunale schwarz-grüne Bündnis im Bezirk Altona gilt als Testlauf für die Hansestadt.

Die Wählerklientel

Schwarze und Grüne haben sich zweifelsohne angenähert, doch auf welche elektoralen, programmatischen und personellen Grundlagen würde sich ein solches Bündnis auf Bundesebene abseits feuilletonistischer Wunschvorstellungen *tatsächlich* stützen können? Im Vordergrund des Erkenntnisinteresses steht eine *aktuelle* Bestimmung der Überschneidungen und Differenzen von Union und Grünen, also die Lokalisierung ihres *momentanen* Verhältnisses im politischen und gesellschaftlichen Raum. Zu fragen ist nach den Schnittmengen und Bündnispräferenzen der jeweiligen Wählerklientel, dem Maß an inhaltlich-programmatischen Überschneidungen sowie nach dem persönlichen Verhältnis

³ Vgl. u. a. Jürgen Hoffmann, Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik – Gründe, Erfahrungen, Folgerungen, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 135, Sankt Augustin 1997.

und der Einstellung der Führungseliten aus Partei und Fraktion.

Der Grad der Akzeptanz der angestrebten Koalition bei den eigenen Wählern kann ausschlaggebend für die bündnisstrategischen Überlegungen einer Partei sein. Wie ist das Verhältnis zwischen den Anhängern der Grünen und denen der Union zu bewerten?

Im Hinblick auf die programmatischen Präferenzen der Wählergruppen lassen sich wesentliche Differenzen erkennen. Die für die vergangenen Bundestagswahlen jeweils entscheidenden inhaltlichen Aspekte verdeutlichen die unterschiedlichen Schwerpunkte beider Milieus exemplarisch: Für die grünen Wähler sind die Themen „Umweltpolitik“ und „soziale Gerechtigkeit“ prioritär. Die klassischen bürgerlichen Themen „Wirtschafts- und Steuerpolitik“ und „Arbeitsmarkt“ hingegen spielen – im Gegensatz zur Union und FDP – bei der Wahlentscheidung für sie nur eine untergeordnete Rolle; *gemeinsame* Präferenzen mit den Unionswählern sind somit nicht feststellbar.

Ein Vergleich der Wertpräferenzen der jeweiligen Elektorate bei sozioökonomischen und politisch-kulturellen Fragen offenbart zum Teil erhebliche Unterschiede. Grüne sprechen sich beispielsweise ungleich stärker als Unionsanhänger gegen die Kürzung von Sozialleistungen und deutlicher für die staatliche Egalisierung von Einkommensunterschieden und die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen aus. Sie empfinden soziale Ungleichheit als ungerechter und negieren deutlicher als die Anhängerschaft der Union den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und reduziertem Arbeitswillen.

Vor allem aber bei den auf der soziokulturellen Achse des politischen Wettbewerbs zu positionierenden Themenbereichen sind die Differenzen zwischen den beiden Anhängerschaften signifikant. Die Wähler der Grünen zeigen sich gegenüber berufstätigen Müttern bedeutend aufgeschlossener, sehen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundsätzlich weit weniger Probleme als die Wähler der Union, deren Geschlechterverständnis zumindest noch in Teilen als „klassisch“ zu bezeichnen ist. Ähnliche Diskrepanzen finden sich auch im Hinblick auf den Umgang mit legalen und illegalen Einwanderern bzw.

Tabelle 1: Wahlentscheidende Aspekte bei der Bundestagswahl (BTW) 2002 und 2005 (in Prozent)

Wahlentscheidende Aspekte 2002/2005 für die Anhänger der . . .	SPD	Grünen	Union	FDP
Umweltpolitik	18 / 13	64 / 52	4 / 3	5 / 3
Soziale Gerechtigkeit	42 / 45	39 / 40	15 / 17	18 / 16
Außen- und Sicherheitspolitik	24 / 23	29 / 28	12 / 6	9 / 5
Ausländerpolitik	12 / 10	17 / 11	19 / 11	14 / 7
Wirtschaftspolitik	28 / 27	15 / 20	53 / 53	51 / 56
Arbeitsmarkt	24 / 26	11 / 16	42 / 42	34 / 42
Steuerpolitik	11 / 15	5 / 8	21 / 24	30 / 31
Innere Sicherheit / Kriminalität	12 / 9	4 / 5	16 / 11	10 / 7

Quelle: Eigene Darstellung – Zahlen: Infratest dimap, Wahlreport Bundestagswahl 2002 und 2005.

mit dem Thema Integration. Die Anhänger der CDU und CSU präferieren einen restriktiveren Umgang mit Zuwanderern, sind dem europäischen Einigungsprozess gegenüber skeptischer und lehnen den Beitritt der Türkei zur EU im völligen Gegensatz zu den Grünen mit deutlicher Mehrheit ab. Weit weniger kulturelle Offenheit als die Grünen zeigt das christdemokratische Lager auch im Umgang mit Homosexuellen.

Kritisch äußern sich die Grünen immer noch gegenüber dem generellen Einsatz militärischer Gewalt: Den Bundeswehreininsatz zur Sicherung der Ölzufuhr lehnen sie deutlich ab, gegenüber Militäraktionen gegen Terrororganisationen sind sie im Gegensatz zu den Anhängern der Union weitaus misstrauischer eingestellt. Friedenssichernde Einsätze hingegen befürworten sie, der Schutz der Menschenrechte ist dem grünen Milieu auch im Ausland ein wichtiges Anliegen.¹⁴

Dass ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene nicht von vornherein auf breite Unterstützung bei den Wählern hoffen kann, zeigt darüber hinaus die Analyse der Wählerströme für die BTW 2005. Die Größenordnungen machen deutlich, dass die Wähler überwiegend zwischen den Parteien des jeweils eigenen Lagers wechseln. Das heißt,

¹⁴ Vgl. hierzu die Studien „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2004“, „Transatlantic Trends 2004“ und „Deutsche Bundestagswahlstudie 2005: Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“.



Tabelle 2: Wählerstromkonto der Grünen für die BTW 2005

Austausch mit	Zustrom	Abstrom
SPD	980 000	840 000
Union	130 000	270 000
FPD	70 000	120 000
Linke	40 000	280 000
Andere	30 000	50 000
Summe aller Parteien	1 250 000	1 560 000

Quelle: Eigene Darstellung – Zahlen aus: Viola Neu, Analyse der Bundestagswahl 2005, KAS-Arbeitspapiere, Nr. 157, Sankt Augustin–Berlin 2006, S. 18.

Tabelle 3: Wählerstromkonto der Union für die BTW 2005

Austausch mit	Zustrom	Abstrom
SPD	1 590 000	960 000
Grüne	270 000	130 000
FPD	590 000	1 710 000
Linke	70 000	350 000
Andere	150 000	320 000
Summe aller Parteien	2 670 000	3 470 000

Quelle: Eigene Darstellung – Zahlen aus: V. Neu, S. 18.

Tabelle 4: Bewertung der Grünen auf einer Sympathie-Skala von +5 bis -5 (Mittelwert)

durch die Anhänger der ...						
Datum	Mittelwert	Union	SPD	Grüne	FDP	PDS
Juli 1995	0,8	-0,2	1,5	3,1	0,9	0,9
Dez. 1995	0,3	-0,6	1,1	3,1	0	1,4
Dez. 2006	0,0	-0,6	1,1	3,0	0,1	0,2
Feb. 2007	0,0	-0,6	1,1	2,7	0,0	-0,4
April 2007	0,0	-0,8	1,3	3,0	-0,1	0,0
Juni 2007	0,3	-0,3	1,3	3,2	0,2	0,3

Quelle: Eigene Darstellung – Zahlen: Forschungsgruppe Wahlen.

Tabelle 5: Bewertung der Union auf einer Sympathie-Skala von +5 bis -5 (Mittelwert)

durch die Anhänger der ...						
Datum	Mittelwert	Union	SPD	Grüne	FDP	PDS
Juli 1995	1,2	3,4	-0,1	-0,9	1,0	-2,1
Dez. 1995	0,8	3,1	-0,5	-1,2	1,4	-2,2
Dez. 2006	0,8	3,0	0,1	-0,5	1,0	-1,5
Feb. 2007	0,5	2,9	0,1	-0,9	0,0	-1,5
April 2007	0,7	3,1	0,5	-0,4	0,6	-1,3
Juni 2007	1,3	3,4	0,6	-0,3	1,1	-1,0

Quelle: Eigene Darstellung – Zahlen: Forschungsgruppe Wahlen.

dass der Wähleraustausch der Grünen mit der SPD deutlich größer ist als der mit der Union. Die Christdemokraten haben umgekehrt einen wesentlich größeren Austausch mit der FDP als mit den Grünen.¹⁵

Die von den Wählern bei Bundestagswahlen genutzte Option des Stimmensplittings ist ein weiterer Indikator für das Verhältnis zwischen den beiden Parteien. Mehr als die Hälfte aller (Zweitstimmen-)Wähler der Grünen gaben bei den vergangenen Bundestagswahlen ihre Erststimme der SPD (BTW 2005: 57 % und BTW 2002: 60 %), ein Stimmensplitting mit der CDU bzw. CSU kam jedoch fast gar nicht vor (unter 5 %). Die Union hingegen konnte mit der elektoralen Unterstützung ihrer Direktkandidaten durch die Wähler der FDP rechnen.¹⁶

Auch der Blick auf die Sympathiebewertung für CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen durch die verschiedenen Parteimitglieder untermauert das Bild gegensätzlicher elektoraler Lager: Die Anhänger der Union und die der Grünen bewerten die jeweils andere Partei überdurchschnittlich schlecht, die Werte liegen deutlich unter dem statistischen Mittel.

Die von der Forschungsgruppe Wahlen erfragten Koalitionspräferenzen zeigen abschließend, dass die schwarz-grüne Variante bei den Wählern nur auf sehr verhaltene Zustimmung stößt: Trotz heftiger Schwankungen in den Werten für die drei Koalitionsoptionen Union-FDP, SPD-Grüne und Union-SPD, die in weiten Teilen durch den Grad der Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierungskoalition zu erklären sind, finden diese insgesamt erheblich mehr Zuspruch in der Bevölkerung als ein Bündnis aus CDU/CSU und Grünen. Deutliche Veränderungen im Hinblick auf die Präferenzierung einer schwarz-grünen Koalition lassen sich von Seiten der Meinungsforschung nicht konstatieren, die Werte schwanken seit Jahren zwischen einem und fünf Prozent – eine im Vergleich zu anderen Koalitionsmodellen unerhebliche Größe.¹⁷

¹⁵ Ähnliches ist auch für frühere Bundestagswahlen feststellbar.

¹⁶ Vgl. Doreen Namislo u. a., Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter, in: Wirtschaft und Statistik, (2006) 3, S. 235.

¹⁷ In den Jahren 2003 und 2004 ließ sich ein Anstieg mit Spitzenwerten von bis zu 8 % beobachten, der sich aber als nicht nachhaltig erwies.

Der Vergleich der Werte- und Koalitionspräferenzen der Anhänger hat verdeutlicht, dass auf der Ebene der Wähler Schnittmengen nur in sehr begrenztem Maße vorhanden sind: „At the level of their respective memberships and electoral constituencies, in particular, there remain fundamental cultural and sociological incompatibilities. (...) Only very gradually does the modernization of the Conservative parties and the aging and mainstreaming of the Green constituency soften these differences.“¹⁸

Die inhaltlichen Positionen: Schnittmengen oder Barrieren?

Das Maß an programmatisch-inhaltlichen Überschneidungen determiniert entscheidend die Koalitionspräferenzen der potenziellen Bündnispartner. Je größer die Übereinstimmungen auf relevanten Politikfeldern ausfallen, desto eher sind die potenziellen Partner geneigt, den Schritt in die Koalition zu wagen. Unzweifelhaft stehen sich Grüne und Christdemokraten inhaltlich nicht mehr derart unversöhnlich gegenüber. Exemplarisch soll verdeutlicht werden, welche Schnittmengen vorhanden sind und welche Barrieren beide Parteien trennen.

Vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich werden Schnittmengen zwischen den Profilen beider Parteien ausgemacht. Ulrich Eith hält die wirtschaftsprogrammatischen Differenzen für überwindbar, in der rot-grünen Bundesregierung waren die Grünen auf diesem Feld „nicht die Bremser“.¹⁹ Die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen im öffentlichen Sektor, eine Vereinfachung des Steuersystems, Unterstützung des Mittelstandes und eine Überprüfung der Subventionen für auslaufende Industriezweige (z. B. Kohle) sind für Ingolfur Blühdorn die potenziellen wirtschafts- und finanzpolitischen Anknüpfungspunkte.¹⁰ Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Röttgen attestiert den Grünen, dass sie „das gesamte Gebiet der Wirt-

schafts-, Sozial-, Haushalts- und Finanzpolitik (...) – im Unterschied zur SPD – inzwischen tabufrei gestellt“ haben.¹¹

Das Verhältnis beider Parteien in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist als ambivalent zu bezeichnen. Vordergründig unterscheiden sich ihre Vorstellungen zunächst stark. Die Grünen betonen deutlich stärker die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung, die Union gibt sich bewusst wirtschaftsfreundlicher, ist im Hinblick auf den in den eigenen Reihen herrschenden Dualismus zwischen wirtschaftsliberalen Vertretern und Verfechtern der katholischen Soziallehre jedoch weit weniger geschlossen als beispielsweise die FDP.

Anknüpfungspunkte sind in diesem Politikfeld eher im Detail zu finden. Die Grünen vertreten nicht die bloße Umverteilungspolitik bzw. Verteilungsgerechtigkeit der Linkspartei, sondern sprechen vielmehr von Chancengleichheit.¹² Deutlich wird dies in ihren vehementen Forderungen, den Aspekt der Förderung von jüngeren und älteren Arbeitslosen nicht zu vernachlässigen oder eine flächendeckende Versorgung von Betreuungsplätzen für Kinder sicherzustellen. Überschneidungen ergeben sich auch in der grundsätzlichen Präferenzierung staatsferner, dezentraler und wettbewerbsorientierter Lösungsansätze, die beispielsweise bei der Befürwortung der Einrichtung von Optionskommunen oder im Gesundheitswesen zum Ausdruck kommen. Hier jedoch zeigen sich die Grünen im Gegensatz zur Union nicht durchgehend konsistent: Lehnen sie staatlich garantierte Mindestlöhne ab und sprechen sich marktorientierter für branchenspezifische Lösungen aus, plädieren sie gleichzeitig für gesetzliche Regelungen im Bereich der Antidiskriminierung und der Gleichstellung, vertrauen somit hier den Regulierungen des Marktes nicht. Generell lässt sich konstatieren, dass beide Parteien nicht sofort nach einem starken Staat rufen, im sozioökonomischen Bereich anti-etatistischer eingestellt sind als SPD und Linkspartei. Letztlich lässt sich ihre endgültige Positionierung auf dieser Werteachse aber noch nicht genauer bestimmen, was vor allem für die Grünen gilt.

¹⁸ Ingolfur Blühdorn, „New Green‘ Pragmatism in Germany – Green Politics beyond the Social Democratic Embrace?, in: Government and Opposition, 39 (2004) 4, S. 583.

¹⁹ Noch nie war Chance größer, in: Stuttgarter Zeitung vom 3. 4. 2006.

¹⁰ Vgl. I. Blühdorn (Anm. 8), S. 583.

¹¹ Norbert Röttgen, Die Zeit danach, in: Die Zeit vom 9. 11. 2006.

¹² Vgl. beispielsweise das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2005, S. 90.

Signifikante Unterschiede und stark differierende Grundüberzeugungen lassen sich im Bereich der gesellschaftlichen Ordnung finden. Zwar haben sich die Grünen von ihren radikalen Forderungen der 1980er Jahre verabschiedet, eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Allmacht des Staates und seinen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten ist jedoch geblieben. Insbesondere in Fragen der inneren Sicherheit kritisieren sie die in ihren Augen überzogenen Forderungen und Maßnahmen der Union und betonen den Schutz der libertären Bürgerrechte.¹³ Auf dieser Überzeugung aufbauend lehnen die Grünen unter anderem eine Verschärfung der „Anti-Terror-Gesetze“, den Einsatz der Bundeswehr im Innern, die Videoüberwachung des öffentlichen Raumes oder den verstärkten Einsatz privater Sicherheitsdienste ab.

Eine deutlich andere Prioritätensetzung ist bei den Unionsparteien zu erkennen. Für sie stehen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und die Maxime eines handlungsfähigen Staates im Vordergrund des politischen Handelns, die damit verbundene Einschränkung der Freiheitsrechte nehmen sie in Kauf. „Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Der Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.“¹⁴

Die Linie der Christdemokraten bei verschiedenen gesellschaftspolitischen Fragen folgt restriktiveren, protektionistischeren bzw. autoritäreren Handlungsmustern, wie sich an den Beispielen Integrationspolitik und innere Sicherheit zeigt. Anknüpfungspunkte zwischen Grünen und Union sind bei den für dieses Politikfeld relevanten Problemen kaum vorhanden.

In den Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik lässt sich kein einheitliches Urteil fällen. Diametral auseinander gehen die Ansichten bei der Nutzung der Atomkraft, bei der Frage über den Beitritt der Türkei zur EU oder in der Diskussion über die Beibehaltung der Wehrpflicht. Hier beharren die jeweiligen Seiten auf Standpunkten, die für ihre Identität und ihr Selbstverständnis

¹³ Vgl. beispielsweise das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002, S. 30 ff.

¹⁴ Entwurf Grundsatzprogramm der CDU, S. 74.

elementar sind und somit kaum als Verhandlungsmasse in entsprechende Koalitionsgespräche eingebracht werden könnten.¹⁵

Beim europäischen Einigungsprozess oder bei friedenssichernden Missionen könnten Grüne und Union durchaus Einigkeiten erzielen, ein kategorisches „Nein“ zum Einsatz der Bundeswehr ist von grüner Seite nicht mehr zu erwarten. Kampfeinsätze wie im südlichen Afghanistan jedoch treffen in der Ökopartei nach wie vor auf großen Widerstand.¹⁶

Die Debatte unter den Spitzenakteuren

Ausreichend inhaltliche Übereinstimmungen gelten als unabdingbar für das Zustandekommen einer Koalition, getragen werden Bündnisstrategien aber von den politischen Spitzenakteuren. Sie sind es, die sachliche Gegensätze durch persönliche Sympathie zu einem gewissen Grad überbrücken können und ihre Milieus von einer Verschiebung im Koalitionengefüge überzeugen müssen. Welchen Stellenwert hat die Debatte bei Union und Grünen? Wie begründen Gegner und Befürworter ihre jeweilige Haltung?

Auf Seiten der Grünen wird die Diskussion lebhafter und spannungsgeladener geführt als bei der Union. Neigen die Parteispitze und der linke Parteiflügel offenkundig zu einer distanzierten Haltung, ist dagegen auf Seiten der Bundestagsfraktion ein „unions-freundlicheres“ Klima feststellbar.¹⁷ Die Motive auf Seiten der Grünen, über den Tellerrand der bekannten Koalitionsmuster zu schauen, sind unterschiedlicher Natur. Nach sieben Jahren Rot-Grün schien die Partei auf Bundesebene desillusioniert von ihrem Koalitionspartner zu sein. Vereinzelt Treueschwüren zum Trotz ist vor allem in Teilen der Fraktion die Erkenntnis gewachsen, dass ein Regierungsbündnis mit der SPD nicht dem normativen Bild einer gleichberechtigten Partnerschaft entspricht. Zu groß waren die Kompromisse, auf die sich die Partei einlassen musste. So wurde beispielsweise das

¹⁵ Vgl. beispielsweise das Wahlprogramm von CDU und CSU 2005, S. 19 f., S. 36 f. und das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2005, S. 55 f., S. 120 und S. 113.

¹⁶ Vgl. beispielsweise Pressemitteilung der Grünen, „Ziviler Aufbau muss Priorität haben!“, Nr. 36/07 vom 7. 2. 2007.

¹⁷ Vgl. hierzu die Aussagen von Fritz Kuhn, Renate Künast, Reinhard Loske und anderen.

Zögern vieler Sozialdemokraten bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme als Ausdruck rückwärtsgewandter Blockade- und Umverteilungspolitik empfunden. Nach dem Abarbeiten der gemeinsamen Agenda – inhaltlich ausgelaugt und vom persönlichen Umgang enttäuscht – stellten sich besonders in der Fraktion viele Grüne die Frage, ob die Sozialdemokraten tatsächlich der „natürliche“ Koalitionspartner für die Zukunft sind.

Daher drängen gerade die jüngeren, stärker machtorientierten Abgeordneten auf eine Öffnung ihrer Partei gegenüber den Christdemokraten. Entsprach das rot-grüne Projekt vornehmlich dem Lebensgefühl der älteren Grünen, weist die nachrückende Generation diese spezifische Kohortenprägung nicht mehr zwangsläufig auf. Ob die im Rahmen der Debatte über die „neue Bürgerlichkeit“ beschworene These von der soziologisch begründbaren Nähe zwischen Christdemokraten und Grünen zutrifft oder nicht – fest steht, dass für jüngere Funktionsträger eine Koalition mit der Union keinen Verrat mehr an den eigenen Grundüberzeugungen darstellen würde. Die Furcht vor der politischen Bedeutungslosigkeit ist weit größer.

Wie fragwürdig aber die These scheint, in der Koalitionsdebatte sei auf grüner Seite vornehmlich ein Generationenkonflikt zu sehen, zeigen die Äußerungen einer Reihe von Spitzenfunktionären. Trotz ihrer zum Teil linksradikalen Sozialisation in den 1970er Jahren plädieren sie für eine Öffnung gegenüber dem früheren Feind und Gegner. Die grüne Gründer- und Führungsgeneration, die bis heute weitgehend einen Wechsel in den Spitzenpositionen abwehren konnte, hat sich anscheinend in unterschiedlichem Maße von dem Reflex der Ablehnung befreit.¹⁸

Auch die Union und weite Teile ihres Führungspersonals haben sich seit den 1980er Jahren deutlich gewandelt. Nach dem Ende der Ära Kohl kam eine Generation in Spitzenpositionen, die seit Beginn ihrer politischen Sozialisation den Umgang mit dem politischen Gegenüber gewohnt war. Anders als ihren Vorgängern sind ihnen das Auftreten und die

¹⁸ Claudia Roth oder Christian Ströbele beispielsweise wehren sich noch heute vehement gegen ein Bündnis mit der Union, Krista Sager, Renate Künast oder Fritz Kuhn hingegen sind dieser Variante gegenüber wesentlich aufgeschlossener.

Argumentationsweise der (ehemals) Linken weit weniger fremd. Zudem sind frühere CDU-Mitglieder der so genannten „Pizza-Connection“, einem informellen und jüngst wieder belebten Treffen von Abgeordneten der Union und der Grünen in den 1990er Jahren, mit der Regierungsübernahme durch Angela Merkel in einflussreiche Positionen aufgestiegen.¹⁹ Wenn auch nicht die bevorzugte Konstellation, so ist Schwarz-Grün für sie zumindest eine denkbare Alternative.

Unterstützung finden sie in den jungen, nachrückenden Abgeordneten, die eine deutliche Offenheit gegenüber den Grünen erkennen lassen.²⁰ Die Motive bei ihnen sind vor allem pragmatischer Natur: Die Union befindet sich in einer ungünstigen Lage, da nur die FDP und SPD als Koalitionspartner zur Verfügung stehen. Verfestigt sich auf Bundesebene das Fünf-Parteiensystem und fehlt somit die Mehrheit für eine bürgerliche Koalition, weist nur ein Bündnis mit den Grünen den Weg aus der ungeliebten Großen Koalition.

Doch auch in den Unionsparteien gibt es Stimmen, die vor einer vorschnellen Optionserweiterung warnen. Für sie sind weder die „kulturellen Gräben“ zugeschüttet noch die Positionen der Grünen eindeutig genug. Vor allem die CSU ist besorgt, ihre traditionellen Wählermilieus durch eine Öffnung gegenüber den Grünen zu verschrecken. Sie fürchtet neben der fortschreitenden Erosion unionspezifischer Werte und Handlungsmuster auch den Verlust tradierter Feindbilder.²¹

Fazit und Ausblick

Das Verhältnis beider Parteien zueinander ist im Jahr 2007 weiterhin äußerst ambivalent und vielschichtig. Die Elektorate sind sich nach wie vor fremd. Den sozialstaatsaffinen und gesellschaftlich-libertären Einstellungsmustern der grünen Wähler steht ein deutlich leistungsorientierteres und autoritäreres Wertesystem auf Seiten der Union entgegen.

¹⁹ Unter anderen z. B. Hermann Gröhe, Peter Altmaier, Ronald Pofalla, Norbert Röttgen, Eckart von Klæden.

²⁰ Beispielsweise der Vorsitzende der Jungen Union Philipp Mißfelder oder auch Marko Wanderwitz, Thomas Bareiß, Andreas Jung oder Kristina Köhler.

²¹ So haben sich z. B. Edmund Stoiber, Markus Söder oder der Vorsitzende der Jungen Union in Bayern und CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber gegen eine solche Bündnisvariante ausgesprochen.

Schwarz-grüne Bündnispräferenzen sind nicht nachzuweisen. Auf der inhaltlich-programmatischen Ebene ist das Verhältnis von Grünen und Union differenzierter zu bewerten. In Bürgerrechts- und Zuwanderungsfragen haben die Grünen wesentlich liberalere Vorstellungen als die zu autoritäreren und stärker exkludierenden Politikmustern tendierenden Christdemokraten. Auf anderen Politikfeldern, wie im wirtschaftspolitischen Bereich, sind durchaus Anknüpfungspunkte zu finden. Auf der Ebene der Führungseliten zeigt sich eine sukzessive Überwindung der Lagergrenzen. Vor allem die jüngeren Mandatsträger sind weit weniger von dem „Kulturkampf“ der früheren Jahre geprägt. Die sich abzeichnenden langfristigen Veränderungen des bundesdeutschen Parteiensystems sind für beide Seiten eine entscheidende Triebfeder in der Diskussion über Schwarz-Grün.

Schwarz-Grün(-Gelb) auf Bundesebene wird – sollte es zustande kommen – eine von den politischen Eliten getragene Koalitionsvariante sein; ein inhaltliches oder vom Wähler präferiertes „Projekt“ ist mittelfristig nicht auszumachen. Was würde dies für die Umsetzung und Ausgestaltung eines solchen Bündnisses bedeuten?

Erstens bedarf es des arithmetischen Drucks konkreter, andere Alternativen ausschließender Wahlergebnisse. Trotz der skizzierten Veränderungen hat die Klammer der etablierten Lager nicht so sehr an Kraft verloren, als dass die Koalitionsbildung beliebig geworden wäre. Die Christdemokraten sehen nach wie vor eine Nähe zur FDP. Bei den Grünen ist der Abnabelungsprozess von der SPD trotz aller Kritik kaum so weit vorangeschritten, als dass sie aus einer Position der Äquidistanz zu beiden Großparteien heraus agieren würden.

Zweitens ist im Vorfeld und in der Phase der Umsetzung einer solchen Koalition eine umfassende Kommunikation der politischen Entscheidungsträger mit ihren jeweiligen Wählern und ihrer Parteibasis unabdingbare Voraussetzung für die Akzeptanz des Bündnisses in beiden Lagern. Der Vergleich der Wählerschaften hat gezeigt, dass deren Vorstellungen in der Mehrzahl der Fälle diametral auseinandergehen. Untermauert werden diese Gegensätze von gegenseitigen Ressentiments, die abseits möglicher sozialstruktureller Angleichungen bis heute bestehen. Scheint der Gewöhnungs-

prozess auf kommunaler Ebene gelungen zu sein, so steht er in den Ländern und im Bund noch aus. Die konkreten Schritte, die inhaltlichen Ziele und Vorhaben, vor allem jedoch die sich aus anderen, möglichen Koalitionsoptionen ergebenden Konsequenzen müssen noch genau erläutert werden.

Drittens ergibt sich aus den jeweiligen Unterschieden auf der „Angebots- und Nachfrage-seite“ der Parteien die Notwendigkeit für eine konkrete Festlegung auf die politische Agenda. Chancengerechtigkeit oder Dezentralität als Schlagworte reichen nicht aus, um greifbare und kommunizierbare Handlungsoptionen zu skizzieren. Gerade weil sich bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme oder der Konsolidierung öffentlicher Haushalte inhaltliche Schnittmengen zeigen, auf anderen Feldern die Vorstellungen jedoch grundlegend abweichen, muss deutlich werden, in welchen Bereichen die Ziele einer solchen Koalition liegen könnten. Jener öffentlichen Erwartungshaltung, mit der die Große Koalition zu Beginn konfrontiert wurde, dürfte Schwarz-Grün kaum ausgesetzt sein; ein frühes Scheitern wäre für viele nicht überraschend. Hierin kann eine Chance liegen.

Viertens bedarf ein solches Bündnis auf Bundesebene der Erprobung auf Länderebene. Die in den 1980er Jahren gescheiterten ersten rot-grünen Gehversuche offenbarten, wie schwer es ist, Vorbehalte abzubauen, Verhandlungsmuster einzuüben und politische Spielräume auszutesten. Erst die Erprobung, die Etablierung und sicher auch das Scheitern schwarz-grüner Landeskoalitionen würden den Weg auf die bundespolitische Bühne ebnen.

Die hier angeführten Bedingungen erscheinen essenziell für das Zustandekommen einer Bundesregierung unter Beteiligung der Union und der Grünen. Beide Seiten scheinen gut beraten zu sein, weiterhin Gemeinsamkeiten auszuloten und das Verhältnis zu entkrampfen. Gleichzeitig gehört die Abgrenzung zu einer der notwendigen Grundübungen im politischen Wettbewerb. Eigene inhaltliche Positionen verdeutlichen sich oft erst in der Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Einstellungen. Das richtige Maß an Annäherung und Abgrenzung zu finden, ist ein Balanceakt, der Fingerspitzengefühl und Weitsicht erfordert.

Paul Lucardie

Populismus im Parteiensystem in Deutschland und den Niederlanden

Die Bundesrepublik Deutschland und ihr kleiner nordwestlicher Nachbar haben einiges gemeinsam.

Paul Lucardie

Dr., geb. 1946; Politologe beim Dokumentationszentrum für Niederländische Politische Parteien an der Universität Groningen, Postbus 599, 9700 AN Groningen. A.P.M.Lucardie@rug.nl

Bis zum Westfälischen Frieden gehörten die Niederlande zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Die Religionskriege haben beide Länder geprägt, katholische und evangelische Kirchen halten sich fast gleich stark, obwohl die letztere doch etwas mehr Anhänger zählt. Auch die Parteiensysteme sind ähnlich: Christdemokraten und Sozialdemokraten kämpfen um die erste Stelle, während Liberale, Grüne und in letzter Zeit auch Linkssozialisten als mögliche Koalitionspartner oder als kleinere Konkurrenten eine Nebenrolle spielen dürfen. Koalitionsregierungen sind in beiden Staaten normal, Einparteieregierungen eine Ausnahme, was mit dem Verhältniswahlrecht zusammenhängen dürfte, das in beiden Ländern eingeführt wurde.

Allerdings gibt es außer der Größe – die Bundesrepublik ist etwa fünfmal so groß – wichtige Unterschiede zwischen den beiden Staaten. Das Königtum der Niederlande ist kein Bundesstaat. Seine politische Geschichte verlief wesentlich ruhiger; kommunistische und nationalsozialistische Parteien blieben relativ schwach. Wahrscheinlich gab es deshalb kein Bedarf an einer Sperrklausel für neue Parteien: mit 0,7 Prozent der Stimmen (im Durchschnitt etwa 66 000 Wähler) kann eine

Partei schon in das Unterhaus (*Tweede Kamer*) einziehen. Immerhin zeigen die Grünen und die neue Partei Die Linke, dass die Fünf-Prozent-Hürde in Deutschland auch überwunden werden kann. Nationalistischen und rechtspopulistischen Parteien ist es aber noch nicht gelungen, in den Deutschen Bundestag einzuziehen – nur in einige Landtage haben sie es geschafft. In den Niederlanden waren diese Parteien zwar im 20. Jahrhundert auch kaum erfolgreich, seit 2001 haben sich ihre Chancen aber wesentlich verbessert. Wieso ist das nicht im großen Nachbarstaat der Fall? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden. Zuerst aber soll geklärt werden, was mit „populistischen Parteien“ überhaupt gemeint ist, um sie besser vergleichen zu können.

Populismus

Eine knappe und brauchbare Definition gibt die britische Politologin Margaret Canovan: Populismus sei „an appeal to ‚the people‘ against both the established structure of power and the dominant ideas and values of the society“.¹ Populisten appellieren also an das Volk, das oft als eine homogene Masse mit identischen Interessen und Werten dargestellt wird. Die etablierten Parteien würden die Interessen der Elite und nicht die des Volkes vertreten. Nur die populistischen Parteien seien bereit und imstande, die Macht dem Volke zurückzugeben, besonders durch ihr Bestreben, eine Direktwahl der politischen Führer zu ermöglichen und Volksentscheide und -begehren zu erleichtern.

In dieser Betrachtungsweise ist Populismus weder ein Politikstil noch eine vollständige Ideologie, sondern eine „partielle“ oder „dünne“ Ideologie, die leicht mit Bruchstücken von anderen Ideologien wie Sozialismus, Nationalismus, Liberalismus oder Konservatismus kombiniert werden kann.² In der Theorie ist Populismus demokratisch, in der

Die Forschung für diesen Beitrag wurde teilweise finanziert von der Niederländischen Organisation für wissenschaftliche Forschung (NWO). Außerdem möchte ich mich bei Dr. Barbara Wasner (Universität Passau) für ihre Hilfe bedanken.

¹ Margaret Canovan, *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies*, 47 (1999) 1, S. 2–16.

² Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demo-*

Praxis können Populisten genauso gut antidemokratisch handeln. Der neuere oder Neo-Populismus, der am Ende des 20. Jahrhunderts überall in Westeuropa aufkam, verband sich meist mit Nationalismus, Wertkonservatismus und manchmal mit Wirtschaftsliberalismus. Dieser wird oft, nicht immer zu Recht, als rechtsextrem abqualifiziert – auch in den beiden Ländern. Hier soll nun versucht werden, Populismus ohne Werturteil zu analysieren.

Populismus in Deutschland

Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) war am Anfang nicht eindeutig populistisch, obwohl sie schon im ersten Parteiprogramm die Einführung vom Volksentscheid forderte.¹³ In letzter Zeit hat sich der Populismus stärker ausgeprägt – verbunden mit völkischem Nationalismus und sogar Sozialismus. Im neuen Aktionsprogramm stellt die NPD das „herrschende Parteienkartell“ und die „liberalkapitalistische Parteienoligarchie“ als Feind der „Volksgemeinschaft“ dar: „Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten.“¹⁴ Überdies habe das oligarchische Parteienkartell „das demokratische Prinzip der Auslese der Besten (. . .) abgeschafft“.¹⁵ Diese sonderbare – und eigentlich aristokratische – Demokratieauffassung geht aber Hand in Hand mit Forderungen nach Volksentscheid und Direktwahl des Bundespräsidenten. Sogar Richter sollen vom Volk gewählt werden, weil die Rechtsprechung „dem Rechtsempfinden des Volkes Rechnung zu tragen“ hat.¹⁶ Die ideologische Radikalisierung hat der NPD zuerst neue Mitglieder, und seit kurzem vielleicht auch neue Wähler eingebracht. Seit 2004 ist sie im Sächsischen Landtag vertreten (mit 12 Abgeordneten; 4 davon sind inzwischen parteilos) und seit 2006 auch im Landtag von Meck-

lenburg-Vorpommern (mit 6 Abgeordneten); bei der Bundestagswahl 2005 hat sie (mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen) zum ersten Mal seit 1987 besser abgeschnitten als ihre Konkurrenten, die Deutsche Volksunion und Die Republikaner.

lenburg-Vorpommern (mit 6 Abgeordneten); bei der Bundestagswahl 2005 hat sie (mit 1,6 Prozent der Zweitstimmen) zum ersten Mal seit 1987 besser abgeschnitten als ihre Konkurrenten, die Deutsche Volksunion und Die Republikaner.

Die Deutsche Volksunion (DVU) entstand schon 1971, hat sich aber erst seit 1987 an Wahlen beteiligt; ab und zu mit Erfolg, etwa in Bremen (dort bis heute) und später in Brandenburg und Sachsen-Anhalt (Höhepunkt: 13 Prozent der Zweitstimmen und 16 Mandate im Jahre 1998). Diese Erfolge auf Landesebene hat die DVU wahrscheinlich vor allem ihren professionalisierten Wahlkämpfen und flächendeckenden Plakatierungen zu verdanken, die der Parteichef, Gerhard Frey, teilweise aus seinem Privatvermögen finanziert haben dürfte.¹⁷ Programatisch hat die DVU sich wenig entwickelt. Wie die NPD fordert die DVU vor allem die Bewahrung der deutschen Identität und deutscher Interessen. Die etablierten Parteien und Politiker seien dabei „im Bund mit der Meinungsindustrie (. . .) Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer ‚Europäischen Union‘ aufzulösen“.¹⁸ Der Populismus bleibt im Parteiprogramm noch ziemlich verschleiert, durchdringt aber eindeutig mehrere Beiträge in der mit der DVU verbundenen und von Frey herausgegebenen *National-Zeitung*. Dort wird etwa geschrieben, dass „die politische Klasse in Politik und Wirtschaft sich im Übermaß bereichert“ unter „gänzliche[r] Missachtung des Volkswillens“.¹⁹ Die Bundeskanzlerin regiere „gegen das deutsche Volk“ und identifiziere sich mit den Interessen Israels und der USA.¹⁰

Die Republikaner (REP) sehen sich eigentlich nicht als Konkurrenten der NPD, sondern

kratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003.

¹³ Das Parteiprogramm, das 1967 verabschiedet wurde, ist reproduziert in der kritischen Studie von Hans Maier und Hermann Bott, *Die NPD – Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*, München 1968², S. 65–87.

¹⁴ NPD Aktionsprogramm, in: www.npd.net/medien/pdf/aktionsprogramm.pdf (1. 9. 2005), S. 13.

¹⁵ Ebd., S. 43.

¹⁶ Ebd., S. 45.

¹⁷ Vgl. Front der Frustrierten, in: *Der Spiegel* vom 4. 5. 1998, S. 28–32; Andreas Schulze, *Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen*, Wiesbaden 2004, S. 98–103.

¹⁸ DVU Parteiprogramm, in: www.dvu.de/DVU-Programm/dvu-programm.html (26. 6. 2007), S. 2.

¹⁹ Wahlen im Zeichen des Parteienverdrusses: Warnsignal für die Herrschenden, in: *National-Zeitung* vom 31. 3. 2006, in: www.national-zeitung.de/Artikel_06/NZ14_3.html (28. 6. 2007).

¹⁰ Kann Merkel gegen das deutsche Volk regieren? Ihre umstrittene Identifizierung mit Israels Interessen, in: *National-Zeitung* vom 24. 3. 2006, in: www.national-zeitung.de/Artikel_06/NZ13_3.html (28. 6. 2007).

der CDU.¹¹ Die Partei entstand tatsächlich als Abspaltung der CSU im Jahre 1983, hat aber bald die selben Themen wie NPD und DVU aufgegriffen, besonders Kriminalität, Asylanten und Einwanderung.¹² Im Parteiprogramm kombiniert sie Wertkonservatismus und Nationalismus („Patriotismus“ nennen Die Republikaner es selbst) mit Wirtschaftsliberalismus. Die wichtigste Forderung der Partei sei „Bewahrung der deutschen Heimat, keine multikulturelle Gesellschaft, kein Vielvölkerstaat!“.¹³ Populismus gibt es aber auch hier: die Staatsgewalt sei dem Volk entwendet worden durch „die Monopolisierung politischer Macht bei wenigen Parteien, Übertragung deutscher Hoheitsrechte auf die europäische Bürokratie und den demokratisch nicht legitimierten Einfluss der großen internationalen Konzerne“.¹⁴ Deshalb fordert die Partei auch eine Stärkung der direkten Demokratie durch Volksabstimmungen, Erleichterung von Volksbegehren und die Direktwahl des Bundespräsidenten. In der Parteizeitung *Zeit für Protest* tritt der Populismus oft noch deutlicher hervor, zum Beispiel wenn den „Berliner Parteien“ „Misstrauen gegen das eigene Volk“ vorgeworfen wird; oder wenn behauptet wird, die Führungskräfte der CDU und CSU „kommen aus demselben Stall wie die rotgrünen Gesellschaftsveränderer“ und verhindern, dass nationale Interessen Vorfahrt haben.¹⁵ Die Republikaner waren 1996 bis 2001 im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, sinken seitdem aber sowohl auf Landes- als auf Bundesebene stetig ab.

Dass diese drei Parteien bis jetzt keine Mandate im Bundestag erringen konnten, ist nicht nur ihren inneren Zerwürfnissen und Wettfeiern zuzuschreiben, sondern auch ihrem schlechten Ruf als Neonazis in den Medien. Es hat seit den achtziger Jahren deswegen mehrere Versuche gegeben, eine popu-

¹¹ So Michael Paulwitz, Pressesprecher der Republikaner, in einem Interview mit dem Autor, Stuttgart, 22. 11. 2005.

¹² Vgl. Richard Stöss, Die „Republikaner“: woher sie kommen, was sie wollen, wer sie wählt, was zu tun ist, Köln 1990, S. 15–22; A. Schulze (Anm. 7), S. 104–109.
¹³ Bundesparteiprogramm Die Republikaner, Berlin 2002, in: www.rep.de/upload/CMS/Die_Republikaner/pdf/programm_pdf_neu.pdf (28. 6. 2007), S. 14.

¹⁴ Ebd., S. 5.

¹⁵ Misstrauen gegen das eigene Volk, in: *Zeit für Protest*, (2005) 3–5, S. 2; Unser Volk zuerst! Auf dem Weg zur geistig-kulturellen Wende, in: *Zeit für Protest*, (2005) 8–9, S. 1.

listische Partei ohne diesen Ruf aus der Taufe zu heben. Bis jetzt ist das nicht gelungen, obwohl einige dieser neueren Parteien auf Landesebene kurzfristig Erfolg hatten. Die 1993 gegründete Stattpartei gewann im selben Jahr 5,6 Prozent und 8 Mandate in Hamburg mit einem eindeutig populistischen Programm.¹⁶ Ihre Forderungen nach Elementen direkter Demokratie und einer Reform des „Parteienstaates“ wurden aber nicht mit ausländerfeindlichem Nationalismus und Wertkonservatismus kombiniert, sondern mit Liberalismus.¹⁷ Etwas weiter rechts ist der weniger erfolgreiche Bund Freier Bürger (BFB) einzustufen, der 1994 von dem ehemaligen FDP-Vorstandsmitglied Manfred Brunner gegründet wurde.¹⁸

Kurzfristig erfolgreich war die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO), nach ihrem Gründer Ronald Barnabas Schill auch „Schill-Partei“ genannt. Als „Richter Gnadenlos“ hatte sich Schill in den neunziger Jahren in Hamburg einen Namen gemacht.¹⁹ Im Jahre 2000 gründete er die PRO, ein Jahr später zog er mit 24 Parteigenossen in die Bürgerschaft der Hansestadt ein, legitimiert durch 19 Prozent der Wählerstimmen. Im Jahre 2002 versuchte die PRO – eigentlich gegen den Willen Schills – in den Bundestag einzutreten, musste sich aber mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen zufriedengeben. Schon im folgenden Jahr fiel die neue Partei auseinander, Schill wurde als Innensenator vom Hamburger Bürgermeister Ole von Beust entlassen und sogar aus seiner eignen Partei ausgeschlossen.²⁰ Inzwischen hatte die PRO sich in ihrem Grundsatzprogramm eindeutig als populistische Partei entpuppt, indem sie be-

¹⁶ Vgl. Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000, S. 170–177; A. Schulze (Anm. 7), S. 80–82.

¹⁷ Vgl. Das sind wir. Für eine Reformpolitik. Eine Information von Stattpartei Die Unabhängigen, in: www.stattpartei.de/downloads/dassindwir.pdf (25. 8. 2005); Stattpartei Die Unabhängigen, Programm Bundesvereinigung, in: www.stattpartei.de/downloads/programm_bund.pdf (25. 8. 2005).

¹⁸ Vgl. A. Schulze (Anm. 7), S. 201–231; Freiheit braucht Mut, Grundsatzprogramm Bund Freier Bürger Die Freiheitlichen, München 1995.

¹⁹ Vgl. Marco Carini/Andreas Speit, Ronald Schill. Der Rechtsprecher, Hamburg 2002, S. 11–35.

²⁰ Vgl. Frank Decker, Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schill-Partei, in: N. Werz (Anm. 2), S. 232–241; A. Schulze (Anm. 7), S. 82–85.

hauptete, dass „sich Machtstrukturen entwickelt [haben], die ihre Partikularinteressen gegen die objektiven Interessen der Mehrheit durchsetzen“; sie meinte sogar, die „etablierten Parteien haben sich unser Land zur Beute gemacht“, und die Bürger „sind von den Entscheidungsprozessen weitestgehend ausgeschlossen“. ¹²¹ Deswegen wollte die PRO den Bundespräsidenten durch das Volk wählen lassen und Volksabstimmungen durchführen. Die PRO ist zur Zeit nicht mehr aktiv, hat aber Nachfolger gefunden, wie die 2007 fast in die Bremer Bürgerschaft eingezogene Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) und den Förderverein für Demokratie und Werte, den der Publizist Udo Ulfkotte auch in diesem Jahr aufzubauen versucht. ¹²²

Die oben erwähnten Parteien lassen sich alle rechts von der Mitte einstufen. Populistische Ideen gibt es aber auch links von der Mitte, etwa bei der Partei „Die Grauen“. Diese Partei wurde 1989 gegründet von Trude Unruh, Vorsitzende des Seniorenschutzbundes Graue Panther, nachdem sie sich im Bundestag von der Fraktion der Grünen getrennt hatte. ¹²³ Sie hat bis jetzt nur auf lokaler Ebene einige Mandate gewinnen können und errang bei der Bundestagswahl 2005 nur 0,4 Prozent der Zweitstimmen. Im 2001 beschlossenen Wahlprogramm (das bis jetzt nicht mehr geändert worden ist) wehrt die Partei sich gegen eine „Entmündigung des Volkswillens“ und die „Parteiendiktatur“, fordert deshalb Volksentscheide und 50 Prozent der Direktmandate über Selbsthilfeorganisationen (statt Parteien). ¹²⁴ Es fehlen aber Hinweise auf das „Volk“, geschweige denn die „Volksgemeinschaft“. Die Grauen dürfen also nicht als „voll-populistische“ Partei betrachtet werden.

¹²¹ Grundsatzprogramm Partei Rechtsstaatlicher Offensive/Offensive D ‚Gesunder Menschenverstand in die deutsche Politik!‘, in: www.offensived-bund.de/downloads/pdf/programm.pdf (26. 8. 2005) S. 9, bzw. S. 11.

¹²² Die provisorische Web-Adresse lautet: www.muslim-unrecht.de/1.html (28. 6. 2007).

¹²³ Vgl. Dirk van den Boom, Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 141–150.

¹²⁴ Die Grauen, 20 Wahl-Programm-Punkte 2002–2006 für 16 Bundesländer, in: www.die-grauen.de/antrag/20punkte.htm (5. 7. 2007), S. 2, 17.

Das trifft wahrscheinlich auch auf die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der aus ihr hervorgegangenen Partei Die Linke zu. Ob sie als populistisch bezeichnet werden soll, ist unter deutschen Politologen umstritten. Gero Neugebauer und Richard Stöss verwenden diese Bezeichnung nicht – mit einer Ausnahme, wenn sie das „Ingolstädter Manifest“ vom Parteichef Gregor Gysi analysieren. ¹²⁵ Andreas Schulze hält sie ebenso wenig für populistisch. ¹²⁶ Viola Neu schließt, dass die PDS eine sozialistische Ideologie populistisch umsetze, aber deswegen noch keine „klassische“ populistische Partei geworden sei. ¹²⁷ Frank Decker und Florian Hartleb rechnen die PDS und die neue Linkspartei dagegen eindeutig zu dieser Kategorie. ¹²⁸ Tatsächlich tritt die PDS wie ihre Nachfolgerin für direkte Demokratie, Volksentscheid und Volksinitiative – aber nicht für die Direktwahl des Bundespräsidenten ein. ¹²⁹ Die Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates seien im Interesse der „Mehrheit der Bevölkerung“ gegenüber den „herrschenden Eliten“ oder „herrschenden Klassen“. ¹³⁰ Als populistisch könnte auch die Vertretung ostdeutscher Interessen bezeichnet werden. Allerdings redet weder die PDS noch Die Linke vom (deutschen oder ostdeutschen) „Volk“. Sie machen klar, dass die moderne kapitalistische Gesellschaft „von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt“ und also überhaupt keine homogene Masse sei. ¹³¹ Die mit der PDS in Die Linke zusammenge-

¹²⁵ Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS: Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 95.

¹²⁶ Vgl. A. Schulze (Anm. 7), S. 302–340.

¹²⁷ Vgl. Viola Neu, Die PDS: Eine populistische Partei?, in: N. Werz (Anm. 2), S. 270–271.

¹²⁸ Vgl. Frank Decker/Florian Hartleb, Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, besonders S. 206–211.

¹²⁹ Noch nicht sehr konkret in: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 1993, S. 8 f.; deutlich in: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 2003, S. 23, 50; auch in: Die Linke, Programmatische Eckpunkte, III, in: www.die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/ (2. 7. 2007).

¹³⁰ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 2003, S. 8, 10.

¹³¹ Die Linke, Programmatische Eckpunkte, I, in: www.die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/ (2. 7. 2007).

schmolzene Wahlinitiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) hat zwar einen anderen Ursprung – sie ist ja eine Abspaltung der SPD –, mischte in ihrem Programm aber auch Populismus und (zum Teil marxistisch geprägten) Sozialismus.¹³² Ihr Chef, Oskar Lafontaine, neigt – noch mehr als seine Partei – zum Populismus, etwa wenn er schreibt: „Die Mehrheit des Volkes lehnt die von den Eliten in Parteien und Medien vertretene neoliberale Politik ab.“¹³³

Die Linke hat bei der letzten Bundestagswahl 8,7 Prozent der Stimmen und 54 Mandate errungen, die rechtspopulistischen Parteien zusammen nur 2,1 Prozent und keine Mandate. Decker und Hartleb kann also nur zugestimmt werden, dass der Linkspopulismus in Deutschland bessere Chancen hat als der Rechtspopulismus.¹³⁴

Populismus in den Niederlanden

Im 20. Jahrhundert haben populistisch angehauchte Parteien in den Niederlanden ebenso nur kurzfristig Erfolg gehabt. In den sechziger und siebziger Jahren war die Bauernpartei mit einigen Abgeordneten im Parlament vertreten, in den achtziger und neunziger Jahren hat Hans Janmaat (zuerst für die Zentrumpartei, später für die Zentrumsdemokraten) dort seine (relativ liberal-)nationalistischen Ideen im populistischen Stil ausgetragen.¹³⁵ Im Jahre 1994 ist es auch der Sozialistischen Partei (*Socialistische Partij*, SP) gelungen, mit einem populistischen Wahlkampf – „Wähle dagegen, wähle SP!“ war die Losung – zwei Sitze im Unterhaus zu gewinnen. Die SP war 1971 als Kommunistische Partei der Niederlande (marxistisch-leninistisch) gegründet worden, hatte aber nacheinander den Maoismus, den Leninismus und am Ende der neunziger Jahre sogar den Marxismus abgeschüttelt.

Der niederländische Populismus kam erst 2002 zum Durchbruch. Die SP kehrte mit neun Abgeordneten ins Parlament zurück

¹³² Vgl. Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative WASG, Programm für eine bessere Zukunft, Fürth 2005.

¹³³ Oskar Lafontaine, Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005, S. 164 f.

¹³⁴ Vgl. F. Decker/F. Hartleb (Anm. 28), S. 211–213.

¹³⁵ Für eine kurze Übersicht vgl. Paul Lucardie, Populismus im Polder: Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: N. Werz (Anm. 2).

und zwei Neulinge, *Leefbaar Nederland* (Lebenswerte Niederlande, LN) und *Lijst Pim Fortuyn* (Liste Pim Fortuyn, LPF) gewannen aus dem Stand zwei beziehungsweise 26 Mandate im Unterhaus, das insgesamt 150 Sitze hat. Fast ein Viertel der niederländischen Wähler hatte sich für eine dieser drei Parteien entschieden. Die Partei *Leefbaar Nederland* war aus Kommunalparteien (mit ähnlichen Namen, wie *Leefbaar Utrecht* und *Leefbaar Hilversum*) hervorgegangen, die den Bürgern die Macht zurückgeben möchten, die ihnen die etablierten Parteien und ihre Berufspolitiker vermeintlich abgenommen hätten.¹³⁶ Ihre Lösung: Direktwahl der Bürgermeister und des Ministerpräsidenten, und (natürlich) Volksabstimmungen.

Im November 2001 hatten die Parteimitglieder den bekannten aber auch umstrittenen Publizisten und Soziologen Pim Fortuyn zum Spitzenkandidaten gewählt. Fortuyn hatte vor einigen Jahren mit seinem Buch „Wider die Islamisierung unserer Kultur“ einiges Aufsehen erregt. Seine Kritik der islamischen Kultur und der multikulturellen Gesellschaft fanden nach den Attentaten vom 11. September 2001 mehr Anklang. Seine charismatische und medienwirksame Persönlichkeit trugen auch dazu bei, die Tabuisierung dieser Themen in der niederländischen Konsengesellschaft zu durchbrechen.¹³⁷ Ihm gelang es aber nicht, den Vorstand der neuen Partei *Leefbaar Nederland* zu überzeugen. Es kam zum Bruch im Februar 2002, drei Monate vor den Parlamentswahlen. Fortuyn gründete darauf die Liste Pim Fortuyn und führte einen regen und viel beachteten Wahlkampf – der jedoch neun Tage vor der Wahl mit der Ermordung Fortuyns durch einen linken Tierschützer ein dramatisches Ende nahm. Nach dem Wahlsieg ließ seine Partei sich auf eine Regierungskoalition ein (mit Christdemokraten und Liberalen). Ohne formale Parteiorganisation, ohne strategisches Zentrum, ohne ideologische Einheit oder Par-

¹³⁶ Vgl. *Leefbaar Nederland*, *Leefbaar Nederland* komt er NU aan! (Wahlprogramm 2002), in: Joop van Holsteyn u. a. (Hrsg.), Verkiezingsprogramma's 2002 & 2003, Amsterdam 2003, S. 311–313.

¹³⁷ Dass diese Themen (Islam und multikulturelle Gesellschaft) in den Niederlanden mehr als in Deutschland tabuisiert waren, wird plausibel gemacht von Frank Eckhardt, Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg 2003, S. 85–98.

teikultur und ohne ihren charismatischen Führer zeigte die LPF sich diesen Herausforderungen aber nicht gewachsen und fiel innerhalb von vier Monaten auseinander. Bei Neuwahlen im Januar 2003 verlor sie sechzehn Mandate. Aber auch in der Opposition konnte sie die Reihen nicht schließen. Vier Jahre später erwarb die Partei nur 0,2 Prozent der Stimmen. Die Partei *Leefbaar Nederland* war ebenso auseinandergefallen und schon 2003 wieder aus dem Parlament verschwunden.

Der Populismus dagegen verschwand nicht aus dem niederländischen Unterhaus. Teilweise regt er sich noch bei der SP, obwohl sie sich der Sozialdemokratie angenähert hat und bei der Wahl 2006 sogar 25 Sitze gewinnen konnte. Noch populistischer ist die Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*, PVV), die im Wahljahr von einem unabhängigen Mitglied des Unterhauses, Geert Wilders, gegründet wurde. Wilders war 2004 aus der liberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD) ausgetreten, weil er bedingungslos gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union Front machte. Seine unverblühte Islamkritik zog Bedrohungen durch fanatische Moslems nach sich, weshalb Wilders überall und ununterbrochen bewacht werden musste. Damit wurde er in bestimmten Kreisen als „Märtyrer“ betrachtet, um Stimmen zu gewinnen. 2005 startete er – wie auch die SP – eine Kampagne gegen die europäische Verfassung. Die Populisten hatten Erfolg: Mehr als 63 Prozent der Wähler lehnten die Verfassung in der (ausnahmsweise abgehaltenen) Volksabstimmung ab. Bei der Parlamentswahl 2006 gewann die von Wilders straff geführte PVV auf Anhieb 6 Prozent der Stimmen und neun Mandate. Im kurzen Wahlprogramm macht sich der Populismus sofort bemerkbar: „Die politische Elite in den Niederlanden negiert systematisch die Interessen und Probleme des Bürgers.“¹³⁸ Deswegen forderte die Partei unter anderem die Einführung von Volksabstimmungen und die Direktwahl des Ministerpräsidenten und von Bürgermeistern. Außerdem wollte sie für die

nächsten fünf Jahre den Bau von Moscheen unterbinden und der Einwanderung aus Marokko und der Türkei Einhalt gebieten. Obwohl eindeutig konservativ und nationalistisch, bezog Wilders sich selten auf Begriffe wie „Volk“ oder „Volksgemeinschaft“ – möglicherweise wegen seines liberalen Hintergrunds.

Schlussbemerkungen

Wie können die unterschiedlichen Erfolge der deutschen und niederländischen Populisten erklärt werden? *Erstens* erleichtert das niederländische Wahlsystem den Einzug ins Parlament: 66 000 Wähler sind einfacher zu mobilisieren als 2 400 000. *Zweitens* waren – wenigstens bis vor kurzem – die politische Kultur und das Parteiensystem in den Niederlanden mehr konsensorientiert und weniger polarisiert als in der Bundesrepublik. Zwar war es nicht einfach, diesen Konsens zu durchbrechen, besonders in Bezug auf tabuisierte Themen wie der multikulturellen Gesellschaft oder dem Nationalismus; aber wenn es gelang, erschloss sich dadurch ein großes Wählerpotenzial. Fortuyn gelang es, weil er über genügend Charisma verfügte. Den deutschen Populisten Schill, Brunner, Schlierer, Frey und Voigt fehlt dieses offenbar, wenigstens in diesem Ausmaß. Außerdem mussten sie fast immer miteinander konkurrieren, während Fortuyn 2002 konkurrenzlos war. Für Wilders war die Lage 2006 nicht ganz so einfach, aber er konnte seine Bekanntheit und sein „Märtyrertum“ im Wahlkampf wirksam ausnutzen. Überdies stand seine – noch unbescholtene – Partei fest geschlossen hinter ihm, während seinen Konkurrenten, d. h. der LPF und ihren Abspaltungen, ihre zerstrittene Vergangenheit anhaftete. Das trifft wahrscheinlich auch auf viele deutsche rechtspopulistische Parteien zu. Sie bleiben also voraussichtlich weiterhin draußen vor der Tür stehen, während ihre niederländischen Schwestern gerade über die Schwelle getreten sind.

¹³⁸ Partij voor de Vrijheid, Verkiezingspamflet, in: Huib Pellikaan u. a. (Hrsg.), Verkiezing van de Tweede Kamer der Staten Generaal 22 november 2006: verkiezingsprogramma's, Amsterdam 2006, S. 407 (aus dem Niederländischen übersetzt).

APuZ

Nächste Ausgabe 37/2007 · 10. September 2007

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Peter Sitzer · Wilhelm Heitmeyer

Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen

Andreas Böttger · Katarzyna Plachta

Bewältigungsstrategien von Opfern rechtsextremer Gewalt

Kurt Möller · Nils Schuhmacher

Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skinheads

Wolfgang Kühnel

Gruppen, Konflikte und Gewalt im Jugendstrafvollzug

Peter Rieker

Fremdenfeindlichkeit und Bedingungen der Sozialisation

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Sabine Klingelhöfer

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Hubert Kleinert

3-11 **Abstieg der Parteiendemokratie**

Gegenüber den sechziger und siebziger Jahren ist von Veränderungen auszugehen: Verlust an politischer Gestaltungskraft der nationalen Politik, ein verändertes Verhältnis von Politik und Medien in einer boulevardisierten Mediokratie sowie ein Mangel an glaubwürdigen Leitideen in Politik und Parteien.

Jürgen Dittberner

11-18 **Große Koalition: 1966 und 2005**

Es gibt „großkoalitionäre“ Kräfte in der CDU/CSU und in der SPD: Bei allen Unterschieden erwuchs hieraus die Konsistenz der Bündnisse von 1966 und 2005. Offen sind die Perspektiven: Vom Zweierbündnis wie Union und FDP über Dreierkonstellationen bis zur abermaligen großen Koalition ist alles möglich.

Melanie Haas

18-26 **Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem**

Die erste Große Koalition auf Bundesebene von 1966 bis 1969 stand lange Zeit für negative Auswirkungen großer Koalitionen auf das Parteiensystem. Wie sieht es dagegen mit den zu erwartenden Auswirkungen der derzeitigen Großen Koalition im Bund auf das Parteiensystem aus?

Frank Decker

26-33 **Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen**

Die Etablierung eines Fünf-Parteien-Systems lässt es künftig wahrscheinlich nicht mehr zu, auf Bundesebene Zweierkoalitionen nach dem vertrauten mehrheitsdemokratischen Muster zu bilden. Die Anbahnung von Dreierkoalitionen droht an programmatischen und habituellen Differenzen zu scheitern.

Christian Lorenz

33-40 **Schwarz-Grün auf Bundesebene?**

Trotz Annäherung ist das Verhältnis von Bündnis90/Die Grünen und der Union zueinander äußerst ambivalent. Es gibt zwar auf einigen Politikfeldern Überschneidungen, aber ein gemeinsames inhaltliches „Projekt“ oder eine von den Wählern bevorzugte Regierungskoalition auf Bundesebene sind nicht erkennbar.

Paul Lucardie

41-46 **Populismus in Deutschland und den Niederlanden**

Populistische Parteien sind bis heute in Deutschland nicht sehr erfolgreich gewesen. In den Niederlanden war das bis 2002 auch der Fall, seitdem hat sich aber der Rechtspopulismus eingebürgert. In diesem Beitrag wird analysiert, warum das den deutschen rechtspopulistischen Parteien nicht gelingt.